

Die Politische Meinung

NORMAL

—
Gibt es das noch?

ZUM SCHWERPUNKT Stephan Schaede, Zu viel Mozart, zu wenig Salieri.

Über falsche Fixierungen auf das Besondere; Christine Henry-Huthmacher, Über die neue Unübersichtlichkeit in der Geschlechterdebatte; Holger Bonin, Warum normale Arbeit doch kein Auslaufmodell ist; Jana Rückert-John, Bio-Erdbeeren zur Weihnachtszeit

INTERVIEW Annegret Kramp-Karrenbauer, Über ihre Zuhör-Tour und den „vernachlässigten Normalbürger“

KOMMENTIERT Reinhard Mohr, Total digital. Anmerkungen zur Mode der intellektuellen Spökenkiekerei

IMPULSE Thomas Sternberg, Normalisierung des Priesterberufs?;

Annette Widmann-Mauz, Ein Impuls aus Anlass von 100 Jahren Frauenwahlrecht

ERINNERT Jens Spahn, Ein Blick zurück nach vorn. 40 Jahre Ludwigshafener Programm

9 €, Nr. 552, September/Oktober 2018, 63. Jahrgang, ISSN 0032-3446, www.politische-meinung.de

HELMUT KOHL – FÜR DEUTSCHLAND. FÜR EUROPA

SONDERAUSGABE DER POLITISCHEN MEINUNG

MIT BEITRÄGEN U. A. VON

**GEORGE H. W. BUSH, ALFRED GROSSER, JEAN-CLAUDE JUNCKER,
KLAUS KINKEL, JULIA KLÖCKNER, CHARLOTTE KNOBLOCH,
NORBERT LAMMERT, SIR CHRISTOPHER MALLABY, ANGELA MERKEL,
WOLFGANG SCHÄUBLE, BERNHARD VOGEL**



ERHÄLTlich
PER E-MAIL ODER
PER POST *

5 Euro

Helmut Kohl hat deutsche und europäische Geschichte geschrieben. Zu seinem ersten Todestag hat „Die Politische Meinung“ vor allem Weggefährten und nahe-stehende Beobachter befragt, für die Helmut Kohl längst nicht Geschichte geworden ist. Ihnen stehen seine „Lebendigkeit und Mission“ (Martin Walser) vor Augen. Sie neu zu entdecken, kann in einer Zeit, in der erneut vieles in Bewegung gerät, nur hilfreich sein – für Deutschland, für Europa!

Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Droht das Ende jeglicher Normalität? Die Apologeten des digitalen Gezeitenwechsels sehen die Gegenwart schwinden. Nichts sei mehr selbstverständlich, stabil, verlässlich. Nehmt Abschied, lautet die einseitige Botschaft! Dass das Land ökonomisch wie sozial ziemlich gefestigt dasteht, ist in einer Nachruf-Gesellschaft nicht von Belang. Allein die – je nach Ausgangsposition – trostlosen oder glänzenden Aussichten fallen ins Gewicht.

Unübersehbar sind Erosionsprozesse. Barack Obama beschrieb kürzlich den Zustand der US-amerikanischen Politik als „nicht normal“. Verstörender waren die Ereignisse in Chemnitz, bei denen die legitime Demonstration durchaus berechtigter Sorgen und rechtsextreme Ausschreitungen bedenklich nahe beieinanderlagen. Ist Ausrasten jetzt normal, wie es ein AfD-Vertreter rechtfertigend erklärte?

Dass die Stimmung schlechter ist als die objektive Lage, mag pauschal zutreffen – auch beim Thema Innere Sicherheit. Aber was hilft das schon? Nichts wäre sträflicher, als den Unmut für ein großes Missverständnis zu halten. Wer darauf noch dazu im Ton enttäuschter Vorgesetzter reagiert, die es besser wissen und die Harthörigkeit ihrer Untergebenen beklagen, mehrt den Verdross. Der aus der Wahrnehmung von Herabsetzungen gespeiste Widerwille gegen alle, die das Sagen haben, zieht das Band zu den Populisten und Extremen, das es zu kappen gilt.

Politik und politische Bildung stehen vor der Aufgabe, ausgerechnet die zunehmende Zahl der „Normal-Aussteiger“ ansprechen zu müssen, die von ihr nichts mehr wissen wollen. Vereinnahmende Volkspädagogik, die gute Absichten und Stimmungen – oder gar sogenannte neue Narrative – unter den Leuten verbreitet, löst eher allergische Reflexe aus. Statt wohliger Darstellungspolitik bietet eine problemorientierte und bürgerzentrierte Politikvermittlung weit mehr Chancen, erfolgreich Kontaktflächen auf Augenhöhe zu schaffen. Nicht Umarmung ist das Ziel, sondern die Aktivierung bürgerschaftlicher Laienkompetenz.

Politikvermittlung setzt voraus, dass es etwas Substanzielles zu vermitteln gibt. Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn auch die Politik und ihr Umfeld sind nicht frei von der Sucht nach Klickzahlen, Trends und stetig neuen Reizen, die die Aufregungsdemokratie auf Hochtouren hält. Es geht, so widersinnig es klingt, um eine Re-Politisierung von Politik, um Konzentration und Klarheit – um Normalisierung.

Zweifelloos ist „normal“ kein wärlerssoziologisch valider Begriff. Doch gebräuchlich wird er genau dort, wo sich die Frage demokratiefeindlicher Entgrenzung stellt. Zeigt das nicht, wie wichtig es ist, bürgerschaftliche Normalität abzubilden und zu vertreten – selbst wenn sie noch so diffus erscheint? Wenn im Zeitalter der Digitalisierung das Undenkbare Normalität wird, könnte das Normale die neue Utopie der Volkspartei der Mitte sein.

Bernd Löhmann

* Bestellung per Mail: politische-meinung@kas.de

Bestellung per Post: Redaktion Politische Meinung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Normal – gibt es das noch?

12 ZU VIEL MOZART, ZU WENIG SALIERI

Stephan Schaeede
Über falsche Fixierungen auf
das Besondere

23 BEZIEHUNGSKRISE ZUM „NORMALBÜRGER“

Hans-Joachim Veen
Wie die Volksparteien revitalisiert
werden können

30 INTERVIEW: DISKUSSION UND ZUSAMMENHALT

CDU-Generalsekretärin Annegret
Kramp-Karrenbauer über ihre
Zuhör-Tour und den „vernachlässigten
Normalbürger“

43 NEUJUSTIERUNG DER GESCHLECHTER

Christine Henry-Huthmacher
Die neue Unübersichtlichkeit in
der Geschlechterdebatte

60 DEUTSCHER ISLAM?

Andreas Jacobs
Muslimische Normalität in Deutschland
braucht Anerkennung, Institutionen
und Regeln

65 GECHILLTE ROYALS, ZERMÜRBTE BREXITEERS

Anthony Glees
Die zwei Gesichter Großbritanniens
im Sommer 2018

76 VITALPOLITIK

Thomas Köster
Vorschläge für eine starke Mittelschicht

82 REFORM UND BEHARRLICHKEIT

Christine Bach
Normalitätsmaßstäbe in der
Geschichte der Sozialversicherung

90 INTERVIEW: AUF DEM OLYMP DES STATISTISCHEN MITTELS

Lothar Lorch, Bürgermeister von
Haßloch, zu den Unterschieden
zwischen Kauf- und Wahlverhalten

„Normaler“ als man glaubt?

37 NEUE NORMALITÄT VON FAMILIE?

Martin Bujard, Kerstin Ruckdeschel
Eine kurze Bestandsaufnahme

56 BIO-ERDBEEREN ZUR WEIHNACHTSZEIT

Jana Rückert-John
Erweiterte Erwartungshorizonte
bei der Ernährung

72 ENDE DER LOHNDARBEIT?

Holger Bonin
Warum normale Arbeit doch kein
Auslaufmodell ist

Kommentiert

20 TOTAL DIGITAL

Reinhard Mohr
Anmerkungen zur Mode der
intellektuellen Spökenkiekerei

87 DIE NEUEN AUSSTEIGER ***

Inga Michler
Warum die Mitte der Gesellschaft ihr
Engagement im Beruf zurückfährt

Impulse

51 NORMALISIERUNG DES PRIESTERBERUFS?

Thomas Sternberg
Konsequenzen aus dem Priestermangel
in der katholischen Kirche

105 MEHR MACHT FÜR ERDOĞAN

Yaşar Aydın
Die neue Türkei nach den Wahlen

115 „ICH PACKE DAS UND KANDIDIERE!“

Annette Widmann-Mauz
Ein Impuls aus Anlass von 100 Jahren
Frauenwahlrecht

Erinnert

94 EIN BLICK ZURÜCK NACH VORN

Jens Spahn
40 Jahre Ludwigshafener Programm

110 ERFOLGSGESCHICHTE MIT HINDERNISSEN

Kathrin Zehender
100 Jahre Frauenwahlrecht

Gelesen

100 AMALGAM AUS LIBERAL UND KONSERVATIV

Matthias Oppermann
Die „Konservatismusdebatte“ in der
Union der frühen Bundesrepublik

119 KONSERVATISMUS IN DEUTSCHLAND NACH 1945

Nils Lange
Ein Überblick über neuere
Interpretationen

Aus der Stiftung

125 NEUERSCHEINUNGEN UND PERSONALIA

128 FUNDSTÜCK

*** Der Beitrag von Inga Michler ist
aus verwertungsrechtlichen Gründen
ausschließlich in der Druckfassung
unserer Zeitschrift verfügbar!



Das Gegenteil von Glamour

Seit 26 Jahren fotografiert der niederländische Konzeptkünstler Hans Eijkelboom Menschen in Einkaufsstraßen

„Celebrities“ – die Schönen, Reichen und Mächtigen – interessieren Hans Eijkelboom nicht, er lichtet „Normalos“ in riesiger Zahl ab. Über viele Jahre mischte er sich fast täglich „unter die Leute“, um sie – nachdem er sich für einen Typus oder ein bestimmtes Merkmal entschieden hatte – schnapsschussartig zu porträtieren: Männer im Jeanslook, Frauen in Leopardendruckmustern ...

Die Einzelaufnahmen fügt er, versehen mit Datum und Uhrzeit, zu Fotoreihen zusammen und ordnet diese wiederum zu tagebuchartigen Bildbänden chronologisch an. Individuum, Menge, Menschheit – nichts weniger scheint, jedenfalls annäherungsweise, die Perspektive dieses monumentalen Porträt- und Gesellschaftswerks zu sein.

Eijkelboom entdeckt das Uniforme im vermeintlich Besonderen. Auch erklärte Antikonformisten – unter anderem ausgestattet mit Louis-Vuitton-Männerhandtaschen – sehen einander ähnlich. So sind am Ende fast alle Normalos, selbst wenn es sich viele nur ungern eingestehen mögen.

Das Alltägliche gilt als langweilig, trivial ist es deshalb nicht. Hans Eijkelboom, der Fotograf des Normalen, zeigt, wie ungeheuer vielschichtig es ist.

Fotos: © Hans Eijkelboom

Normal

Gibt es das noch?



Photo Note	August 3, 1999
Amsterdam	Dam
15.30 - 16.15	



Photo Note	August 7, 1999
Nordhorn	Market
11.10 - 11.30	



Photo Note	April 8, 2002
New York	6th Avenue # 42nd Street
11.00 - 12.00	



Photo Note	August 31, 2002
Kassel	Friedrichsplatz
14.30 - 15.45	



Photo Note	August 19, 2003
Amsterdam	Arena Boulevard
18.15 - 19.00	



Photo Note	September 9, 2006
Paris	Rue Pierre Lescot
11.20 - 12.45	

Zu viel Mozart, zu wenig Salieri

Über falsche Fixierungen auf das Besondere

STEPHAN SCHAEDE

Geboren 1963 in Neuwied,
Theologe, seit 2010 Direktor der
Evangelischen Akademie Loccum,
Mitglied des Kuratoriums
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Sie erinnern sich an „Amadeus“? Das 1979 uraufgeführte Theaterstück, 1984 durch Miloš Forman kinematografisch erheblich beschleunigt, provozierte mit einem Normalitätszuruf eigener Art die musikalische Elite: „Ihr Mittelmäßigen überall – jetzt oder in der Zukunft –,

ich erteile euch meine Absolution. Amen.“ Der Bühnenautor Sir Peter Shaffer hatte diese Worte dem greisen Komponisten Antonio Salieri in den Mund gelegt. Salieri war als Komponist zwar kein Versager, doch, anders als Mozart, nicht singular: eine Normalbegabung. Peter Shaffer hat ihn zum Schutzpatron

des Mittelmaßes ausgerufen, doch damit nicht genug. Der dramaturgische Clou bestand darin, dass Salieri die heimliche Hauptrolle spielt und das Genie Mozart in seinem Schatten steht. Gesundes Mittelmaß, so die Pointe, hat mehr Gewicht, als die Faszinationskraft des Singulären glauben macht.

Diese Absolution des Mittelmaßes vermag im Jahr 2018 erneut zu provozieren, dieses Mal vielleicht sogar die politische „Elite“. Denkt darüber nach! Gesundes Mittelmaß hat eine zentrale, gesellschaftlich tragende Normalitätsfunktion – durchaus auch in euren eigenen Reihen. Mittelmaß ist nämlich gar nicht so mittelmäßig. Es gilt, den Charme und die politische Stärke des Mittelmaßes wahrzunehmen. Kurz: Befasst euch stärker mit dem „Normalen“ und den „Normalen“, vor allem auch: Entdeckt in kritischer Selbstdistanz Normalität als Maßstab und stellt eure eigene politische Urteilskraft in ihrer Exklusivität infrage. Eine Gesellschaft ist keine Vereinigung von Spitzenkräften und Sonderfällen. Und sie lebt auch nicht ausschließlich von Spitzenleistungen, so faszinierend diese sein mögen. Mehr Salieri bitte, weniger Mozart!

Allerdings ist ein solches Plädoyer Missverständnissen ausgesetzt. „Normal“, diese schon akustisch graue Maus, scheint in der Nähe des Muffigen, Abgestandenen, Konventionellen, ja leicht Reaktionären und Regelversessenen ihren Ort zu haben. Hinzu kommt: Das Normale könnte verdächtigt werden, eine politisch riskante, ja gefährliche Bestimmung zu sein, mit der das Normenbewusstsein einer Gesellschaft manipuliert werde.

In der Tat ist zu beachten: Das Normale darf nicht mit dem Normativen gleichgesetzt werden.¹ Denn wer das tut, agiert populistisch. Ebenso wenig darf das Normative kraft politisch-exekutiver Macht als das Normale definiert werden. Es war das Verfahren der sowjetischen Nomenklatura, das von ihr festgelegte Normative als das Normale durchsetzen zu wollen. Das führte zu einer unerträglichen Diktatur des normativitätsüberladenen Normalen, mit einer erzwungenen „Fassaden-Normalität“ (Jürgen Link).

Die Geschichte des Normalen weist jedoch auch Unbelastetes jenseits solcher politisch normativer Indoktrination auf. Anders, als es der lateinische Begriff (*norma* = Winkelmaß) vermuten lässt, beginnt die Rede vom Normalen spät und ist eine Frucht der Aufklärung. So spricht Immanuel Kant in seiner *Kritik der Urteilskraft* von einer „ästhetischen Normalidee“. Ende des 18. Jahrhunderts beschreibt Carl Friedrich Gauß die symmetrische, glockenförmige Verteilungskurve, Normalverteilung genannt, die zu einer der prägenden Figuren in der Erklärung und Aufschlüsselung von Normalität gesellschaftlicher Konstellationen werden sollte.

Und um gleich ins 20. Jahrhundert zu springen, sind nicht eben rechtsreaktionär veranlagte Intellektuelle wie Hans Magnus Enzensberger für das Normale eingetreten. Enzensberger verteidigte die Mehrheit in der Mitte einer gesellschaftlichen Normalverteilung gegen sich avantgardistisch wählende Rechts- und Linksintellektuelle. Deshalb darf, emanzipiert vom Verdacht des

Reaktionären, die Frage gestellt werden, wie das Nachdenken über das Normale zu einer politischen Kurskorrektur beitragen könnte – freilich hier im Sinne eines etwas gewagten Annäherungsversuchs.

DAS NORMALE VERSTEHT SICH NICHT VON SELBST

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Politik – in einer „Gesellschaft der Singularitäten“ (Andreas Reckwitz) – dazu neigt, ihr Augenmerk auf das Singuläre, auf Sondergruppen der Gesellschaft und deren Interessen zu richten. Mit welcher Verve sie das bisweilen tut, verdient Respekt. Die entsprechende Verve könnte allerdings auch damit zu tun haben, dass sich die Befassung mit Sonderinteressen einer größeren, durchaus auch medialen Aufmerksamkeit sicher sein kann. Sind dadurch möglicherweise die Proportionen in Schiefelage geraten: zu viel Mozart, zu wenig Salieri?

Politik zielt auf das Gemeinwohl, das die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger möglichst gleichermaßen arrangiert; Sondergruppen privilegiert es nicht. Deren berechnete Interessen müssen ohne Frage beachtet werden, denn ein das Einzigartige deklassierender Terror des Normalen würde das Gemeinwohl zerstören. Auf den klugen und nicht ausschließlichen Sinn für das Normale kommt es also an. Das ist überaus anspruchsvoll zu „ermitteln“, denn das Normale versteht sich nicht von selbst.

Es gilt, einen leicht nachvollziehbaren, gehaltvollen Sinn des Normalen zu etablieren – einen Sinn, der Neugier und Interesse weckt und in einer öffentlichen politischen Auseinandersetzung produktiv werden kann. Das fordert gedanklich einiges ab, denn dieser Sinn erschließt sich weder durch Lektüre wissenschaftlicher Spezialliteratur noch dadurch, dass man sich einfach auf eine sprachliche Intuition oder O-Töne aus der Stammkneipe verlässt. Mit dem Literatur- und Sprachwissenschaftler Jürgen Link ein wenig hochgestochen sortiert: Es gibt erstens einen nicht weiter reflektierten umgangssprachlichen Elementardiskurs (völlig normal; total normal; der normale Wahnsinn). Der ist floskelhaft, beschwört Normalität und verrätst deren Sinn eher, als dass er ihn aufschlüsselt. Es gibt zweitens einen von Klarheit und hoher Präzision der Bedeutung bestimmten terminologischen wissenschaftlichen Spezialdiskurs von der Mathematik und Physik über die Biologie und Medizin bis in die Sozialwissenschaften hinein. Was darin „normal“ bedeutet, entzieht sich dem normalsterblichen, fachfremden Gemüt jedoch vollständig. Und es gibt schließlich einen „irgendwo zwischen Elementar- und Spezialdiskurs“ liegenden „Interdiskurs“ (Jürgen Link). Dieser vermeidet bloß die versichernde suggestive Rede, ist um Klarheit und differenzierende Präzisierung bemüht und kann zugleich von durchschnittlich interessierten Mitbürgerinnen und Mitbürgern ohne Weiteres erfasst werden. Einer solchen Diskursebene

sind vor allem die Medien und die Politik verpflichtet. Auf dieser Ebene also gilt es sich zu verständigen, wenn nach der Relevanz des Normalen für das Politische gefragt wird.

Die Diskursakteure machen es allerdings der Politik in Sachen Normalitätsdiskussion heutzutage nicht leicht und nötigen sie, die Frage nach dem Normalen mit Kategorien zu überdecken, die besondere Interessen in den Vordergrund stellen. Inklusion und Singularität sind nur zwei Stichworte, die – wenn man sich näher mit ihnen befasst – einen Normalitätsdiskurs unumgänglich machen.

„NORMAL IST VERSCHIEDEN“

Inklusion fordert, dass der gesellschaftliche Normalzustand in seiner individuellen Vielfalt besteht. Erledigt hat sich die mit dem Integrationsmodell verknüpfte Vorstellung, dass die Abweichung von einer Normalität, in die integrierend einzugliedern ist, ein zwingend aufzuhebendes Defizit darstellt. Inklusion basiert insoweit auf dem sehr zu begrüßenden Gedanken, dass jeder Mensch seinen Lebensentwurf selbstbestimmt und gleichberechtigt entwickeln kann.² Dabei soll ihm die Politik die Zugänge ermöglichen und gegebenenfalls spezifische Einschränkungen ausgleichen. Damit wird eine Norm der „Gleichheit des Ungleichen“ gesetzt, mit überaus positiven Folgen. Denn an die Stelle der Vorstellung einer Abweichung vom Normalen tritt eine faszinierende Variabilität von Normalität. Wenn sich das im gesellschaftlichen Bewusstsein durchsetzt, fallen tragische Barrieren und Akzeptanzprobleme in der Selbst- und Fremdwahrnehmung, von denen etwa behinderte Menschen ein trauriges Lied singen können.

Im Zuge dessen wird die Politik aber veranlasst, Rechtsansprüchen und gesellschaftlichen Gestaltungsforderungen zu genügen, die sie kaum widerspruchsfrei einzulösen vermag – teils deshalb, weil ökonomische und personelle Ressourcen endlich sind, teils deshalb, weil sich die sozialen Gefüge sperrig verhalten. Schon daran kranken oft die Bemühungen, Schülerinnen und Schüler mit und ohne Behinderung gemeinsam an Regelschulen zu unterrichten. Eltern von Kindern mit Behinderungen klagen einerseits über nicht hinreichend qualifiziertes Personal; andererseits wird kritisiert, dass die Lehrkräfte „zu viel“ Zeit mit Kindern mit Behinderung verbringen würden und der Lernstoff zu langsam vermittelt werde.

Die Umsetzungsprobleme führen zu ungewollt negativen Effekten für die oftmals sozial benachteiligten lernschwachen Kinder. Es wird berichtet, dass sie, in den sozialen und pädagogischen Lernverband unmittelbar inkludiert, von ihren Klassenkameradinnen und Klassenkameraden sozial umso härter ausgeschlossen werden. Die manifest zunehmenden Differenzen in der

häuslichen und Wohnsituation mit sich segregierenden Wohnvierteln arbeiten als Exklusionsmotoren dem auch noch zu. Normal ist verschieden – eia, wär'n wir da! Insofern muss Politik die Chance haben, sich einer realistischen gesellschaftlichen Normalitätsdynamik zu stellen, und sich mit dieser vor Augen an die Ausgestaltungsbearbeitung machen.

SOZIALER PREIS VON INKLUSION

Als ähnlich problematisch erweist sich die Situation mit Blick auf die soziale Unterstützung von Migranten. Insbesondere sozial schwächere Gruppen in Deutschland machen sich Sorgen, dass der Sozialstaat die ihnen gewährten Unterstützungsleistungen zugunsten von Migranten reduziert. Daher muss man auch hier offen feststellen: Inklusion hat einen sozialen Preis, sie justiert das Normale neu, produziert mit der Zeit eine neue Art von Normalität, die Menschen, die anderes gewohnt waren, möglicherweise irritiert oder sogar tatsächlich belastet.

Mit der Inklusionsdevise „Normal ist verschieden“ werden soziale Lasten verschoben: Vormalig Diskriminierte werden entlastet, doch zuvor weniger oder nicht Benachteiligte werden belastet. Anders gewendet: Bei der Inklusion darf es nicht nur um eine Inklusion von Rechtsansprüchen und Zugängen zu gesellschaftlichen Ressourcen gehen, sondern auch um eine Inklusion von Grenzen: von Normalitätsgrenzen wie der Begrenztheit politischer Gestaltbarkeit und ökonomischer Ressourcen, aber auch von Grenzen individueller Fähigkeiten, schließlich auch Grenzen sozialer Inklusionsbereitschaft, mit denen zu rechnen ist und die in aller Geduld zu bearbeiten sind.³ Dabei müssten der Inklusion Solidarität und rechtes Maß als sinnige Geschwister zur Seite gestellt werden. Wer immer inkludierende Solidarität beansprucht, muss auch selbst Solidarität an den Tag legen, beides in einem menschlichen Maß. Wir sollen einander eben, wie Martin Luther meinte, Mensch sein und nicht Gott, das sei die Summe des gelingenden Zusammenlebens.

ENTWERTUNG DES „NORMALEN“

In der Januar/Februar-Ausgabe der *Politischen Meinung* wurde herausgearbeitet, was passiert, wenn das Besondere zur Richtschnur wird und den Maßstab des Normalen abzuschaffen droht. Einschlägig ist vor allem die Analyse des Soziologen Andreas Reckwitz, nach der die Massenkultur auf ihr Ende zugehe. Es zähle – gefördert durch die digitalen Technologien – künftig nur noch das eigene „Profil“ und das Einzigartige. Schon die Erziehung sei ein

einziges „Singularisierungsprogramm“.⁴ „Heute ist Dein großer Tag, denn heute bist Du der Star“, lautet die Aufschrift auf einer im Niedersächsischen produzierten Glückwunschkarte zum Schulanfang 2018.⁵ Schluss mit dem Allgemeinen, Schluss mit Standards – in unserer Gesellschaft, so Reckwitz, gelte es erstens, einzigartig, originell und attraktiv zu sein, und zweitens, diese Attraktivität (medial) zu zeigen. Wer beides nicht beherrsche, werde sozial verschwinden. Nur kulturkosmopolitische und unternehmerisch Kreative würden demnach überleben. Die dadurch von sozialer Abwertung bedrohte „alte Mittelschicht“ sehe sich zu Gegenreaktionen veranlasst, setze auf das Eigene, das Traditionelle und Heimische, um sich gegen die Abwertung des Provinziellen und Konformen zu wehren. Manche Gruppierungen – rechtspopulistische, nationalistische, religiös-fundamentalistische und teilweise auch ethnische Gruppen – machen sich das zunutze und behaupten verstärkt die innere Homogenität einer kollektiven Identität.

„STINKNORMAL UND SUPERFEIN“

Insgesamt diagnostiziert Reckwitz eine sich spaltende Gesellschaft, was die Frage aufwirft: Könnte eine politisch produktive Befassung mit dem Normalen den Spalt zwischen „Singularitätstipstern“ und „Mittelstandsabsteigern“ eindämmen? Immerhin bestreitet Reckwitz nicht, dass die zur Schau gestellten Singularitäten lediglich suggeriert sind. So stehen hinter den vermeintlich durchdesignten Singularitätsszenarien oft überaus alltägliche Biographien. Es etabliert sich ein Singularitätskonformismus eigener Art, eine Art überanstrengter Normalität des Besonderen, die es insbesondere Jugendlichen verbietet, unangestrengt normal sein zu dürfen.

Geradezu befreiend wirkt da, wenn sich ein Jugendlicher in einem Blog zu den Menschen zählt, die „stinknormal und superfein“⁶ damit sind. Bei sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern sticht nun einmal nichts medientauglich heraus. Politische Initiativen sollten alles andere als den Eindruck erwecken, dass daran etwas tragisch wäre. Es gilt, zurück auf den Normalitätsteppich zu kommen, was erst recht der medialen Welt schwerfallen dürfte, aber umso notwendiger erscheint.

„Deutschland sucht den Superstar“ und findet ihn kaum, weil zwar viele Kandidatinnen und Kandidaten zu singen und zu tanzen wagen, aber es dann doch nicht außergewöhnlich gut können. Man sehnt sich geradezu nach einem Förderprogramm für realistische, heiter selbstdistanzierte junge Menschen, die sich reflektiert, aber glücklich als „Talentbefreite“ zu erkennen geben. Vielleicht sind die Hamburger Schülerinnen ein Anfang, die sich mit dem Lied „Not Heidi's girl“ davon distanzieren, an den Maßen von Topmodels gemessen zu werden.

Eine Orientierung am Normalen ist keine Stammtischrederei. Gerade politisch ist sie anspruchsvoll. Mit ihr verbindet sich die Frage nach gesellschaftlichen Standards, die es zu bewahren oder zu erreichen gilt. Zwar darf es nicht darum gehen, das, was für normal gehalten oder empfunden wird, politisch einfach zu exekutieren oder zu verstärken. Doch es ist fraglos wichtig, über Normalitätsvorstellungen von Bürgerinnen und Bürgern im Bilde zu sein. Und die Politik sollte bei der Festlegung von solchen zentralen Standards öffentlicher Verantwortung ein gewichtiges Wort mitreden. Dabei ist selbstverständlich zu prüfen, welche Aufgaben in der Perspektive einer Gemeinwohlorientierung zu den Kernaufgaben politischer Gestaltung zählen sollten. Die Politik darf also niemals zur normativen Dienstmagd eines mehr oder weniger allgemeinen Normalitätsempfindens verkommen. Rechtsstaatlich und repräsentativ-demokratisch kultivierte Politik hat dem Volk „aufs Maul“ zu schauen, ihm aber nicht nach dem Mund zu reden. Politische Führung ist gefragt, eine Führung, die von Bürgerinnen und Bürgern ein Normalmaß an Eigenständigkeit erwartet und ein wenigstens durchschnittliches politisches Engagement fördert. So gesehen ist ein Interesse am Normalen der erklärte Gegner eines politischen Protektionismus, der „Menschen in Deutschland“ im Grunde zu einer Horde von politischen Pflegefällen macht, um die sich politisch Verantwortliche fürsorglich zu kümmern hätten.

„EHE FÜR ALLE“

Noch kümmert sich die Politik stark um Sonderthemen und Spezialfragen. Oder anders: Sie reagiert geradezu reflexartig auf die Sorge um das Besondere. So kam es im Sommer 2017 zu der Entscheidung mit Blick auf die „Ehe für alle“. Dabei kann es nicht darum gehen, das mit einer respektablen Mehrheit verabschiedete Ergebnis der Abstimmung infrage zu stellen. Der Weg dorthin jedoch wurde selbst von überzeugten Befürwortern als unwürdig empfunden. Sorgfältig rückgekoppelt war die Entscheidung besonders in der CDU nicht. Noch auf ihrem Parteitag 2007 in Hannover hatte sie „Grundsätze für Deutschland“ verabschiedet, in denen es heißt: „Die Ehe ist unser Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die beste und verlässlichste Grundlage für das Gelingen von Familie. [...] Wir respektieren die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen. [...] Eine Gleichstellung mit der Ehe zwischen Mann und Frau als Kern der Familie lehnen wir jedoch ebenso ab wie ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare.“ Damit ist die Entscheidung vom Sommer 2017, in dieser Frage den Fraktionszwang aufzuheben, nicht in Einklang zu bringen. Die erhebliche Verschiebung in der Normalitätsdynamik im Blick auf die Ehe müsste aber gründlich erklärt und verständlich gemacht werden.

Hilfreich wäre, eine am Gemeinwohl orientierte sozial- und familienpolitische Gesamtstrategie offenzulegen – eine Gesamtstrategie, in die sich Spezialfragen wie die rechtliche Ausgestaltung einer „Ehe für alle“ einordnen lassen und die die ökonomischen, demografischen, sozialen und bildungspolitischen Perspektiven plausibel miteinander verknüpft. Diese Aufgabe macht zugegebenermaßen nicht leichter, dass sozialetische öffentliche Intellektuelle vom Format eines Oswald von Nell-Breuning, die der Politik zur Seite stehen könnten, nicht in Sicht sind oder sich jedenfalls nicht hörbar zu Wort melden.

Zunächst geht es, wie gesagt, um die Kenntnis von Normalitätsvorstellungen. Sie ist Aufgabe von Politik im Sinne einer kritischen Meinungsbildung und Überzeugungsarbeit, für intelligente Normalitätsstandards mit Sorge zu tragen. Dafür bedarf es Kraft und Ausdauer, um für klug erdachte politische Überzeugungen und Gestaltungsoptionen Mehrheiten zu gewinnen. Damit diese anspruchsvolle Hinwendung zum Normalen gelingt, benötigen wir eine breite öffentliche, politische und fachpolitische Diskussion.

¹ Vgl. Jürgen Link, *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*, Göttingen 2013, S. 33–35.

² Vgl. hierzu: *Es ist normal, verschieden zu sein. Inklusion leben in Kirche und Gesellschaft. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)*, Gütersloh 2014.

³ Vgl. *Die Pflicht zur Inklusion und die Tugend der Barmherzigkeit. Ausarbeitung der Theologischen Kommission der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck*, Kassel 2014, S. 21–23.

⁴ Vgl. Andreas Reckwitz: *Die Gesellschaft der Singularitäten*, Frankfurt am Main 2017, S. 331.

⁵ *Grüße, die verbinden*. Nr. 61-1127, bsb-obpacher gmbh, Steinhagen 2018.

⁶ „Ich bin stinknormal und super-fein damit. Ehrlich!“, www.bento.de/gefuehle/ich-bin-stinknormal-und-super-fein-damit-ehrllich-2157954 [zuletzt abgerufen am 13.08.2018].

Total digital

Anmerkungen zur Mode der intellektuellen Spökenkiekerei

REINHARD MOHR

Geboren 1955 in Frankfurt am Main, Journalist, Autor und Publizist. Nach dem Studium der Soziologie arbeitete er für das Frankfurter Stadtmagazin „Pflasterstrand“, später die „tageszeitung“, die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und den „stern“. Von 1996 bis 2004 war er Kulturredakteur beim „Spiegel“. Heute lebt er in Berlin und schreibt als freier Autor unter anderem für die „Welt am Sonntag“.

„Digitalisierung, Digitalisierung!“ – in kaum einer Talkshow, in keiner Rede und auf keinem Zukunftskongress darf die

Anrufung einer uns alle überwältigenden technologischen Entwicklung fehlen, die unabsehbare gesellschaftliche Folgen habe. Ein Mantra wie das „Amen“ in der Kirche. Jeder Politiker, der auf sich hält und als jung, frisch und unverbraucht gelten möchte, führt die Digitalisierung im Munde wie der Pfarrer das Vaterunser. Das suggeriert Modernität, Aufgeschlossenheit und kritisches Bewusstsein.

Nun ist es aber so, dass sich die Digitalisierung vor allem in der Wirtschaft auch ganz ohne Politiker durchgesetzt hat – und das seit etwa zwei Jahrzehnten. Vom Industrieroboter bis zum allerneuesten

Smartphone, vom selbstfahrenden Auto bis zum sprechenden Kühlschrank, vom Google-Algorithmus bis zur Marssonde – nichts geht mehr ohne die weltweite und blitzschnelle Informationsverarbeitung ungeheurer Datenmengen. Dass diese Entwicklung Millionen Arbeitsplätze, Milliardenvermögen und in der Menschheitsgeschichte bislang unerhörte Möglichkeiten von Produktion und Kommunikation geschaffen hat, steht außer Frage.

Immer mehr aber schieben sich in der Öffentlichkeit die damit einhergehenden Probleme in den Vordergrund – vor allem der Schutz persönlicher Daten und die Herausforderung, die in der Zusammenballung von Know-how und brisanten Informationsmengen in den Händen weniger mächtiger Konzerne liegt. Hier für Klarheit und Kontrolle zu sorgen, ohne Freiheiten einzuschränken, und das auch noch am besten auf der Basis internationaler Standards, ist ein äußerst schwieriges Unterfangen. Es beginnt schon damit, dass nur eine verschwindende Minderheit auch nur einen groben Überblick über die komplexe Sachlage hat, die sich zudem unentwegt und in unglaublicher Geschwindigkeit verändert.

KASSANDRA UND APOLLON IM PAS DE DEUX

Ein probates Mittel, dieser geradezu unmöglichen Herausforderung zu entgehen, besteht darin, spekulative Zukunftsszenarien zu entwerfen, in denen Cassandra und Apollon, Untergangsprophetie und Utopieseligkeit den Pas de deux wagen. Nachdem die legendäre Rolle der Intellek-

tuellen in den 1960er- und 1970er-Jahren nur noch eine ferne, sentimentale Erinnerung ist, haben einige späte Adepten die neueste Mode philosophischer Spökenkiekerei entdeckt: „Total digital – die Welt spielt verrückt, und wir zeigen euch, wie, wo und warum.“

Ein führender Vertreter dieser Wirsagen-euch-was-Sache-ist-Spezies ist, wie könnte es anders sein, der Bestsellerautor Richard David Precht, der sich schon auf den Themenfeldern Ernährung, Bildung und Liebe als auskunftsfreudiger Experte erwiesen hat. In einem langen *Spiegel*-Gespräch setzte er unlängst die wichtigsten Duftmarken dieser neuen meinungsstarken Zukunftsforschung: Facebook hält er für gefährlicher als Donald Trump, Google, Amazon und Apple, kurz Silicon Valley, gar für eine globale Gefahr. „Die Digitalisierung bedroht alles, was ist“, dekretiert er. Selbst am Fremdenhass sei sie schuld, weil die frei flottierenden Ängste vor den Algorithmen auf die leichter greifbaren, weil physisch präsenten Flüchtlinge projiziert würden.

Das ist zwar Vulgärpsychologie aus dem ersten Semester, aber auch Kurzschlüsse verfehlen ihre Wirkung nicht, umso mehr, als Precht und andere Wahrsager der neuen Durchblickerzunft die Lösung gleich mitliefern – frei nach Hölderlins Satz „In der Gefahr wächst das Rettende auch“.

Die rechten, restaurativen Tendenzen seien „ein gutes Anzeichen dafür, dass Revolutionen in der Luft liegen“. Das ist das „Umschlagsargument“. Man erinnert sich an die historisch-materialistische Dialektik von Karl Marx, bei der das unterdrückte Proletariat vom Opfer plötzlich selbst zum Akteur der weltgeschichtlichen Vernunft wird.

Freilich ist es bis zur Selbstbefreiung der abgeschöpften Algorithmusopfer von Twitter bis Instagram ein weiter Weg, denn Silicon Valley, das offenbar für alles Unheil der Welt verantwortlich ist, will uns zu vergangenheitsvergessenen und traditionslosen „Supermenschen“ ummodellieren, zur „Mensch-Maschine“, die „Teil der Cloud“ ist und nichts kennt, als technische Probleme zu lösen. Eine „totalitäre“ Vision. Hier grüßt die Entfremdungstheorie von Herbert Marcuse, auch Günther Anders’ „Antiquiertheit des Menschen“. Ein Horrorszenario, in dem „die Hälfte der heute Beschäftigten keine Arbeit mehr hat“ und der Rest in den Fängen der Datenkraken zappelt, in der Blase einer Orwell’schen Überwachungswelt, die dir sagt, was du kaufen und welche Partei du wählen sollst.

AM ENDE WAR’S DIE „ZENZI“ UND NICHT ZUCKERBERG

Manchmal hilft es ja, älter zu sein. Wie viele Prophezeiungen, helle wie dunkle, hat man schon überlebt, vom sozialistischen Menschheitsparadies bis zum flächendeckenden Waldsterben und, ja, natürlich, den „Atomstaat“ (Robert Jungk) der „totalen Überwachung“? Eine „Volkszählung“, die in den 1980er-Jahren zu großen Protesten führte, war datenrechtlich ein komplett harmloses Unterfangen gegenüber dem, was Vierzehnjährige heute in den Social Media von sich preisgeben. „Die Arbeit geht uns aus“, warnten „Experten“ vor Jahrzehnten – heute haben wir mehr sozialversicherungspflich-

tige Jobs denn je. Immer wieder wurde das „Ende des Wachstums“ vorhergesagt – heute wissen wir, dass es weitergeht, im besten Fall unter sehr viel effizienterem Verbrauch materieller Ressourcen.

Was noch hilft: mal wieder rausgehen, ins echte Leben. Mit normalen Leuten reden – mit dem Mosel-Winzer am Steilhang, mit dem gehetzten Paketzusteller. Den Flaschensammler beobachten, der noch in der größten Hitze sonntags seine gar nicht virtuellen Runden dreht. Einen Freund im Krankenhaus besuchen. Oder mal wieder in die Berge, nach Südtirol. Dort, wo noch auf über 2.000 Meter Höhe Kühe im lichten Unterholz stehen und seltene Pflanzen verspeisen. Und sich dann die Frage stellen: Wer melkt die am Abend? Eine Drohne mit voll automatisierter Spezialsaugtechnik? Und wer hat eigentlich die köstliche Buttermilch auf der Alm gemacht? Am Ende war’s doch die „Zenzi“ und kein Algorithmus von Mark Zuckerberg.

Apropos: Nachdem ich mein Hotel in Südtirol gebucht hatte, bekam ich ständig Werbung für Hotels in Südtirol. Keine besonders raffinierte Überwachungstechnologie. Dasselbe galt für meine neu gekauften Bergschuhe. Und noch was: Keine anonyme Macht im Netz hat mir jemals nahegelegt, was ich wählen soll. So bleibt die Qual der Wahl bei mir ganz allein.

Nein, wir wollen die Probleme nicht verleugnen oder verniedlichen. Aber wir brauchen auch keine falschen Propheten, die auf unsere Einwände immer geheimnisvoll und allwissend antworten: „Ja, warten Sie es nur ab! Das alles kommt erst noch. Sie werden sich wundern!“

Beziehungskrise zum „Normalbürger“

Wie die Volksparteien revitalisiert werden können

HANS-JOACHIM VEEN

Geboren 1944 in Straßburg, leitete von 1983 bis 2000 die Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2002 bis 2014 Gründungsvorsitzender der Stiftung Ettersberg in Weimar, seit 1995 Honorarprofessor für Regierungslehre an der Universität Trier.

Inzwischen wollen alle „Volkspartei“ sein, auch FDP, Linke und die Alternative für Deutschland (AfD) sehen sich zumindest auf dem Weg dorthin, nur die Grünen hielten sich lange elitär zurück. Doch das will die neue Parteiführung unter Robert Habeck ändern. Allerdings ist es mit einer Umetikettierung von der Milieu- zur Volkspartei nicht getan, es wäre vielmehr ein weiter, schwieriger Weg zur Kom-

plexität, der für viele kaum vorstellbar ist. Denn inzwischen ist der Begriff zu einem wohlklingenden Etikett geschrumpft und in etwa dort angekommen, wo die erste Partei dieses Namens, die linksliberale Deutsche Volkspartei

(DVP), die mit ihrem besten Wahlergebnis von 13,9 Prozent im Jahre 1920 allerdings nie eine Volkspartei war, in der Frühzeit der Weimarer Republik stand. Unnötig zu sagen, dass zumindest die Unionsparteien von dieser Propagandarhetorik frei und ihre Wahlergebnisse (noch) weit davon entfernt sind.

Aber die Volksparteirhetorik gibt allen Anlass, daran zu erinnern, dass der Begriff der Volkspartei seit den 1950er-Jahren weit mehr bedeutet, dass er tatsächlich einen ambitionierten neuartigen Parteitypus bezeichnet, der das traditionell hoch fragmentierte deutsche Parteiensystem mit seinen Weltanschauungs-, Konfessions-, Klassen-, Milieu- und Interessenparteien überwinden wollte. Dies scheint heute fast in Vergessenheit geraten zu sein und damit auch der ehrgeizige Anspruch an eine „echte“ Volkspartei.

Die Entwicklung der Volksparteien gehört zu den herausragenden demokratischen Leistungen der jungen Bundesrepublik. Prototyp war die CDU als Neugründung mit überkonfessionellem Charakter, die nicht nur die konfessionellen Grenzen der katholischen Zentrumspartei des Kaiserreichs und der Weimarer Republik als Union katholischer *und* evangelischer Christen überwinden wollte, sondern darüber hinaus die bürgerlichen, konservativen und liberalen Sozialmilieus in einzigartiger Weise politisch miteinander verbunden hat. Damit erschloss sich die Union eine breite Wählerschaft in der Mitte und der demokratischen Rechten der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, mit der sie von Wahlsieg zu Wahlsieg vorrückte.

Die traditionsreiche Klassenpartei SPD zog nach ihrer verheerenden Wahlniederlage 1957 mit dem Godesberger Programm von 1959, einem Meilenstein in ihrer Entwicklung, nach. Bis zum Beginn der 1990er-Jahre war die Geschichte der beiden Volksparteien eine beeindruckende Erfolgsgeschichte. Seither scheint sie eine Geschichte ihres fortschreitenden Niedergangs zu sein.

HAUSGEMACHTE GRÜNDE FÜR DEN ABSTIEG

Aber wie zwangsläufig ist diese Entwicklung? Die Parteienforschung erweckt seit den frühen 1990er-Jahren den Eindruck, dass das „Ende der Volksparteien“ ein zwangsläufiger Prozess sei. Das kann man schon deshalb bezweifeln, weil der Abstieg der Volksparteien neben den langjährig bekannten wählersoziologischen Ursachen (Schrumpfung der Sozialmilieus, Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile, Rückgang der Stammwähler und Zunahme der Wechselwähler, sinkende Mitgliederzahlen der Parteien) auch hausgemachte Gründe hat. Diese könnten aber korrigiert beziehungsweise könnten ihnen durch die Anpassung an gewandelte politische und kommunikative Rahmenbedingungen entgegengewirkt werden. Dazu später mehr.

Wie mir scheint, haben die einstmaligen stolzen Volksparteien über die Jahrzehnte wohl die Ratio ihres Erfolgs mehr und mehr aus den Augen verloren oder im gouvernementalen Ornat für vernachlässigbar gehalten. Die

Frage, ob die Volksparteien eine Zukunft haben oder historisch überholt sind, ist deshalb die Frage danach, ob die Leitidee und die spezifischen Funktionen dieses Parteitypus zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch sinnvoll, tragfähig und gegebenenfalls reorganisierbar sind.

Diese Leitidee lässt sich auf den Nenner „politische Integration“ bringen, Integration verstanden als Zusammenführung unterschiedlicher sozialer, ökonomischer, kultureller und weltanschaulicher Interessen, unterschiedlicher Konfessionen, Schichten und sozialer Milieus unter einem gemeinsamen programmatischen Dach. Bei der CDU waren die drei ideengeschichtlichen Pfeiler dieses Daches die christliche Soziallehre, der Konservatismus und der politische Liberalismus. Letzteren hat die neue CDU-Generalsekretärin zu Beginn ihrer Amtszeit anscheinend zu benennen vergessen. War das nur eine lässliche Ungenauigkeit oder sollte damit eine programmatische Neupositionierung signalisiert werden? Diese Frage ist für die Partei der Sozialen Marktwirtschaft von grundsätzlicher Bedeutung, betrifft sie doch einen ihrer Markkerne und ihre traditionelle Wählerklientel in der Mitte der Gesellschaft, die gewerblichen Mittelschichten, die in der Mittelstandsvereinigung der CDU repräsentiert sind.

„NORMALBÜRGER“ UND IHRE LEBENSWIRKLICHKEIT

Volksparteien sollen Häuser mit vielen Wohnungen und durchaus unterschiedlichen Bewohnern sein. Der organisierte innerparteiliche Pluralismus ist geradezu ihre Erfolgsbedingung. Diese innerparteiliche Vielfalt zu balancieren, unterschiedliche Interessen auszutarieren und politisch zu integrieren macht die Führungskunst der Parteiführungen aus und fordert ihnen einen enormen kommunikativen Einsatz ab.

Politische Integration muss aber nicht erst *ex post* beginnen, sondern ist bereits in der politischen Vorausschau möglich durch die Bestimmung der vordringlichen Herausforderungen und Probleme der Zeit, die im öffentlichen Diskurs verbindlich gemacht werden müssen. Ziel muss es sein, ein politisches Gesamtkonzept für die Gestaltung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates zu erarbeiten, das für möglichst viele Bürger wählbar ist – nicht für alle Bürger, wie es oft heißt, denn das wäre die Logik des Einparteienstaates. Als Massenintegrationsparteien werden Volksparteien deshalb auch bezeichnet.

Ihre größte Zielgruppe sind die sogenannten „Normalbürger“, die eine Metapher für die wählerstarke politische Mitte der Gesellschaft sind und erfahrungsgemäß die „Beweglichkeit großer Tanker“ haben. In dieser breiten Mitte werden Wahlen gewonnen oder verloren. Da der „Normalbürger“ nur im Plural und in bunter Vielfalt existiert und ein weit gefächertes Spektrum von moderat links bis moderat rechts repräsentiert, kann sein politisches

Verhalten am ehesten durch negative Abgrenzungen näher bestimmt werden: Er wählt weder ideologisch noch extremistisch, noch zählt er sich zu einer spezifischen Minderheit. Er ist politisch nicht immer korrekt und er gehört zu den Durchschnittsverdienern. Politik ist in der Regel nicht seine Herzensangelegenheit. Er erwartet vielmehr, mit Maß und Mitte professionell, aber durchaus auch mit einem gewissen Unterhaltungswert regiert zu werden. Common Sense, dieses unentbehrliche Bindemittel demokratischen Miteinanders, für den es leider keine völlig treffende deutsche Übersetzung gibt, bestimmt sein politisches Handeln.

OKKUPIERUNG VON „VOLKES STIMME“

Finden die „Normalbürger“ sich und ihre Lebenswirklichkeit in der Politik nicht wieder oder fühlen sie sich von den politischen Eliten gering geschätzt, können sie zu Protestwählern oder – auch aus Protest – zu Nichtwählern werden. Mit diesen Normalbürgern müssen gerade Volksparteien aber immer rechnen. Bleiben wir uns dessen bewusst: Parteien sind Vereinigungen von Bürgern, diese dürfen sie nicht aus den Augen verlieren, das Sensorium für die Normalbürger muss immer intakt bleiben. Über sie dürfen sie sich nicht erheben. Mehr Demut der Parteien ist meines Erachtens das Gebot unserer Tage. Es sei denn, die Parteien wollten – frei nach Bertolt Brecht – das Volk auflösen und sich ein anderes wählen.

Aber ganz ohne Ironie: Wer oder was ist „das Volk“ überhaupt, das die Populisten von rechts und links ständig für sich vereinnahmen wollen? „Das Volk“ ist immer nur als ein ideologisches Konstrukt oder eine staatsrechtliche Fiktion denkbar. Tatsächlich existiert es als die Summe seiner Bürger nur im Plural und nur vielstimmig. „Volkes Stimme“, wie sie die AfD maßlos für sich okkupiert, sind deshalb allenfalls Stimmen des Missmuts, des Frustes, gelegentlichen Verschwörungsglaubens und vielfältiger Proteste von Teilen der Bevölkerung. Sie sind damit aber auch ein Indikator für die gegenwärtige Akzeptanz des Parteiensystems und seine Schwächen.

Volksparteien wollen Regierungsparteien oder solche von morgen sein, die nach Mehrheiten streben. Sie müssen deshalb auch quantitativ Großparteien sein, also eine Mindestzahl von Wählern auf sich vereinen, um ihren qualitativen Anspruch repräsentieren zu können. Exakte Größenvorgaben gibt es dafür nicht, die Parteienforschung hat über die Jahrzehnte die Größenordnung für Volksparteien nach unten korrigiert. In den 1970er-Jahren lag sie noch bei ungefähr vierzig Prozent, inzwischen wird man einer Partei mit weniger als zwanzig Prozent Wähleranteil wohl keine Volksparteiqualität mehr zubilligen können.

Aber wozu überhaupt Volksparteien? Weil sie wie kein anderer Parteytyp in der Lage sind, Konflikte auszutarieren und Kompromisse auf breiter

Basis zu erarbeiten und damit Führungsfähigkeit und Regierungstabilität zu gewährleisten. Ohne diese Elemente könnte das parlamentarische Regierungssystem sein „efficient secret“ der Kombination legislativer und exekutiver Macht kaum entfalten. Vor allem die Volksparteien verhindern, dass der ganze Interessen-, Ideen- und Konfliktppluralismus der Gesellschaft ungehemmt in die Parlamente durchschlägt und diese nach abschreckendem Weimarer Muster paralysieren könnte. Die große Systemleistung dieser Parteien liegt also darin, dass sie bereits im politischen Vorfeld mehrheitlich akzeptable Konzepte für die gesamte Staatsführung erarbeiten, die über die Durchsetzung spezifischer Interessen hinausgehen, auf das Gemeinwohl abzielen.

Dazu dienen ihnen hoch entwickelte und ausdifferenzierte Parteiapparate und Mitgliederorganisationen, die im Idealfall ihre „Augen und Ohren“ vor Ort sind und eine vielstimmige Willensbildung von unten nach oben implementieren können, auch wenn diese heute oft an Partizipationsgrenzen stößt. Die Mitgliederorganisation bleibt jedenfalls für die Rekrutierung des politischen Nachwuchses unentbehrlich, selbst wenn sie für die Willensbildung einer Volkspartei mit einem breiten Wählerspektrum nur ein Element sein kann. Denn die Mitglieder sind in der Regel traditionell geprägt, sie repräsentieren häufig die ältere Stammwählerschaft, die beharrenden Kräfte der Partei, die dem sozialen Wandel gelegentlich entgegenstehen.

IMPULSE AUF ORTS- UND KREISEBENE

Kein Zweifel: Volksparteien sind sicher die komplexeste, anspruchsvollste und am höchsten entwickelte Organisationsform der politischen Willensbildung. Ich sehe weit und breit keine andere Institution, die ihnen die Aufgabe politische Integration im mühsamen Alltag der Gremien- und der Programmarbeit abnehmen könnte, seien es Bürger- oder Sammlungsbewegungen, Wählerinitiativen oder sonstige Vereinigungen von Einzelinteressen.

Die entscheidende Frage ist also: Wie integrieren? Welche Instrumente, Prozeduren, welche Organisationsformen sind hierzu erforderlich? Wie bleibt eine Partei am Puls der Zeit, für die Lebenswirklichkeit des „Normalbürgers“ sensibel und offen für neue Bedürfnisse und Lebensstile? Hierüber muss sie offen, neugierig, wissbegierig und selbstkritisch Diskussionen anstoßen und aus ihnen Lehren für ihre Positionierung ziehen.

Zweifellos ist die politische Integration angesichts der bekannten wählersoziologischen Veränderungen schwieriger geworden. Aber sie ist deshalb notwendiger denn je. Zu Recht war die Stärkung des Zusammenhalts der Gesellschaft die Kernbotschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung der neuen alten Koalition. Diese Forderung muss aber in der Parteiendemokratie bereits in den Volksparteien verwirklicht

werden. Denn sie sind es, die an vorderster Front, vor Ort politisch integrieren sollen. Dazu müssen sie die politische Willensbildung aus eigener Kraft, selbstständig und selbstbewusst mitgestalten und ihren inneren Pluralismus erhalten wollen, aus dem allein neue Politikansätze erwachsen können. Für diese Aufgabe sollten sie bereits vor Ort personell gestärkt werden. Bereits auf Orts- und Kreisebene muss die Partei wieder lernen, eigenständig zu agieren und Impulse von unten nach oben zu geben.

Keine Frage, Volksparteien stehen immer im Spagat zwischen unterschiedlichen Generationen, Milieus, Lebensstilen und Interessen. Dieser Spagat ist existenziell für den Erfolg einer Massenintegrationspartei, sie muss ihn aushalten wollen. Denn dieser Spagat muss auch zwischen Partei und Regierung funktionieren können. Das verlangt idealerweise eine personelle Konstellation, in der ein souveräner Regierungschef und ein selbstbewusster Generalsekretär gleichermaßen bereit sind, unterschiedliche Rollen zu akzeptieren. Helmut Kohl und Kurt Biedenkopf sowie Kohl und Heiner Geißler haben auf diese Weise viele Jahre erfolgreich mit-, neben- und manchmal auch gegeneinander agiert – zum Nutzen beider. Das Beispiel zeigt zugleich die Grenzen dieser Idealkonstellation auf, die der Parteivorsitzende Helmut Kohl auf dem Bremer Parteitag 1989 nach dem „Putschversuch“ gegen ihn dauerhaft beendete.

KOHL WARNT VOR „VERBONZUNG“

Auch von innen sind die Parteien unter Druck. Stichworte müssen genügen: kommunikative Abschottung, Binnenorientierung, elitäre Überheblichkeit, die Helmut Kohl, der seine Partei auf allen Ebenen sehr gut kannte, „Verbonzung“ nannte, Entfernung vom „Normalbürger“ und die Reduzierung ihres innerparteilichen Pluralismus. Die Prädominanz von Parteiführern, Formen von „plebiszitärem Cäsarismus“ und der Vorrang des Regierens haben allzu häufig die Parteigremien, ihre Gliederungen und Organisationsstrukturen in den Schatten gestellt und verkümmern lassen. Negativ wirkten meines Erachtens auch die sogenannten „Regionalkonferenzen“ der CDU, die es in keiner Parteisatzung gibt. Dadurch wurden die Instrumente politischer Integration vernachlässigt: ernsthafte und gründliche Programmarbeit, die Kompetenz ausstrahlt, und, mindestens ebenso wichtig, die Pflege der Parteivereinigungen und Arbeitskreise, die den unterschiedlichen Strömungen in der Partei Raum geben müssen.

Allerdings müsste der überkommene Kranz von Vereinigungen und Arbeitskreisen der CDU gründlich überdacht werden. Er ist historisch gewachsen und einerseits den tradierten innerparteilichen Interessen, andererseits ehemals aktuellen Schwerpunktsetzungen (wie zum Beispiel der Evangelische Arbeitskreis oder die Frauenunion) geschuldet. Das gesamte Design

der Parteivereinigungen sollte gegebenenfalls korrigiert beziehungsweise ergänzt werden, um neue programmatische Prioritäten zu markieren. Digitalisierung, Datenmacht und Datenkontrolle, künstliche Intelligenz und Kontrollverlust des Individuums, fortschreitende Globalisierung, Migration und Integration, Bildung und Ausbildung für das 21. Jahrhundert, die Zukunftsfähigkeit und Zukunftsperspektiven Deutschlands und die Europäische Union von morgen, auch die Rolle des Nationalen im supranationalen Verbund, um nur einige zu nennen.

ENTFERNUNG DER PARTEIELITEN VOM COMMON SENSE

Bei der Aufzählung der Defizite der Volksparteien wird auch erkennbar, dass die Reformprobleme bei CDU und SPD zum Teil sehr unterschiedlich gelagert sind und es keine Blaupause für die Erneuerung beider Parteien gibt. Gemeinsam ist beiden allerdings die Entfernung der Parteiliten vom Common Sense der Bürger, der Verlust an Vertrauen und ihrer Fähigkeit zur politischen Repräsentation eines immer heterogeneren Wählerspektrums, die in Demokratien naturgemäß anspruchsvoller ist als in mehr oder weniger traditionellen Autokratien. Der letzte Hinweis ist nur als ein kleiner Seitenhieb zu verstehen auf die internationale Umfrage der „Rasmussen Global“ und der „Alliance of Democracies Foundation“, die in ihrem „Democracy Perception Index 2018“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 22. Juni 2018) zu dem Ergebnis kamen, dass die Bürger demokratischer Staaten wie der Bundesrepublik unzufriedener mit ihren Mitbestimmungsmöglichkeiten gegenüber der Regierung und der Vertretung ihrer Interessen sind als die Menschen in Autokratien wie Ägypten, Saudi-Arabien, China oder der Türkei. So fragwürdig die Vergleichsstudie schon in ihrer Anlage ist, zeigt sie doch, wie akut die Vertrauenskrise in den westlichen Demokratien gärt.

In dieser Situation dürfen wir vor allem keine „Selffulfilling Prophecy“ befördern: Der gegenwärtige Abstieg der Volksparteien ist kein historisches Gesetz. Er hat viele Ursachen, die korrigiert werden können, denen zum Teil jedenfalls mit Blick auf neue politisch-kommunikative und soziale Rahmenbedingungen gegengesteuert werden kann und sollte. Die Leitidee der Volkspartei und ihre mehrheitsbildenden, mäßigenden und gemeinwohlorientierten Kernkompetenzen sind in Zeiten gesellschaftlicher Desintegration und Polarisierung notwendiger denn je. Der Versuch ihrer Revitalisierung in zeitgemäßen neuen Formen der politischen Integration ist daher alle Anstrengungen wert.

Diskussion und Zusammenhalt

Die CDU-Generalsekretärin über ihre Zuhör-Tour, den „vernachlässigten Normalbürger“ und das Verhältnis von Bürgernähe und politischer Führung

ANNEGRET KRAMP-KARRENBauer

Geboren am 9. August 1962 in Völklingen, 2011 bis 2018 Ministerpräsidentin des Saarlandes, seit Februar 2018 Generalsekretärin der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Die CDU will sich bis 2020 ein neues Grundsatzprogramm geben. Die erste Phase auf dem Weg dorthin war eine „Zuhör-Tour“, auf der Sie in mehr als vierzig Städten Deutschlands Meinun-

gen, Stimmungen und Anregungen der Parteimitglieder an der Basis eingefangen haben. Warum haben Sie sich zu dieser Vorgehensweise entschlossen?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Vor allem wollten wir sichergehen, dass wir uns beim Grundsatzprogrammprozess mit den Fragen beschäftigen, die unseren Mitgliedern auf den Nägeln brennen. Deswegen haben wir diese Phase vorgeschaltet,

in der wir das unmittelbare Gespräch gesucht haben und unseren Mitgliedern die Gelegenheit geben wollten, zu sagen, was sie politisch bewegt. Jetzt stehen wir vor der Aufgabe, daraus – jenseits vieler wichtiger Einzelaspekte – grundsätzliche Fragestellungen abzuleiten. So ist die Zuhör-Tour der Einstieg, um den kommenden, viel umfassenderen Diskussionsprozess anzuregen – denn zweierlei Dinge sind bei diesem Programm wichtig: das Ergebnis in Form des neuen Grundsatzprogramms, aber auch der Weg dorthin, mit einer möglichst breiten und intensiven Debatte.

Für wie repräsentativ halten Sie die Ergebnisse? Sie waren in vierzig Städten, aber es gibt mehr als 10.000 CDU-Ortsverbände.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Die Ergebnisse sind gewiss nicht im streng statistischen Sinne repräsentativ, aber wir haben uns beispielsweise bei der Auswahl der Orte sehr bemüht, eine aussagefähige Mischung hinzubekommen – aus Großstädten, aus ländlichen Regionen, aus CDU-Hochburgen und aus Gebieten, in denen die CDU relativ schwach aufgestellt ist. Interessanterweise gab es neben regionalen Themen immer bestimmte Fragen, die wiederkehrten. Insofern ergeben sich valide Hinweise darauf, was die Partei in ihrer Breite beschäftigt.

Darf man die „Zuhör-Tour“ als eine subtile Form parteiinterner Selbstkritik verstehen – insofern als dadurch sichtbar wird, dass der Politiktransfer aus der Breite an die Spitze mit den vorhandenen institutionellen Sensoren des Parteiapparats nicht immer funktioniert?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich würde sagen: Selbsterkenntnis. Wir haben diesen Transfer über Regionalkonferenzen zu leisten versucht – beginnend etwa mit der Generalsekretärs- und Vorsitzzeit von Angela Merkel. Damals waren sie ein innovatives Format, um die interne Diskussion zu stärken. Doch wie bei allen, auch gelungenen Formaten ist es so, dass sich über eine lange Zeit, noch dazu in Regierungsverantwortung, etwas abschleift. Das Bedürfnis nach direkter Kommunikation zwischen der Parteibasis und der Parteiführung bleibt aber weiterhin groß, es ist vielleicht sogar gestiegen. Daher haben wir nach neuen, direkten Formen des Austauschs gesucht – daraus entstand die Zuhör-Tour.

Es gibt Beobachter, die die Regionalkonferenzen als eine Entwertung der horizontalen Parteigliederungen und der CDU-Vereinigungen kritisch sehen.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Die CDU verfügt im Wesentlichen über zwei Wege zur parteiinternen Meinungsbildung – der klassische Weg kommt aus der Breite der Parteigliederungen, über die Ortsverbände und über unsere Vereinigungen. Durch das Instrument der Regionalkonferenzen wurde eine direkte Kommunikation in einem größeren, regionalen Zusammenhang ermöglicht, was damals als ein absolut bereicherndes Element empfunden wurde. Beide Wege schließen sich nicht aus, sondern ergänzen einander: Wie beispielsweise die Rückmeldungen bei unseren Onlineangeboten zeigen, intensiviert sich das Interesse an Austausch und Diskussion. Und darauf müssen wir passende Antworten finden.



Annegret Kramp-Karrenbauer auf ihrer Zuhör-Tour in Konstanz.
Foto: Tobias Koch

Spiegelt die Zuhör-Tour eine revitalisierte Haltung wider, die Sie Ihrer Partei allgemein anempfehlen möchten und die darin besteht, verstärkt auf einfache Menschen zuzugehen? Helmut Kohl hätte hinzugefügt: „draußen im Lande“.

Annegret Kramp-Karrenbauer: So hoch würde ich es nicht hängen. Ich komme aus einem kleinen Flächenbundesland mit einem CDU-Landesverband, der eine sehr hohe Organisationsdichte besitzt und in dem die gesamte Politik über direkte Kommunikation funktioniert. In der Kommunalpolitik war es erst recht nicht anders; auch in schwierigen Situationen habe ich damit die besten Erfahrungen gemacht. Deswegen geht es nicht um symbolische Gesten, sondern um eine praktische Konsequenz aus meinem politischen Werde-

gang. Die direkte Ansprache und das Gespräch sind Teil meiner Prägung, wobei ich einräumen muss, dass diese Herangehensweise auf Ebene der Bundespartei mit weit über 400.000 Mitgliedern eine völlig andere Dimension besitzt. Da gibt es auch organisatorische Grenzen. Aber diese Art des Zugangs sollte, so weit wie möglich, auch hier genutzt werden.

Was halten Sie von der These, dass sich die Gesellschaft und mit ihr die Politik sehr oder sogar zu sehr dem Besonderen – und damit auch Minoritätsfragen – zugewandt haben? Mancher „Normalbürger“ fühlt sich übersehen oder an den Rand gedrängt.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Zumindest ist das ein Grundgefühl, das uns auf der Zuhör-Tour immer wieder begegnet

ist. Die Leute sagen: Wir – die ganz Normalen, die nicht auffällig leben, nicht reich, nicht arm und auch nicht besonders laut oder schrill sind – funktionieren tagaus, tagein, ohne dafür Aufmerksamkeit von der Politik zu bekommen. Andere, besondere Gruppen stünden im Mittelpunkt, um diese kümmern man sich.

Im Wettbewerb um Aufmerksamkeit bevorzugen gerade die Medien das Laute und Schrille und überbieten sich darin, lauter und schriller zu werden. Insofern ist der Eindruck nicht falsch, dass diejenigen, die sozusagen das Land am Laufen halten, zu wenig wahrgenommen und in den Fokus gerückt werden.

Populisten postulieren, wer und was als „normal“ zu gelten hat. So einfach kann es sich die CDU nicht machen. Ist in einer buntscheckigen Gesellschaft nicht Vielfalt das einzig Normale?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Ich persönlich kann mir nur schwer vorstellen, dass irgendjemand vorgeben sollte, was der „Standard“ ist. Meine Eltern haben in der Nazizeit mit ihrer katholischen Prägung nicht in die Vorgaben von dem gepasst, was damals als normal zu gelten hatte. Schon deshalb bin ich vorsichtig bei Tendenzen, die kategorisch formulieren, was normal ist und was alles nicht. Das christliche Menschenbild fordert: Die Würde des Menschen ist unantastbar – und macht das nicht von weiteren unterscheidenden Merkmalen abhängig. Darin liegt die oberste Richtschnur unserer Politik.

Ich verstehe, dass Sie ausgrenzende Kategorien ablehnen. Wenn Sie aber sagen, dass der „Normalbürger“ nicht genug Aufmerksamkeit erfährt, hilft

vielleicht eine bewegliche, konturierende Vorstellung davon, was „normal“ sein könnte. Spielt nicht der Gedanke der Mitte, der sich die CDU in besonderer Weise verpflichtet fühlt, hier hinein?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Das ist richtig, dennoch geht es hier mehr um eine Frage der Haltung. Jemand, der sich unserer Gesellschaft zugehörig fühlt, der Werte wie gegenseitigen Respekt und die Freiheits- und Gleichheitsrechte achtet, der sich noch dazu vielleicht gesellschaftlich engagiert – solche Menschen verkörpern die Merkmale, die für mich die Mitte ausmachen und die völlig unbedeutend werden lassen, wer diese Werte lebt. Wiederum gibt das christliche Menschenbild die Orientierung vor: den Menschen daran zu messen, was er tut, und nicht daran, wer er ist, wie er aussieht und woher er kommt. Die Orientierung an der Mitte ist insofern Kern der großen Debatte um die Frage, was unsere Gesellschaft ausmacht.

Dabei gibt es – auch in der CDU – Tendenzen, die angesichts der demografischen Entwicklungen der Forderung nach Bewahrung einer gewissen kulturellen Homogenität Geltung verschaffen wollen. Frankfurt am Main ist die erste Großstadt, in der mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger nicht in Deutschland geboren sind. Augsburg und Stuttgart werden wohl bald folgen. Was bedeutet das für das Verständnis von Normalität?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Das sind Zahlen, die nicht in erster Linie die Zuwanderung der jüngsten Vergangenheit

widerspiegeln, sondern eine Migrationsentwicklung über mehrere Jahrzehnte. In der überwiegenden Mehrzahl handelt es sich um Kinder und Enkel der „Gastarbeitergeneration“, die in Deutschland aufgewachsen sind und darüber hinaus einen anderen kulturellen Hintergrund mitbringen. Das sind Realitäten, und nichts wäre schlimmer, als zu sagen: Nur wer in der dritten oder vierten Generation in Deutschland geboren ist, ist ein vollwertiges Mitglied dieser Gesellschaft. Das Saarland hat nach dem Zweiten Weltkrieg zwei große Zuwanderungswellen erlebt, aus Italien und der Türkei. Die Menschen, die damals kamen, hatten einen gehörigen Anteil am Wirtschaftswunder. Daher gehören sie in diese Gesellschaft und es kommt darauf an, sich jetzt gemeinsam der Diskussion zu stellen: Was sind die Grundlagen? Was sind die Werte, auf deren Grundlage wir zusammen leben wollen?

Auch die aufnehmende Gesellschaft ist gefordert: Wenn sie nicht erklären kann, was ihr wichtig ist, was ihre Regeln sind, was die Traditionen sind, an denen festgehalten werden soll, kann niemand erwarten, dass irgendetwas irgendetwas respektiert.

Wenn Sie nach der Zuhör-Tour sagen, dass die Rente eines der Hauptthemen der kommenden Jahre sein wird, fragt man sich, wo die Zukunftsfragen bleiben. Beschäftigt man sich vielleicht zu sehr mit dem „Nestbau“ und zu wenig mit den Aufbrüchen in veränderte Zeiten?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Es gehört zum Unionsprofil, immer wieder neu zu verdeutlichen, dass man erst etwas erwirtschaften muss, bevor man es zum

„Nestbau“ verwenden kann. Es ist richtig, sich sozialer Fragen intensiv anzunehmen – schon deshalb, weil sonst andere politische Kräfte den Menschen Antworten anbieten, die wir für unververtretbar halten. Genauso wichtig ist es aber, zeitlich wie geografisch über den eigenen Tellerand zu schauen und zu sagen: Auf diese Entwicklungen müssen wir uns vorbereiten. Das heißt etwa für die aktuelle Rentendiskussion, dass wir all das, was wir uns in diesem Zusammenhang vorstellen, am Ende nur dann bewerkstelligen können, wenn wir unsere wirtschaftliche Stärke für die Zukunft sichern. So müssen wir uns beispielsweise den neuen Trends der Digitalisierung stellen, aber auch grundsätzlich darüber nachdenken, wie wir die Soziale Marktwirtschaft in einem internationalen Umfeld gestalten können.

Nicht alles zu versprechen und bei Zukunftsfragen voranzugehen, ist eine Frage politischer Führung, die verantwortliche Politik von populistischen Zugängen unterscheidet. Mit einer solchen Politik Wahlen zu gewinnen, darin liegt einmal mehr eine große Bewährungsprobe für die CDU.

Von einer Gefahr der „Blasenbildung“ und des Flügelkampfes in der Union ist zurzeit viel die Rede – Stichworte: Werteunion, Union der Mitte, Konrads Erben. Droht der Union in diesen schwierigen Zeiten eine Zerfaserung oder geben diese Gruppen wichtige Denkanstöße?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Zunächst einmal bin ich froh über jeden in der CDU, der mit seinen Positionen und Beiträgen die Diskussion belebt und die Partei mit nach vorn entwickeln will –

unabhängig davon, ob er dies als einzelnes Mitglied oder gemeinsam mit anderen tut. Nur muss klar sein, dass es am Ende des Tages dem Ziel dient, die CDU als breit aufgestellte Volkspartei zu stärken.

Natürlich liegt darin eine riesige Herausforderung, Gegensätze auszuhalten, um Positionen zu ringen und dabei nicht das Ganze aus den Augen zu verlieren – zumal in einer Zeit, in der man den Eindruck hat, dass sich die Interessen und Perspektiven mehr und mehr vereinzeln. Wir wollen keine Klientelpartei sein, sondern Volkspartei. Und deswegen müssen wir im Sinne Heiner Geißlers eine interessante Partei sein, die – auch streitend – um ihre Positionen ringt, aber die dies unter der Maßgabe tut, dass wir als Union unter einem „weitgespannten Dach“ zusammenbleiben.

Unsere Vereinigungen und Sonderorganisationen sind seit jeher durch klar abgrenzbare, meist soziologische Merkmale definiert – und jetzt standen wir erstmals vor der Frage, ob die Partei bestimmten Zirkeln, die dieses Charakteristikum nicht aufweisen, einen besonderen Status verleihen soll. Der Bundesvorstand und das Präsidium haben am 20. August aus meiner Sicht vollkommen zu Recht gesagt: Das wollen wir nicht, weil es den Zusammenhalt unter dem „gemeinsamen Dach“ erschweren würde.

Die verschiedenen Positionen oder Gegensätze müssen ausgetragen werden. Was ich dabei nur einfordere, ist, dass dies im gegenseitigen Respekt geschieht und dabei kein Ton einkehren darf, der vermittelt: Nur das, was ich vertrete, ist CDU und alles andere ist es nicht. Diese Art von Kontroverse hatten wir in der CDU nie und wir sollten sie erst gar nicht aufkommen lassen.

Wobei die bittere Zuspitzung im Asylstreit mit der Unionsschwester nicht eben ein gutes Zeichen gesetzt hat.

Annegret Kramp-Karrenbauer: Leider nein, weil es gar nicht mehr um die eigentlich grundsätzliche Frage einer nationalen oder europäischen Vorgehensweise ging. Es war die Art und Weise, wie und mit welchen Formulierungen wir diesen Konflikt ausgetragen haben, die sehr viele Mitglieder der CDU ebenso wie wohl auch viele Mitglieder der CSU abgeschreckt hat. Der Umgang miteinander hat viele Unionsanhänger verstört, und die Rechnung dafür bekommen wir zurzeit auch in Form niedriger Umfragewerte.

Die individuellen Überlegungen über Koalitionen mit der Linkspartei hat denjenigen neue Munition geliefert, die der CDU vorwerfen, sie würde ihre Grundsätze allzu schnell dem Zeitgeist opfern. Halten Sie den Vorwurf für berechtigt?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Am 24. August haben die Parteigremien noch einmal unmissverständlich erklärt, dass so etwas nicht infrage kommt. Dabei war sehr eindrücklich, wie das von Mitgliedern des Bundesvorstandes, insbesondere aus ostdeutschen Ländern, begründet wurde. Unter Einsatz ihres Lebens sind die Menschen dort auf die Straße gegangen und mussten sich von Vertretern der Linken anhören, die Friedliche Revolution sei eine Konterrevolution gewesen. Es ist sehr deutlich geworden: Viel tiefer kann ein Graben nicht sein. Und der ist auch nicht überwindbar, wenn man den einen oder anderen Pragmatischen bei den Linken in der Kommunalpolitik findet.

Wie „grundsätzlich“ sind die Grundsätze, die nun erarbeitet werden, wenn man etwa bedenkt, dass ein zentrales Bekenntnis des 2007er-Programms, das Bekenntnis zur Ehe von Mann und Frau, 2017 über Nacht in die Gewissensentscheidung des Einzelnen überantwortet worden ist?

Annegret Kramp-Karrenbauer: In der Tat haben wir diese Festlegung 2007 im Grundsatzprogramm getroffen, doch mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass sich die Debatte über diese Frage in der Gesellschaft, aber auch der Partei selbst, seitdem weiterentwickelt hatte. Es gab Urteile des Verfassungsgerichts, die in diese Richtung wiesen. Schon lange bestand der Druck im Bundestag, zu erklären, warum das für Abgeordnete keine Gewissensfrage sein soll. Wenn ich ehrlich bin, muss ich sagen, dass meine Position dazu eine andere war, aber ich mir nicht sicher bin, ob sie der Mehrheit in meinem eigenen Landesverband oder beim Landesparteitag entsprochen hätte.

Auf der Zuhör-Tour waren Kritik und Zustimmung sehr ausgewogen. Dabei galt die Kritik oft nicht so sehr der Entscheidung selbst, sondern richtete sich vor allem dagegen, dass sie innerhalb der Partei vorher nicht noch einmal diskutiert worden war. Im Ergebnis denke ich, dass die Partei durchaus bereit ist, Veränderungen ihrer Positionen anzugehen, aber es den massiven Wunsch gibt, das nach einem intensiven Diskussionsprozess zu tun.

Sie haben mit dem Gedanken einer einjährigen Dienstpflicht ein lebhaftes Echo ausgelöst. Wie bewerten Sie den bisherigen Verlauf der Debatte? Fühlen Sie sich ermuntert, an einem konkreten Konzept zu arbeiten?

Annegret Kramp-Karrenbauer: Der Vorschlag hat einen Nerv getroffen – in der eigenen Partei, aber, wie Umfrageergebnisse zeigen, auch weit darüber hinaus. Im Kern geht es um eine Frage, die sich viele in diesem Land stellen: Was hält uns zusammen und welche Instrumente haben wir, um Gemeinschaftssinn zu schaffen? Reicht es aus, was wir heute im freiwilligen Bereich haben, oder müsste es einen Dienst am Vaterland, an der Gesellschaft geben?

Mein Ziel ist es, dass wir uns im Rahmen des Grundsatzprogrammprozesses die Zeit nehmen, diese Fragen näher zu klären, und uns dann Gedanken über konkrete Lösungsvorschläge machen – also verschiedene Modelle auf den Tisch legen, bei denen Rechts-, Organisations- und Kostenfragen bereits geklärt sind. Gerade mit Blick auf ein künftiges Wahlprogramm würden wir dann als Partei neben der Grundsatzentscheidung auch mit einem praktikablen Modell in die nächste Bundestagswahl hineingehen, auf das wir uns verständigt haben. Insofern wird es nicht bei einer allgemeinen Formulierung bleiben.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 21. August 2018.

Neue Normalität von Familie?

—
Eine kurze Bestandsaufnahme

MARTIN BUJARD

Geboren 1975 in Worms, Forschungsdirektor des Bereichs „Familie und Fertilität“ am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

KERSTIN RUCKDESCHEL

Geboren 1970 in Kulmbach, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Bereichs „Familie und Fertilität“ am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden.

Familien werden immer vielfältiger: Die Zahl der unehelichen Geburten steigt seit Jahrzehnten an, Alleinerziehende werden oft in familienpolitischen Debatten thematisiert und nicht wenige Paare leben

dauerhaft ohne Kinder. Diese Entwicklung wird im öffentlichen Diskurs sogar verstärkt dargestellt: Man liest über Regenbogenfamilien, also gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, und über Familien Gründungen durch Eizellspende im Ausland, bei denen die Frau, die das Kind austrägt, nicht die genetische Mutter ist. Angesichts dieser Eindrücke stellt sich die Frage, wie es um die traditionelle Familie, als Ehepaar von Frau und Mann mit leiblichen Kindern, bestellt ist, die früher als „normal“ galt. Stirbt sie aus? Manche befürchten sogar einen Verfall der Familie. Wie sieht die Familie der Zukunft aus? Was wird möglich sein und was gesellschaftlich akzeptiert?

Ein Blick auf die Zahlen hilft, die Situation besser einschätzen zu können. In Deutschland leben 11,6 Millionen Familien mit ledigen Kindern, davon 7,9 Millionen Ehepaare. Mit 68 Prozent leben folglich mehr als zwei Drittel der Familien mit Kindern in einer klassischen Ehe. Eine knappe Million Familien, acht Prozent, leben in einer nichtehelichen und weniger als 0,1 Prozent in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft. Von den 2,7 Millionen alleinerziehenden Familien sind 2,3 Millionen Mütter und 0,4 Millionen Väter mit Kind oder Kindern. Mit einem Anteil von 23 Prozent ist inzwischen also jede vierte Familie allein- beziehungsweise getrennt erziehend.

SIEBEN VON ZEHN KINDERN WACHSEN IN „KLASSISCHEN“ FAMILIEN AUF

Ein Rückblick auf die letzten zwanzig Jahre zeigt einen Wandel bei Lebensformen mit Kindern (Abb. S. 39). Der Anteil der Ehepaare ist in dieser Zeit zurückgegangen, von 79 auf 68 Prozent. Dagegen ist die Menge alleinerziehender Mütter von 14 Prozent 1996 auf rund 20 Prozent im Jahr 2011 gestiegen und seit einigen Jahren konstant. Auch der Anteil nichtehelicher Lebensgemeinschaften hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt, wobei diese Lebensform in Ostdeutschland dreimal so häufig ist wie im Westen.

Der Anteil nichtehelich geborener Kinder liegt in Deutschland bei 35,5 Prozent, in Ostdeutschland deutlich höher. Allerdings heiraten viele Paare nach der Geburt der Kinder, sodass die Kinder sozusagen nachträglich ehelich legitimiert

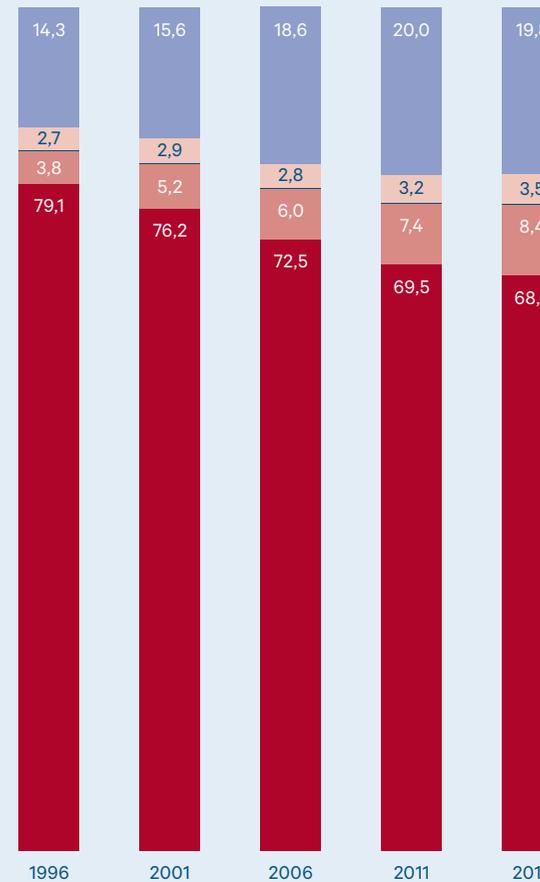
werden, wobei pragmatische Faktoren wie Sorgerecht, finanzielle Absicherung oder Namensgebung eine Rolle spielen, deren rechtliche Regelung durch eine Eheschließung erleichtert wird. Letztlich wachsen sieben von zehn Kindern mit verheirateten Eltern von Mutter und Vater auf.

Die Sicht auf Familie wird auch durch neue Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin verändert, die vielen Paaren ermöglicht, ihren Kinderwunsch zu erfüllen. In den meisten Fällen wird eine Frau mithilfe künstlicher Befruchtung mit eigenen Eizellen und Samen ihres Partners schwanger, was familiäre Abstammungsverhältnisse unberührt lässt. Anders ist es, wenn Keimzellen von Dritten verwendet werden, also Samen- oder Eizellspende. In diesen Fällen sind biologische und soziale Elternschaft getrennt und das Kind hat im Spender beziehungsweise der Spenderin einen zusätzlichen dritten Elternteil.

Samenspende ist in Deutschland erlaubt, Schätzungen gehen von etwa 1.200 Spenden pro Jahr aus. Die Grauziffer durch private Arrangements dürfte aber höher sein. Eizellspenden sind in Deutschland dagegen verboten, jedoch in Nachbarländern erlaubt. Dadurch gibt es auch in Deutschland Familien mit Kindern, die infolge von Eizellspenden gezeugt wurden. Zahlen liegen nicht vor, aber der Bedarf an Eizellspenden wird auf über 1.000 Patientinnen pro Jahr geschätzt. Die faktische Verbreitung komplexer Familienformen infolge reproduktionsmedizinischer Verfahren war 2017 gering: Von insgesamt 785.000 Geburten entstand weniger als ein Prozent mithilfe von Keimzellen Dritter.

Neben der tatsächlichen Verteilung der Lebensformen in Deutschland stellt sich die Frage, was gesellschaftlich als Familie anerkannt wird. Für bestimmte

LEBENSFORMEN VON FAMILIEN MIT LEDIGEN KINDERN IN DEUTSCHLAND 1996–2016 (IN PROZENT)



- alleinerziehende Mütter
- alleinerziehende Väter
- gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften
- nichteheliche Lebensgemeinschaften
- Ehepaare

Quelle: Mikrozensus 1996–2016, eigene Auswertungen. Der Anteil gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften liegt unterhalb von 0,1 Prozent und ist daher in der Grafik kaum sichtbar.

Konstellationen ist die soziale Akzeptanz als Familienform allein schon deshalb wichtig, weil sie erst dadurch zu einer realistischen Option der Lebensgestaltung werden. Der Familienleitbildsurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungs-

forschung (BiB) ermöglicht eine Einschätzung der Wahrnehmung von familialer Vielfalt. Sieben verschiedene Lebensformen (Abb. S. 40) sollten dahingehend beurteilt werden, ob man sie persönlich als Familie bezeichnen würde, angefangen

EINSCHÄTZUNG JUNGER ERWACHSENER, WELCHE GRUPPEN EINE FAMILIE SIND (IN PROZENT)



Quelle: Familienleitbildsurvey des BiB, 2012; eigene Auswertungen. Befragte im Alter zwischen 20 und 39 Jahren.

bei verheirateten Paaren mit eigenen Kindern bis hin zum unverheirateten kinderlosen Paar.

VIELFALT WIRD AKZEPTIERT

Der Satz „Familie ist da, wo Kinder sind“ kann als gesellschaftlicher Konsens angesehen werden. Vor allem bei Elternpaaren mit eigenen Kindern ist das keine Frage, unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht. Verheiratete Elternpaare mit eigenen Kindern stellen somit seit dem „golden age of marriage“ Mitte des letzten Jahrhunderts ein Stück gesellschaftlicher Kontinuität dar. Die Geburt eines Kindes hat die Ehe als einziges konstituierendes Element von Familie abgelöst. Die umfassende Akzeptanz von nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit eigenen Kindern, die sich letztlich nicht von verheirateten

Ehepaaren mit Kindern unterscheidet, zeigt dies eindrücklich.

Sogenannte „unkonventionelle“ Lebensformen, die zum Beispiel bei der Geschlechterkonstellation oder der leiblichen Elternschaft von der Normalschablone des Paares mit eigenen Kindern abweichen, finden durch Kinder immer noch in vergleichsweise hohem Maße Anerkennung als Familie. Auch Alleinerziehenden und ihren Kindern wird weit überwiegend zugesprochen, eine „Familie“ zu sein, obwohl sie früher in der amtlichen Statistik als „unvollständige Familie“ bezeichnet wurden.

EHEPAAR MIT ZWEI KINDERN BLEIBT NORMALITÄT

Die große Toleranz gegenüber verschiedenen Lebensformen bedeutet allerdings nicht, dass nicht auch eine große

Übereinstimmung in Bezug auf die Vorstellung davon besteht, was „normal“ ist. Von einem Bedeutungsverlust der Kernfamilie aus Vater, Mutter und Kindern kann nicht gesprochen werden, wie eine qualitative Studie „Familie in Bildern“ bestätigt. Als Befragte eine aus ihrer Sicht „richtige“ Familie zeichnen sollten, sich also auf ein einziges Modell festlegen mussten, wurde überwiegend ein heterosexuelles Paar mit Kindern gezeichnet, also letztlich das „klassische“ Modell. In den Augen vieler Deutscher stellt sich Familie also als das Zusammenleben eines Paares mit seinen Kindern dar. Andere Lebensformen, die mit der klassischen Vorstellung von Familie brechen, werden auch als Familie akzeptiert, ohne dass dadurch aber das im Kern seit langem stabile Leitbild der „klassischen“ Familie an Bedeutung verlieren würde.

Bemerkenswert ist außerdem die Zwei-Kinder-Norm, die in Deutschland seit Jahrzehnten vorherrscht. Mehr als die Hälfte der jungen Erwachsenen wünscht sich zwei Kinder, nur zehn Prozent möchten kinderlos bleiben, fast ebenso viele, elf Prozent, wünschen sich ein Kind, und nur jeder Vierte möchte drei oder mehr Kinder haben. Diese Norm ist in Deutschland sehr stabil und spiegelt sich in Kinderbüchern, im Wohnungsangebot und sogar im Mutterpass wider, in dem nur Platz für zwei Schwangerschaften ist.

Kontinuität gilt allerdings nur in Bezug auf die äußere Form, binnenstrukturell hat sich dagegen in den letzten Jahrzehnten viel verändert. Die in den 1950er-Jahren vom amerikanischen Soziologen Talcott Parsons konstatierte klare Rollenzuweisung in der modernen Kleinfamilie – der Mann als Familienernährer und die Frau als Hausfrau und Mutter

mit der Hauptaufgabe der Fürsorge für die restlichen Familienmitglieder – ist im Wandel begriffen und besteht so nicht mehr. Die Vorstellungen der jungen Generation entsprechen dem flexiblen Zwei-Verdiener-Modell, bei dem Mütter und Väter erwerbstätig sind, jedoch in bestimmten Familienphasen in unterschiedlicher Intensität.

Die meisten Mütter wollen heute erwerbstätig sein, was angesichts der Teilhabechancen, des volkswirtschaftlichen Mehrwerts durch die Produktivität dieser hervorragend ausgebildeten jungen Generation, aber auch angesichts der hohen Trennungswahrscheinlichkeit unterstützenswert ist. Die Erwerbstätigkeit der Mütter minderjähriger Kinder ist seit Jahrzehnten angestiegen, von vierzig Prozent 1973 auf 72 Prozent 2016. Dabei hat Teilzeitarbeit kontinuierlich zugenommen. Viele Mütter wünschen sich, halbtags zu arbeiten, wenn die Kinder im Kleinkindalter sind, und später vollzeitnahe Teilzeitangebote. Gleichzeitig möchten sich Väter stärker an der Erziehung und Fürsorge beteiligen. Infolge des 2007 eingeführten Elterngeldes nehmen immer mehr Väter Elternzeit, inzwischen mehr als jeder dritte, jedoch meistens nur die zwei Monate, deren Kompensation durch Elterngeld sonst verfallen würde.

ATMENDE LEBENSLÄUFE ERMÖGLICHEN

Der Wunsch der Mütter, erwerbstätig und ökonomisch unabhängig zu sein, sowie der Wunsch der Väter, eine aktivere Rolle als Vater anzunehmen, wird überwiegend durch das Zurückstellen eigener

Bedürfnisse verwirklicht. Eltern kleinerer Kinder befinden sich häufig jahrelang in einer Phase mit erheblicher Überbelastung, oft als „Rushhour des Lebens“ bezeichnet. Fragt man Eltern nach ihrem dringendsten Bedürfnis, so ist die Antwort oft „mehr Zeit“. Atmende Lebensläufe und vollzeitnahe Teilzeitangebote für beide Geschlechter könnten für die Familien Abhilfe schaffen.

FAMILIE BEDEUTET DAUERHAFT VERANTWORTUNG FÜREINANDER

Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Mütter bedeutet keineswegs eine Reduzierung der Ansprüche an Elternschaft. Im Gegenteil: Eltern orientieren sich an einer verantworteten Elternschaft, sie lesen Ratgeber und haben steigende Ansprüche an die eigene Erziehungsleistung und die Möglichkeiten, die sie ihren Kindern bieten möchten. Aber auch beim Schutz vor Unfällen, bei gesundheitlicher Unterstützung und der Förderung von Bildung und Kompetenzen wird von heutigen Eltern mehr erwartet.

Familienformen und das, was die Menschen unter Familie verstehen und gesellschaftlich akzeptieren, befinden sich also in einem umfassenden Wandel. Das

eheliche Familienmodell von Frau und Mann ist nicht mehr das einzige, zunehmend sind Familien ohne Trauschein, allein- beziehungsweise getrennt erziehende Eltern, Regenbogenfamilien und komplexe Elternschaften infolge von Samen- oder Eizellspende hinzugekommen. Die Gesellschaft reagiert tolerant auf diese neuen Familienformen. Mit mehr als zwei Dritteln lebt aber auch heute noch die Mehrheit der Kinder in einer ehelichen Familie. Eine gestiegene Vielfalt betrifft aber auch die Aufteilung von Erwerbstätigkeit sowie Erziehung, Fürsorge und Hausarbeit zwischen den Eltern. Von einem „Verfall der Familie“ kann keine Rede sein. Familie wird vielfältiger, die dauerhafte Verantwortung füreinander bleibt zentraler Bestandteil von Familie.

Neue Familienformen erfahren eine überproportionale Beachtung: in den Medien, da Neues spannend ist, und im politischen Diskurs, da Sozialsysteme und Familienrecht für diese Gruppen angepasst werden müssen. Trotz der Vielfalt und des weiterhin zu erwartenden Wandels gibt es eine „Normalität“, die gelebt und wahrgenommen wird. Sie präsentiert sich in Form von Elternpaaren von Frau und Mann – oft verheiratet –, die mit ihren Kindern zusammenleben, sich beide um die Kinder kümmern und bei denen auch die Mutter, jedoch weniger als der Vater, erwerbstätig ist.

Neujustierung der Geschlechter

Die neue Unübersichtlichkeit in der Geschlechterdebatte

CHRISTINE HENRY-HUTHMACHER

Geboren 1955 in Saarbrücken, Koordinatorin für Familien- und Frauenpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Missbrauchsvorwürfe gegen den Filmproduzenten Harvey Weinstein haben seit Herbst 2017 in vielen Ländern der westlichen Welt eine heftige Debatte über sexuelle Diskriminierung und

sexualisierte Gewalt gegen Frauen ausgelöst. In dieser Debatte geht es nicht nur um die Ahndung von Sexismus, sondern auch um ein neues Ausloten von Geschlechteridentitäten. Im Mittelpunkt steht die Grundsatzfrage, was heute Männlichkeit und Weiblichkeit ausmacht und welche Rolle das Geschlecht in unserer Gesellschaft spielt.

Die Neujustierung der Geschlechterfrage war auch Gegenstand des Bundestagsbeschlusses vom Juli 2017, die Ehe für homosexuelle Paare einzuführen. In diesem Kontext ist auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017 zu sehen, mit der Paragraph 22 Absatz 3 des

Personenstandsgesetzes für verfassungswidrig erklärt wurde. Beanstandet wird, dass das Gesetz neben dem Eintrag „weiblich“ oder „männlich“ keine Möglichkeit bietet, eine andere geschlechtliche Identität „positiv“ eintragen zu lassen (BVerfG 1 BvR 2019/16).

Die bislang geltenden Geschlechternormen sind in Bewegung gekommen und unterliegen einem Wandel im Geschlechterverhältnis und in der Geschlechteridentität. Angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts geht es auch um die Grundsatzfrage, welche Bedeutung die Geschlechterzugehörigkeit in der Gesellschaft heute hat und künftig haben soll.

WANDELBARKEIT DER GESCHLECHTERBESTIMMUNG

Die Neuausrichtung der Geschlechteridentitäten verursacht nicht nur eine Unübersichtlichkeit in der Spannbreite der Debatte, die von einer Sexismusdebatte über „Ehe für alle“ bis hin zu Fragen der Akzeptanz eines dritten Geschlechtes reicht. Vielmehr geht es auch um den Verlust geltender Selbstverständlichkeiten, indem auch die „Normalität“ in der Geschlechterwelt neu verhandelt wird. Das löst vielfach Irritationen, Verunsicherungen und Kritik aus. Die bisher geltende „Normalität“ wird relativiert, indem auch Gesetze eine neue Faktenlage schaffen.

Durch das Bestreben, Minderheiten gleichzustellen und Diskriminierungen zu verhindern, ist eine Debatte über Geschlecht und Identität entstanden, der die grundsätzliche Neubestimmung des Geschlechts zugrunde liegt und die maßgeblich durch die Genderforschung bestimmt wird.

Die Genderforschung unterscheidet analytisch zwischen sozialem Geschlecht (*gender*) und dem biologischen Geschlecht (*sex*) und geht von der Annahme aus, dass Männlichkeit und Weiblichkeit nicht nur auf biologische Grunddispositionen zurückzuführen sind. Vielmehr liegt der Genderforschung die Annahme zugrunde, dass die Geschlechterdifferenz sozial gestaltet wird und sich je nach historischem und kulturellem Kontext verändert.

„Geschlechter bestehen in kulturwissenschaftlicher Sicht nicht bloß aus ein paar durch körperliche Tatsachen begrenzten Sozialisierungseinflüssen, sondern aus einer historisch trägen Gemengelage aus Klassifikationspraktiken, kognitiven Schemata, sprachlichen Kategorien, Verhaltensgewohnheiten, Stereotypen, institutioneller Trägheit, Machtinteressen und diversen sich verstärkenden oder abschwächenden Bedingungskonstellationen“ (Hirschauer 2014). Die Genderforschung konkurriert mit den Naturwissenschaften um die Grundsatzfrage, was das Geschlecht überhaupt ausmacht. Während die Naturwissenschaft die Grundlagen der Zweigeschlechtlichkeit in den genetischen Codes sieht, sucht die Genderforschung sie in den kulturellen Codes.

Die Geschlechteridentitäten werden in einem umfassenderen, sozialen Kontext verstanden, der sich im Verständnis der Genderforschung nicht in den biologischen Funktionen des Zeugens und Gebärens als geschlechterspezifischen Fähigkeiten erschöpft. Vielmehr geht die Genderforschung davon aus, dass kollektive Erwartungen auf die individuelle Geschlechteridentität einwirken. Aufgrund dieser Vielschichtigkeit ist die soziale Konstruktion „Geschlecht“ eine relativ stabile Realität.

Dieses Denken stößt in der Gesellschaft auf tradierte Überzeugungen von der Natürlichkeit und Universalität des Geschlechtsunterschieds, die seit dem 19. Jahrhundert durch die Biologie geprägt worden sind. Allerdings sind die biologischen Unterschiede und ihre Relevanz auch innerhalb der Biologie umstritten. Daher geht die Genderforschung davon aus, dass jede Gesellschaft ihre eigenen ethnobiologischen Annahmen besitzt. Wissenschaftshistoriker haben ihrer Ansicht nach gezeigt, wie wandelbar biologische Vorstellungen sind. Die strikte zweigeschlechtliche Anatomie, die unserer Gesellschaft zugrunde liegt, gibt es erst seit dem 18. Jahrhundert. Sie wird von Genderforschern als Zumutung angesehen, weil sie Männern und Frauen ein bestimmtes Verhaltensspektrum zuweist und ein anderes mehr oder weniger verwehrt (Hirschauer 2016).

VERSCHIEBUNGEN BEI DER GESCHLECHTLICHEN CODIERUNG

Eine Minderheit in der Gesellschaft erlebt heute die Unstimmigkeit zwischen ihrer Geschlechterklassifikation und der Codierung ihres persönlichen Verhaltensstils. Sie lässt sich nicht auf die Codes festlegen. Diese geschlechtliche Codierung, was als männlich oder weiblich gilt, hat sich im Laufe der Jahrhunderte stark gewandelt. Im 19. Jahrhundert lag der gesellschaftlichen Codierung eine lange Liste zugrunde, die von bestimmten Berufen, Tätigkeiten, Sportarten, Nahrungsmitteln, Kleidungsstücken, Frisuren bis auch in Verhaltensweisen und Gesichtsausdrücke reichte (Hirschauer 2016).

Diese starre Geschlechterordnung der bürgerlichen Gesellschaft hat sich seit einem halben Jahrhundert aufgelöst. Die Geschlechtsbedeutung von Berufen und Verhaltensweisen hat vor diesem Hintergrund kontinuierlich an Relevanz verloren (Hirschauer, *Der Standard* 2016). Die Frauen haben heute in der Bildungs- und Arbeitswelt nahezu gleiche Möglichkeiten wie Männer. Sie verlassen die Schule mit besseren Abschlüssen als die Männer und haben auf dem Arbeitsmarkt Berufe erobert, die vor einhundert Jahren für sie unerreichbar waren. Medizinische und juristische Berufe werden in naher Zukunft von Frauen dominiert werden. In dem Wunsch der Generation Y, mehr Partnerschaftlichkeit in der privaten Beziehung und im Beruf leben zu wollen,

wird deutlich, wie sehr auch in Paarbeziehungen die alte Geschlechterordnung ins Wanken gekommen ist.

In der zunehmend individualisierten Gesellschaft verliert nach Ansicht der Genderforschung das Geschlecht an Bedeutung für die Selbstbeschreibung. Daher könnte ihrer Ansicht nach das Geschlecht „eine belanglose, private Sache sein, etwas, das alle Menschen haben, so wie sie auch einen Kopf, einen Magen, einen Teint haben. Aber es wäre eine Sache, die aus unseren Papieren verschwunden ist und nach der uns keine Behörde mehr fragt“ (Hirschauer 2016).

Die zunehmende Auflösung sozialer Geschlechterkategorien ist bereits in verschiedenen Wandlungen sichtbar geworden. Nach Ansicht der Genderforschung verliert die Homosexualität ihren Sonderstatus und löst sich in gleichgeschlechtlichen Beziehungen auf. Die klassische „Mutter“ gerät durch die Reproduktionsmedizin unter Druck. Die Möglichkeit besteht, dass die Mutter durch die Reproduktionsmedizin ersetzbar wird und sich in verschiedene Personen aufspaltet. Auch die tradierte Rolle des Mannes verliert an Bedeutung, da sein Selbstverständnis als Ernährer heute schon von Frauen mit übernommen werden kann. Die Geschlechteridentität und die Geschlechterrolle sind aus Sicht der Genderforschung in einem Veränderungsprozess, der zukünftig durch eine weitere Differenzierung fortentwickelt wird (Hirschauer 2014).

KAMPFZONE GESCHLECHTERDEBATTE

Der Begriff „Gender“ provoziert. Kaum ein Begriff zieht so viele negative Emotionen auf sich. In sozialen Netzwerken, Feuilletons und Talkshows begegnen Genderforscherinnen einer Flut von Ablehnung, Ängsten bis hin zu persönlichen Anfeindungen, die sogar in einer Kleinen Anfrage im Sommer 2017 im Bundestag zur Sprache kamen. Die Geschlechterdebatte ist zur Kampfzone geworden. Es geht um mehr als nur persönliche Befindlichkeiten. Es geht um Macht und Deutungshoheit und um das Verhältnis der Mehrheit zu einer Gruppe von Lesben, Schwulen, Transgendern, Intersexuellen und Queers, die die Grundsatzfrage sexueller Identität aufwerfen.

Die Liste der Kritik an der Genderdebatte ist lang. Mit Gender verbinden viele eine Abkehr von der Naturwissenschaft oder auch einen Angriff auf christliche Werte sowie die Abschaffung des Weiblichen oder Männlichen. Der Begriff „Gender“ diene nicht nur der Aufhebung der Geschlechterpolarität, sondern auch der Relativierung des Geschlechts selbst. Es geht dabei um die Grundsatzfrage, wie weit sich ein Mensch ermächtigen darf, sich selber zu dem zu machen, was er sein will, ein Mann oder eine Frau oder etwas dazwischen. Und es geht um die gesellschaftlichen Folgen, wenn das Geschlecht „von einer Frage des Schicksals zu einer Frage der Wahl wird“ (Ribi, *Neue*

Zürcher Zeitung, 2017). Schließlich entzündet sich auch Kritik am Selbstverständnis der Genderforschung als einer Wissenschaft, in der viele eine Ideologie sehen.

Erschwerend kommt die Unübersichtlichkeit der Geschlechterdebatte hinzu. Dies hängt mit der häufigen ideologischen Bezugnahme auf diese Thematik zusammen, die nicht selten als dogmatisch empfunden wird. Vielfach wird der Diskurs als elitäre akademische Debatte mit großer Realitätsferne wahrgenommen. Hinzu kommt der erbitterte Streit zwischen Feministinnen (zum Beispiel Alice Schwarzer) und universitären Genderforscherinnen (zum Beispiel Judith Butler). Beide werfen einander nicht nur reaktionäre Positionen vor. Vielmehr geht es um den Anspruch auf Moral und Menschenrechte.

GENDERDEBATTE UND POLITICAL CORRECTNESS

Kontrovers verläuft ebenfalls die Einschätzung der aktuellen Bedeutung des Geschlechts für die eigene Identität. Während die Genderforschung eine wachsende Geschlechterindifferenz feststellt, wie sie in der Gleichwertigkeit homosexueller und heterosexueller Lebensstile ihrer Ansicht nach zum Ausdruck kommt, ist bei einem großen Teil der Jugendlichen sogar ein gegenläufiger Trend zu erkennen. In den sozialen Medien verläuft die Selbstvermarktung junger Frauen der Generation „Selfie“ über ihr Aussehen und ihren Körper. Das ist auch ein Thema der aktuellen #MeToo-Debatte. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich auch bei Männern im Fitnessstudio beobachten. Männlichkeit wird über den optimierten Körper definiert. Im Gegensatz zur Annahme einer zunehmenden Relativierung des Geschlechts zeichnet sich in anderen Kulturen in Deutschland eine Zunahme traditioneller Geschlechterpolaritäten ab, die keine Öffnung der Geschlechteridentitäten zulassen. Die Verschleierung der Frau ist ein sichtbarer Ausdruck davon.

Ein weiterer grundlegender Kritikpunkt ist das unausgewogene Verhältnis von Problemen der Mehrheit in Bezug auf die Probleme der Minderheiten. Damit verbunden ist das Unbehagen, dass die Mehrheit als solche nur noch als eine Ansammlung von Minderheiten verstanden wird, wie es manche Queerforscher/-innen behaupten. Auch wird die große Bedeutung, die kulturelle Entwicklungen im Vergleich zu den sozialen Problemen heute erfahren, kritisch gesehen. Erschwerend kommt hinzu, dass die Genderdebatte ein Bestandteil der Political Correctness ist. Ihr Ausgangspunkt war es, ethnische und religiöse Minderheiten nicht auszugrenzen, Diskriminierung zu vermeiden und die Vielfalt der Menschen anzuerkennen und gleichzustellen. Daraus entwickelte sich in den letzten Jahren eine Emanzipationswelle, die erst durch die USA und dann durch Europa zog. In dieser Emanzipationswelle entstand nicht nur eine neue Kultur gegen Rassismus, sondern auch

eine Debatte über Geschlechteridentitäten. Begleitet wird diese Debatte von einem vielfach kritisierten „Sprachterror“.

Kritisiert wird die Durchsetzung einer geschlechtergerechten Sprache, die versucht, Frauen und Männer gleichermaßen anzusprechen, Frauen sprachlich und bildlich sichtbar zu machen und stereotypen Vorstellungen über die gesellschaftlichen Rollen von Männern und Frauen entgegenzuarbeiten. Das generische Maskulinum („der Kunde“) reicht aus Sicht der Genderforscher nicht mehr aus. Sprache wird als Schlüsselwerkzeug für die Veränderung bestehender Geschlechternormen verstanden. In der geschlechtergerechten Sprache werden zwei unterschiedliche Wege eingeschlagen: zum einen durch Sichtbarmachung, indem das Geschlecht explizit genannt wird (Studenten und Studentinnen), zum anderen durch die Neutralisierung des Geschlechts (Studierende). Angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum dritten Geschlecht stellt sich die Frage, wie dieses sprachlich adäquat abgebildet wird. Eine neue Entwicklung mit schnellem Verbreitungsgrad ist in schriftlicher Form das Gendersternchen. Der Stern soll auf die Fülle anderer Geschlechter verweisen, ähnlich wie der „Gendergap“ (Geschlechterlücke) in Form eines Unterstrichs. Über den Sinn geschlechtergerechter Sprache wird in Feuilletons der Zeitungen heftig gestritten.

GESELLSCHAFTSPOLITISCHE FOLGEN UND OFFENE FRAGEN

Die lange Zeit vornehmlich in akademischen Zirkeln laufenden Genderdebatten haben mittlerweile konkrete gesellschaftspolitische Auswirkungen auf Lehrpläne in Schulen (Kultusministerkonferenz 2016), auf Sprache in Wort und Text sowie auf die Gestaltung der Alltagswelt (zum Beispiel Unisextoiletten) und reichen bis hin zu einer öffentlichen Diskussion über eine genderneutrale Fassung der deutschen Nationalhymne.

Auf viele Fragen hat die Gesellschaft noch keine Antworten: Wie häufig können sich Intersexuelle für ein anderes Geschlecht entscheiden? Bis zu welchem Alter des Kindes können Eltern dessen Geschlecht wählen? Welche Zustimmungen sind künftig für die Operationen notwendig, die das Geschlecht des Kindes für immer festlegen? Ganz abgesehen von dem hilflosen Umgang mit der Sprache und der Anrede. Welches Personalpronomen benennt Intersexuelle? Werden Vornamen künftig nicht mehr an das Geschlecht gebunden sein? Wie wird die Anrede Herr/Frau künftig in Amtstexten sein? Welche Bedeutung wird einer geschlechtergerechten Sprache eingeräumt? Wie wird sich der Umgang zwischen Männern und Frauen in Zukunft gestalten (zum Beispiel Grenzen des Flirtens)?

Die Diskussion um Geschlechteridentität, die vor allem in wissenschaftlichen Zirkeln in Deutschland geführt wird, ist mittlerweile in einer

breiteren Öffentlichkeit angekommen. Das Übermalen des Gedichts „Avenida“ von Eugen Gomringer an der Hausfassade der Alice-Salomon-Hochschule in Berlin ist ein öffentlich sichtbares Zeichen dieser Debatte in Deutschland.

Dennoch konzentriert sich die Sexismusdebatte vor allem auf die Fernseh- und Filmbranche. Die große Mehrheit der Bevölkerung nimmt die #MeToo-Debatte zur Kenntnis, bleibt aber von der Genderdebatte weitgehend unberührt. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in der konkreten Umsetzung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ab. Im Alltag wird sie mit der „Toilettenfrage“ und dem Bestreben, die Genderfrage auch in Kindergärten und Schulen zu thematisieren, konfrontiert. Den immer vielfältiger werdenden Umsetzungen in Sprache, Schrift und Aktionen steht sie irritiert gegenüber. So steht eine breite gesellschaftliche Gruppe zwischen einer zunehmenden individualisierten Geschlechterindifferenz und einer starken Geschlechterpolarität und Tabuisierung der Sexualität, wie sie im Selbstverständnis kollektiver Identität von anderen, vornehmlich muslimischen Kulturen, im Alltag gelebt und eingefordert wird. Die zum Teil heftigen Debatten in deutschen Kommunen über einen trennenden Vorhang in öffentlichen Schwimmbädern für muslimische Frauen und eigenes muslimisches Badepersonal oder die Anschaffung von Burkinis in Schulen sind nur wenige Beispiele dieser Irritation.

Mit der kulturellen Öffnung der Lebensformen, wie sie in der Pluralisierung der Geschlechterformen zum Ausdruck kommt, ist eine zunehmende Unübersichtlichkeit der Vielfalt der Geschlechter und Sexualitäten verbunden. Dazu gehört, dass die Begrifflichkeit von LGBTQ* (lesbisch, schwul, bi- und transsexuell, queer) nicht mehr ausreicht, um die Vielfalt sexueller Ausprägungen abzubilden. Daher dient das Sternchen als Ausdruck für alle weiteren sexuellen Ausprägungen. Die Programmatik dieser Identitätspolitik zielt auf immer neue voneinander abgegrenzte Submilieus.

Vielfalt ist allerdings nur dann eine gesellschaftliche Stärke, wenn sie zu einer Akzeptanz in der Gemeinschaft führt. Wenn sie zur Zersplitterung einzelner abgegrenzter Identitäten beiträgt, verliert sie jede Bindungskraft. Gerade in einer globalisierter werdenden Gesellschaft ist das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Traditionen und Kulturen, Überzeugungen und Geschlechterrollen und -identitäten nur durch einen starken Rechtsstaat zu organisieren, der einen allgemeinen Rahmen gibt. Dieser allgemeine Rahmen muss ergänzt werden durch die Rolle, die die Gemeinschaft und die Kultur in einer modernen Gesellschaft spielen. Die politische Herausforderung wird darin bestehen, die Emanzipationsgewinne fortzuentwickeln und zugleich das Kulturelle stärker zu regulieren und unter die Imperative des Gemeinwohls zu stellen. Dazu ist ein kultureller Diskurs notwendig, der breite Teile der Gesellschaft erfasst und mitnimmt.

Literatur

Bundesverfassungsgericht: Beschluss des 1. Senats vom 10. Oktober 2017 – 1 BvR 2019/16.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Geschlechtervielfalt im Recht, Berlin 2017.

Furedi, Frank: „Identitätspolitik – Solidarität war gestern“, in: Neue Zürcher Zeitung, 05.01.2018, S. 35.

Geyer, Christian: „Nicht aktenkundig – Das Geschlecht muss keine Staatsangelegenheit sein“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 01.12.2017, S. 11.

Hirschauer, Stefan: „Wozu Gender Studies? Ein Forschungsfeld zwischen Feminismus und Kulturwissenschaft“, in: Forschung & Lehre 11/2014, S. 880–882.

Hirschauer, Stefan: Interview zur Genderdebatte. Kultur. ARD.de 2016 (Hirschauer 2016).

Hirschauer, Stefan: „Eine Welt ohne Differenzierung ist undenkbar“, in: Der Standard, 25./26.10.2016, S. 18.

Hirschauer, Stefan: „Im Zwischenraum der Geschlechter“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.11.2017, S. 9.

Kultusministerkonferenz: Leitlinien zur Sicherung der Chancengleichheit durch geschlechtersensible schulische Bildung und Erziehung, Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) vom 06.10.2016.

Patsy l'Amour laLove (Hrsg.): Beißreflexe – Kritik an queerem Aktionismus, autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten, Berlin 2017.

Reckwitz, Andreas: „Das Band zerreißt“, in: Die Zeit, 22.02.2018, S. 43 f.

Reckwitz, Andreas: Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2017.

Ribi, Thomas: „Willkommen in der Kampfzone“, in: Neue Zürcher Zeitung, 25.11.2017, S. 14.

Schwarzer, Alice: „Der Rufmord“, in: Die Zeit, 10.08.2017, S. 37.

Stark, Holger: „Wohliger Schauer der Arroganz“, in: Die Zeit, 20.12.2017, S. 50 f.

Normalisierung des Priesterberufs?

—
Konsequenzen aus dem Priestermangel in der katholischen Kirche

THOMAS STERNBERG

Geboren 1952 in Grevenbrück, seit 2015 Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Altstipendiat und Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2005 bis 2017 Mitglied der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.

Geht alles weiter wie bisher, wird die katholische Kirche in den deutschen Bistümern einen Notstand in der Seelsorge erleben. Der Grund liegt in dem sich dramatisch verschärfenden Priestermangel. Die Strukturreformen in den Bistümern – Gemeindefusionen, Pfarreiaufösungen,

Schaffung pastoraler Großräume – sind unterlegt von diesem Grundproblem.

1962 wurden in Deutschland 557 junge Männer zu Priestern geweiht. 38 Jahre später, zur Jahrtausendwende, waren es 154, wiederum zehn Jahre später wurde die Grenze von 100 unterschritten. Im vergangenen Jahr erhielten 74 Männer die Priesterweihe, im laufenden Jahr werden es wohl nur 61 sein. Den 74 Neupriestern standen im vergangenen Jahr 529 ausscheidende Priester – Todesfälle, endgültiger Ruhestand und Amtsverzicht – gegenüber. Das heißt, ein neuer Priester folgt auf sieben ausscheidende.

Nach einer Erhebung der Deutschen Bischofskonferenz über hauptamtliches Seelsorgepersonal ist die Zahl der Priester in den vergangenen siebzehn Jahren um 22 Prozent auf 12.070 gesunken. In der Pfarrseelsorge, dem Herzstück des kirchlichen Lebens, sind es sogar minus 30 Prozent (von 9.677 auf 6.740). Innerhalb von zehn Jahren hat sich die Zahl der Pfarrer, die eine Pfarrei leiten, mehr als halbiert (-51,4 Prozent). Inzwischen leiten über 80 Prozent aller Pfarrer mehr als eine Pfarrei. Die Seelsorgeeinheiten für die „leitenden Pfarrer“ sind so große Gebilde geworden, dass an eine klassische Seelsorge mit persönlicher Bekanntheit nicht mehr zu denken ist. Die Aussicht, einen Großraum mit mehr als 50.000 katholischen Menschen zu verwalten und zu versorgen, macht den Beruf des Pfarrers nicht attraktiver und erweist sich als Überforderung. Nach Schätzungen haben weltweit etwa 70.000 Priester in den vergangenen Jahrzehnten ihr Amt aufgegeben.

INTERESSE AM DIENST ALS KLERIKER WÄRE VORHANDEN

Deutschland steht mit diesem Problem nicht isoliert: Das Statistische Jahrbuch der katholischen Kirche zeigt den größten Priestermangel, gemessen an der Zahl der Katholiken pro Priester, in Südamerika, wo auf einen Priester 7.200 Katholiken kommen. In Europa sind es zurzeit 1.600. Allerdings sind die kirchlichen Verhältnisse bei uns anders und über lange Jahrhunderte hin „inkulturiert“. Hier lebt die Vorstellung von der Pfarrei mit dem Pfarrer, der für die Seelsorge, die Gottesdienste und die religiöse Bildung zustän-

dig ist, weiter. Doch die Realität ist längst eine andere: Die Priester in der Pfarrseelsorge sind in ein Team von hauptamtlichem, zum Teil ebenso gut ausgebildetem Personal eingebunden. Leider ist von dieser für die Aufrechterhaltung gemeindlichen Lebens unverzichtbaren Personengruppe selten die Rede.

Rückläufige Entwicklungen gibt es nicht bei allen Klerikern in Deutschland: Die Zahl der Diakone hat sich im gleichen Zeitraum seit 2000 um 44 Prozent, von 2.302 auf 4.557 erhöht. Offenbar besteht ein Interesse an einem liturgischen, seelsorglichen und sozialen Dienst für die und in der Kirche. Zudem stehen in den Gemeinden fast 8.000 Pastoral- und Gemeindeferenten und -assistenten im Dienst. Die geringe Attraktivität dieser Seelsorgeberufe führt allerdings zu einem empfindlichen Ausdünnen der theologischen Diplom- und Masterstudiengänge. Darunter gibt es einen erheblichen Anteil an Frauen, die leider nach wie vor zu keiner der Weihestufen zugelassen werden, obwohl das Gesicht der kirchlichen Basis längst vorwiegend weiblich ist. Zwei Drittel dieser hauptamtlichen Mitarbeiter sind Frauen.

Mit fast 1.000 Priestern aus der „Weltkirche“ – vor allem aus Polen und Indien – wird der Priestermangel gemildert. Doch dieser Dienst stößt an Grenzen: Nicht zuletzt sind die Heimatländer zurückhaltend geworden, beispielsweise in Polen, wo die Zahl der Weihen inzwischen auch rückläufig ist. Gelegentlich hat man sich die Entwicklung in Deutschland mit dem Hinweis schöngerechnet, dass die Zahl der Priester je Katholik zwar gesunken sei, aber je Gottesdienstteilnehmer gebe es mehr Priester als zuvor. Das hält keiner genaueren Betrachtung stand, denn die

Zahl der Gottesdienstteilnehmer sagt nur etwas über den allsonntäglichen Kirchenbesuch aus, der aber selbst unter eng der Kirche Verbundenen – leider – keineswegs mehr selbstverständlich ist. Die zu betreuenden Gemeinden sind sehr viel größer.

ÄMTER GEHÖREN AUF DEN PRÜFSTAND

Als eine der Hauptursachen für die desolate Situation wird angeführt, „dass es leider einen ganz breiten Rückgang des Glaubens in Deutschland gibt. Und dass es logischerweise dann am Ende auch weniger Priester geben wird.“ Das ist zwar nicht falsch, greift aber zu kurz. Das Beispiel der Diakone zeigt, dass die Bereitschaft zu einem Dienst als Kleriker vorhanden ist. Dass es inzwischen eine ganze Bewegung von Frauen gibt, die für die Zulassung zum Diakonat kämpfen, sei zudem angemerkt. Eine Reihe weiterer Faktoren für den Priestermangel wäre zu nennen – darunter zunächst die Verpflichtung zum ehelosen Leben, der Zölibat. Hinzu kommen die Überforderung, die Unsicherheit des Priesterbildes in der kirchlichen Öffentlichkeit, die Vereinsamung vieler Priester und anderes mehr.

Die sogenannten Laien sind tief beunruhigt über die Entwicklung des Priesternachwuchses. Auch die notwendige Stärkung der Gläubigen in Selbstorganisation und -verwaltung wird die Priester nicht überflüssig machen. Es ist vor allem die Feier der Eucharistie, die in der Wertehierarchie des kirchlichen Lebens oben steht. Schon heute gibt es die sonderbare Situation, dass in evangelischen Gemeinden monatlich das Abend-

mahl gefeiert wird, während katholische „Wort-Gottes-Feiern“ das Fehlen eines Zelebranten für die Eucharistie kaschieren. Eine größere Kompetenz bei der Sakramentspendung, in der Predigt und der Katechese, in der Gottesdienstleitung und in der öffentlichen Darstellung kirchlichen Lebens für nicht geweihte Männer und Frauen ist notwendig. Die gesamte Struktur der Ämter und „Beauftragungen“ gehört auf den Prüfstand.

Wie sehr sich die Verhältnisse verändern, zeigt ein Beispiel: Nach katholischem Kirchenrecht ist die Leitung der Gemeinden Priestern vorbehalten. Den Personalmangel versucht man zu umgehen, indem „leitende Pfarrer“ mit großen Seelsorgeteams eine Vielzahl ehemaliger Pfarreien leiten. In Trier kommt es zur nie da gewesenen Situation, dass aus 884 teils uralten Pfarreien künftig 33 „neuen Typs“ werden. Dass es anders geht, zeigen Modelle wie in Rottenburg-Stuttgart. Dort hat man Vorbehalte gegen die Fusionierungswellen und überträgt die Gemeindeleitung unter Ausnutzung eines Canons des Kirchenrechts (CIC, can. 517, 2) nicht geweihten pastoralen Mitarbeitern. Am Oberrhein hat der Bischof inzwischen vier weiblichen Pastoralreferenten die Leitung einer Gemeinde übertragen.

MEHR KOMPETENZEN IN DIE GEMEINDEN

Trotz aller neuen Verortungen des Glaubenslebens wird die Territorialgemeinde, in der man sich kennenlernt, begegnet und hilft, weiterhin eine entscheidende Rolle spielen. Da aber die voll versorgte Gemeinde aus vielen Gründen keine

Zukunft hat, wird die Aktivierung der Gläubigen zu einer Überlebensfrage. Dass dies auch die Reaktivierung einer größeren Finanzkompetenz der Pfarreien, die bis zum staatlichen Einzug der Kirchenbeiträge 1950 selbstverständlich war, zur Konsequenz haben muss, sei nur am Rande bemerkt. Neue Formen von Subsidiarität und Unabhängigkeit von den in den letzten Jahrzehnten aufgeblähten zentralisierenden Generalvikariaten der Bistümer werden an Relevanz gewinnen. Der überschaubaren Gemeinde aus selbst- und letztverantwortlichen Gläubigen, ob territorial, personal oder funktional zusammengesetzt, gehört die Zukunft.

Kirchliches Leben erschöpft sich nicht in der gottesdienstlichen und sakramentalen Versorgung. Vor Ort werden geistlich-spirituelle Ansprechpartner nötig sein, die in die Lücke der verlorenen Nähe zum Pfarrer treten. Das können Haupt- oder Ehrenamtliche, Theologen oder Laien, Frauen oder Männer sein. Sie brauchen das Vertrauen und die Kompetenz, in besonderen Lebenslagen mit Rat und Beistand aus dem Glauben beistehen zu können. Solche Prozesse entziehen sich weitgehend der Regelbarkeit pastoraler Pläne, wie sie allenthalben wohlmeinend, aber zu oft auch nicht mehr als das, formuliert werden. Die Priester werden in diesen Konzepten ihren Platz suchen und finden müssen, soll nicht vor allem die Hetze von einem Gottesdienst zum nächsten ihren Alltag bestimmen. Wie steht das allgemeine Priestertum aller Gläubigen, das das Konzil so deutlich herausgestellt und alle Päpste seitdem unterstrichen haben, zum geweihten Priester?

Die Befähigung der Laien ergibt sich nach den Aussagen des Konzils nicht erst aufgrund einer Beauftragung, sondern

schon aus der Teilhabe am mystischen Leib Christi. „Pflicht und Recht zum Apostolat haben die Laien kraft ihrer Vereinigung mit Christus dem Haupt“ (Das Apostolat der Laien, AA 3). Durch Taufe und Firmung werden sie – nach 1 Petr 2 – zum „heiligen Volk“ einer allgemeinen „königlichen Priesterschaft“. Das gilt für Frauen wie Männer, für Verheiratete wie Singles. Papst Franziskus führt in „Evangelii Gaudium“ diesen Gedanken aus: „Man darf nicht vergessen, dass wir uns, wenn wir von priesterlicher Vollmacht reden, ‚auf der Ebene der Funktion und nicht auf der Ebene der Würde und der Heiligkeit‘ befinden. Das Amtspriestertum ist eines der Mittel, das Jesus zum Dienst an seinem Volk einsetzt, doch die große Würde kommt von der Taufe, die allen zugänglich ist. Die Gleichgestaltung des Priesters mit Christus, dem Haupt – das heißt als Hauptquelle der Gnade – schließt nicht eine Erhebung ein, die ihn an die Spitze alles Übrigen setzt. In der Kirche begründen die Funktionen ‚keine Überlegenheit der einen über die anderen‘. Tatsächlich ist eine Frau, Maria, bedeutender als die Bischöfe“ (Evangelii Gaudium, Nr. 104).

FALSCHER FIXIERUNGEN BEIM PRIESTERBERUF

Das Bild des Priesters, das früher eindeutig in der Hierarchie der Kirche festgeschrieben schien, hat sich in der Theologie des Konzils und unter den neuen Bedingungen modernen Lebens verändert. Noch haben auch die Gläubigen den alten, in der reformatorischen Theologie entfalteten Gedanken des allgemeinen Priestertums

unzureichend verinnerlicht. Dabei sind die ehrenamtlichen und hauptamtlichen kirchlichen Dienste Teilhabe am Wirken der Kirche. „Gemeinsam Kirche sein“ ist das Abschlussdokument des Dialogprozesses der deutschen Bischöfe zur Erneuerung der Pastoral in Deutschland von 2015 folgerichtig überschrieben.

Die wenigen Kandidaten für das Priestertum entstammen zudem kaum noch der klassischen katholischen Familie. Sie kommen über einen anderen Beruf zur Weihe – manchmal über kirchenferne Elternhäuser, oft aus spirituellen Erlebnissen heraus. Die Zeiten, in denen es selbstverständlich gewesen sein mag, dass einer der Söhne aus der Familie katholischer Priester wurde, sind längst vorbei. Heute ist die Entscheidung zum Priestertum keine selbstverständliche Option junger Schulabsolventen mehr.

Gleichzeitig werden die Anforderungen für junge Männer, die sich für den Weg zu diesem Beruf entscheiden, unan-

gemessen überhöht. Die viel zu frühe Fixierung auf die Berufung zum Priester muss einen jungen Menschen in der schwierigen Studien- und Berufswahl überfordern. Statt den Beruf als einen besonderen Dienst in der Kirche zu „normalisieren“, wird eine vollkommene Lebenswende erwartet, die außerhalb der Klöster und Orden historisch nicht zu belegen ist. Dass es sich um einen schönen, erfüllenden Beruf handelt, wird mit – noch dazu höchst fragwürdigen – theologischen Vorstellungen von einer priesterlichen Existenz „in persona Christi“, was sich allein auf die Feier der Eucharistie beziehen kann, verkleistert. Es muss eine kirchliche Umgebung geschaffen werden, in der es Freude macht, den Beruf des Priesters anzustreben. Die Kraft des Gebetes sei nicht als Letztes erwähnt. Das Gebet um Priester ist wichtig, aber es ist nur glaubwürdig, wenn es durch kirchliches Handeln unterstrichen wird.

Bio-Erdbeeren zur Weihnachtszeit

Erweiterte Erwartungshorizonte bei der Ernährung

JANA RÜCKERT-JOHN

Geboren 1969 in Frankfurt an der Oder, Professorin für die „Soziologie des Essens“ an der Hochschule Fulda.

Die moderne Gesellschaft ist durch eine endlose Zunahme an Möglichkeiten in der Ernährung gekennzeichnet. An nahezu jedem Ort und zu jeder Zeit kann heute in ungewöhnlicher Fülle und Vielfalt gegessen und getrunken werden. Damit ist eine enorme Zunahme des Angebots dessen, was gegessen werden kann, verbunden. Auf der Nachfrageseite drückt sich dies durch vielfältige neue Ernährungsstile und -trends aus – wie etwa vegan, vegeta-

risch, paleo, bio oder nachhaltig. Hinsichtlich der Ernährung lässt sich die moderne Gesellschaft deshalb als Überflussgesellschaft beschreiben: Für den überwiegenden Teil der Weltbevölkerung herrscht kein Mangel an Nahrungsmitteln, sondern sie hat es mit einem Überangebot zu tun. Mit der Zunahme an Möglichkeiten, was, wo, wie und wann gegessen werden kann, erweitert sich der Erwartungshorizont auch beim Essen und Trinken. Ist das noch normal?

Eine wesentliche Ursache hierfür lässt sich in der steten Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teil- und Funktionssysteme als genuines Merkmal der modernen

Gesellschaft ausmachen. Diese Entwicklung wird zusätzlich durch Megatrends wie die Globalisierung und die Digitalisierung angetrieben. Die Welt rückt in allen Belangen zusammen: Alle sind erreichbar, alles kann besorgt werden, und alles kann man wissen, und zwar jederzeit. Die Reflexionspotenziale werden durch Massenmedien gesteigert, sodass Ernährung in den Kontext weiterer existenzieller Probleme gerückt wird, allem voran der Gesundheit.

Nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW 2018) fragt fast jeder zweite Deutsche in unregelmäßigen Abständen Bio-Produkte nach. Deutschlandweit lassen sich mittlerweile mehr als 480 Öko-Supermärkte zählen. Doch die wachsenden Bio-Umsätze des Lebensmitteleinzelhandels in Deutschland, die derzeit auf sechs Milliarden Euro pro Jahr geschätzt werden, können nur noch durch zusätzliche Importe etwa aus Argentinien, Australien, Indien und China realisiert werden. Nicht nur die Gelegenheiten und Produkte haben in ihrer Vielfalt zugenommen, auch die Distribution hat sich global ausgeweitet. Diese Expansion hat Folgen für die Ernährungspraktiken des Alltags und berührt daher sowohl das, was man für normal halten, als auch das, vor dem man Ängste entwickeln kann.

PATHOLOGIEIN IN DER ERNÄHRUNG

Diese Entwicklung ist mit einer Zunahme an Komplexität verbunden, die von vielen als Zunahme von Unsicherheit und Unübersichtlichkeit empfunden wird. Neue

Produkte, globale Produktionsstandorte, neue Herstellungsverfahren und Inhaltsstoffe oder auch virtuelle Supermärkte verlangen ständige Neuorientierungen der Konsumierenden und brechen mit „alten“ Selbstverständlichkeiten. Bio-Erdbeeren zur Weihnachtszeit erscheinen dann nicht mehr verwunderlich. Gleichwohl werfen solche Entwicklungen paradoxe, irritierende Fragen auf, wie die nach der Nachhaltigkeit von Bio-Produkten. Die Erweiterung des Erwartungshorizonts geht also einher mit einer zunehmenden Reflexion über die Ernährung, die ihren Ausdruck in den Fragen findet, was man essen kann, wie viel wovon und ob das alles überhaupt gesundheitlich zuträglich und umweltethisch vertretbar ist.

Die durch das Ernährungssystem erzeugten Unsicherheiten müssen von jedem Konsumenten und jeder Konsumentin gelöst werden. Eine Möglichkeit besteht darin, eine restriktive, hoch kontrollierte Ernährung zu praktizieren, die aber auch pathologische Folgen haben kann, etwa Essstörungen wie Anorexie und Bulimie oder Orthorexie und Self-Tracking. Diverse Nahrungsmittelallergien und -unverträglichkeiten, darunter Laktose-, Gluten-, Fruktose- und Histaminintoleranzen, lassen sich hier ebenso einordnen. Auffällig ist, dass die Anzahl der diagnostizierten Krankheitsfälle in keinem angemessenen Verhältnis zu den stetig wachsenden Umsätzen entsprechender Produkte steht. Handelt es sich hierbei um eine Epidemie an Ernährungshypocondern? Nahrungsmittelunverträglichkeiten scheinen inzwischen zum Repertoire individualistischer Selbstdarstellung zu gehören, um sich von anderen zu unterscheiden. Der Überfluss an Nahrungsmitteln führt darum nicht nur zu einer allgemeinen

Verunsicherung, sondern macht Ernährung auch verfügbar für Identitätsgewinne.

Ernährungstrends und individuelle Ernährungsstile sind nicht nur Ausdruck einer Zunahme von Komplexität. Sie versprechen auch eine Reduktion von Komplexität, indem die Vielzahl der Möglichkeiten aus- und eingegrenzt wird mit der Absicht, Entscheidungssicherheit wiederzuerlangen. Darum werden Lebensmittel heute vor allem darüber definiert, was in ihnen nicht (sic!) enthalten ist, indem sie als „frei von“ deklariert werden. Mit Ernährungstrends werden jeweils Ordnungssysteme aufgestellt, die Produktions-, Zubereitungs- oder Speiseregeln definieren. So zeichnen sich Bio-Produkte durch bestimmte Qualitätsstandards in der Produktion aus, die durch verschiedene Anbauverbände kontrolliert und zertifiziert werden. Eine vegane Ernährungsweise hingegen definiert sich in erster Linie darüber, was gegessen werden darf und was nicht, nämlich ausschließlich pflanzliche, das heißt nicht tierische Nahrungsmittel.

ESSEN UND IDEOLOGIE

Allen Ernährungstrends und sich an ihnen orientierenden Ernährungsstilen ist gemeinsam, dass eine Beschränkung dessen, was gegessen wird, mit dem Versprechen der Erhöhung von Sicherheit verbunden wird: Weniger ist mehr. Indem sich solche Ernährungsvorschriften schon immer mit Ideologien und dann mit Religionen verbunden haben, trugen sie auch stets zu Identitätsausbildungen bei. Der alte Zusammenhang von Identität und Sicherheit beim Essen und Trinken ist insofern nicht neu, erlangt aber angesichts des

Bedarfs an Orientierung auf dem Ernährungsmarkt enorme Aktualität. Durch die sich so einstellende Vielfalt von Vorstellungen über Ernährungsordnungen rückt allerdings das eigentliche Ziel der Übersichtlichkeit in immer weitere Ferne.

Die Absicht, mit neuen Ordnungssystemen Komplexität zu reduzieren, wird durch den weiteren Komplexitätsaufbau infolge zunehmender Ausdifferenzierung konterkariert. Darum neigen die Ordnungssysteme wie alle Ideologien zu einer immer strengeren Auslegung. So reicht es nicht mehr aus, wenn in der Bio-Produktion ökologische Produktionsstandards eingehalten werden. Auch die Einhaltung von Sozialstandards, wie zum Beispiel faire Erzeugerpreise und soziale Arbeitsnormen, sind wichtige Kaufkriterien für die Bio-Kundschaft (Ökobarometer 2017). Dem Verdacht der Nichtnachhaltigkeit von Bio-Produkten aus Übersee aufgrund der langen Transportwege wird damit begegnet, dass regionale Bio-Produkte als „optimal“ gelten.

Hierbei nehmen Label oder Gütesiegel und ihre Zertifizierungs- und Kontrollsysteme (wie das EU-Bio-Siegel oder auch das V-Label, das Qualitätssiegel für vegane und vegetarische Produkte) eine wichtige Funktion ein. Als Qualitätsgaranten sollen sie eine Auswahl- und Entscheidungshilfe darstellen und somit Vertrauen im unübersichtlichen und unsicheren Ernährungssystem schaffen. Mittels dieser Vertrauen schaffenden Systeme und der damit erzeugten Sicherheiten, die allerdings immer nur temporär sind und deshalb eher Sicherheitssuggestionen darstellen, kann eine gewisse Normalisierung in der Ernährung in begrenzten Hinsichten hergestellt werden. Gleichzeitig verliert sich dieses Potenzial wieder, wenn es zum

vielfach besprochenen Labelschunzel kommt und ein „Label für Labels“ notwendig erscheint.

BIO IST NORMAL, DIENT ABER AUCH ZUR DISTINKTION

Trotz des permanenten Komplexitätsaufbaus infolge sozialen Wandels oder gerade durch ihn kommt es zur Stabilisierung des Erwartungshorizonts in der Ernährung: Bio-Produkte sind hierbei inzwischen nicht mehr wegzudenken. 2017 wuchs die Zahl aller deutschen Bio-Höfe um 7,5 Prozent auf insgesamt 29.174 an. Mehr als jeder zehnte Hof in Deutschland wird heute von einem Bio-Bauern bewirtschaftet (BÖLW 2018). Nach aktuellen Schätzungen gibt es derzeit 1.375.967 Hektar bewirtschaftete heimische Ökofläche; das ist ein Anteil von 8,2 Prozent an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in Deutschland. Erstmals wurden 2017 mit Bio-Produkten über zehn Milliarden Euro umgesetzt, dies entspricht einem Anstieg um rund sechs Prozent (BÖLW 2018). Bio-Produkte gehören damit längst in den Erwartungshorizont der Konsumierenden in deutschen Supermärkten und Discountern, der Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung. Bio gehört zur normalen Vielfalt des Nahrungsmittelangebots dazu.

Gleichwohl lässt sich beim Bio-Konsum wie bei den anderen Ernährungstrends zeigen, dass dieser lediglich für bestimmte soziale Milieus zur Normalität gehört. Laut Ökobarometer 2017 zählen immerhin 32 Prozent der Deutschen zur Nicht-Bio-Kundschaft, die sich überproportional durch ein geringes Haushalts-

nettoeinkommen und ein niedriges Bildungsniveau charakterisieren lässt. Der Konsum von Bio-Lebensmitteln ist hingegen vorrangig eine Angelegenheit von Frauen, Besserverdienenden und höher Gebildeten. Bio-Konsumierende unterscheiden sich auch nach ihren Wertpräferenzen und Kaufmotiven voneinander: Für die überzeugten Intensivkonsumierenden (elf Prozent) stehen vor allem Umweltschutzmotive, regionale und soziale Aspekte im Vordergrund. Die bewusste Bio-Stammkundschaft fokussiert vermehrt auf den eigenen Nutzen – wie Qualität und Geschmack (23 Prozent). Bei den zufälligen Gelegenheitskonsumierenden lassen sich keine spezifischen Kaufmotive ausmachen (34 Prozent).

Bio-Konsum dient also nicht nur dem Sattwerden, sondern im entscheidenden Maße auch der individuellen Selbstbeschreibung, der Verfertigung von Identität. Die „Definition des Selbst“ über die Auskunft, worauf man bei der Ernährung Wert legt und was man sich leisten kann, erfolgt dabei immer in Unterscheidung von und Abgrenzung zu anderen. Die Moralisierung des Bio-Konsums ist dann Teil der kollektiven Identitätsherstellung. Die Normalität des Bio-Angebots kann aber auch dazu dienen, den expliziten Nichtkauf als identitätsbildend auszustellen.

Literatur

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2017): Ökobarometer 2017, www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ernaehrung/Oekobarometer2017.pdf?__blob=publicationFile.

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW 2018): Zahlen – Daten – Fakten. Die Bio-Branche 2018, www.boelw.de/fileadmin/media/pdf/Themen/Branchenentwicklung/ZDF_2018/ZDF_2018_Inhalt_Web_Einzelseiten_kleiner.pdf.

Deutscher Islam?

Muslimische Normalität in Deutschland braucht
Anerkennung, Institutionen und Regeln

ANDREAS JACOBS

Geboren 1969 in Kleve,
Koordinator Islam und Politik in der
Hauptabteilung Politik und Beratung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Idee eines deutschen Islam ist nicht besonders populär – bei Muslimen nicht, weil sie hinter dem Begriff Verfremdung und Einmischung vermuten. Bei vielen anderen auch nicht, weil sie den Islam als nicht zu Deutsch-

land gehörend betrachten. Zumindest innerhalb des demokratischen Spektrums ist allerdings unumstritten, dass Muslime und damit der Islam dauerhaft in unserem Land präsent sind.

Bei der Debatte über die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland geht es deshalb nicht um die Anerkennung dieser Präsenz, sondern vielmehr um die Anerkennung von Normalität. Bemerkenswerterweise ist die Frage nach der Normalität des Islam in Deutschland nicht so alt wie die Präsenz von Muslimen in Deutschland. Muslime werden (als Muslime) erst seit knapp zwei Jahrzehnten von Teilen der Gesellschaft außerhalb des gängigen Normalitätsparadigmas platziert. Bis in die 1990er-Jahre galt der Islam als eine Minderheitenreligion unter vielen. Man sprach von „Gastarbeitern“ oder „Ausländern“.

Dabei waren die Muslime von damals nicht demokratischer, aufgeklärter, säkularer oder „normaler“ als heute – wohl eher im Gegenteil.

Dass sie zunehmend als Muslime wahrgenommen – und problematisiert – worden sind, lag nicht nur am Aufschwung islamistischer Politik im Nahen Osten und am weltweiten Terror im Namen des Islam. Auch die zunehmende Sichtbarwerdung muslimischen Alltags in Deutschland und das Auftreten von Muslimen als deutsche Staatsbürger bewirkte Irritationen, in manchen Fällen Unbehagen, teils sogar Ablehnung und Hass. Kein Wunder also, wenn Befragungen von deutschen Muslimen ergeben, dass die am häufigsten formulierten Wünsche die Anerkennung schlichter Normalität des Islam in Deutschland und der Verzicht auf religiöse, ethnische oder politische Kulturalisierung sind. Aber wie kann diese Anerkennung gelingen? Das Nachdenken über einen deutschen Islam kann hier Impulse und Ansätze bieten.

„EIN ISLAM OHNE VEREINNAHMUNGEN“

Folgt man den gängigen Diskursen der Integrationsforschung zum Islam, ist vor allem die nichtmuslimische Mehrheitsgesellschaft gefordert. Im Vordergrund stehen der Nachweis und die Überwindung von Fehlwahrnehmungen, Fremdzuschreibungen und Abwertungen. Doch diese Perspektive greift zu kurz. Viele Vorbehalte und Fragen in Bezug auf den praktizierten Islam sind weder sozial konstruiert noch ungerechtfertigt. Sie beruhen auch nicht immer auf Vorurteilen, Unkenntnis oder Rassismus. Politische Vereinnahmungen und gesteuerte Radikalisierungstendenzen sind in vielen islamischen Ländern seit Jahrzehnten zu beobachten. Sie haben dafür gesorgt, dass sich Religion und Politik unheilvoll vermischten und progressive Debatten unterbunden wurden. Da muslimisches Leben in Deutschland in vielen muslimisch-migrantischen Milieus immer noch herkunftsorientiert gelebt und organisiert wird, sind diese Vermischungen und Einflussnahmen auch in Deutschland präsent und wirksam. Dies zeigt sich in der vorwiegend ethnisch-politischen Prägung muslimischer Organisationen, aber auch in einer zunehmenden personellen und organisatorischen Präsenz politischer Radikalität im Namen des Islam.

Wer die Anerkennung muslimischer Normalität in Deutschland auf den Kampf gegen antimuslimische Vorurteile und Stereotypen reduziert, macht es sich deshalb zu einfach. Damit muslimisches Leben als Bestandteil von Kultur und Gesellschaft breite Akzeptanz finden kann, muss der hier praktizierte Islam zugleich von der Prägung und Beeinflussung politischer Akteure und autoritärer Systeme und Staaten gelöst, müssen religiös gerechtfertigte Rechtsbrüche geahndet und die Radikalisierung sowie Indoktrination unterbunden werden. Ein so verstandener deutscher Islam wäre damit das Gegenteil von dem, was seine Kritiker darunter verstehen. Er wäre ein Islam,

der sich politischer und kultureller Vereinnahmungen zunehmend entledigt hätte, dessen Repräsentanten und Institutionen im beiderseitigen Interesse mit Staat und Behörden kooperieren und der den in Deutschland lebenden Muslimen spirituell und institutionell eine Heimat bietet.

CHANCEN DES RELIGIONSRECHTS

Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Muslimen bedarf einer grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses von Staat und muslimischen Religionsgemeinschaften in Deutschland. Muslimische Stimmen fordern immer wieder eine „staatliche Anerkennung des Islam“. Dieser Ruf geht an der Realität vorbei. Denn der säkulare Rechtsstaat in Deutschland erkennt keine Religionen an. Im Gegensatz zu den in muslimischen Ländern fast durchweg praktizierten Vereinnahmungen und Verstaatlichungen religiöser Lebens zielt das deutsche Religionsverfassungsrecht auf der Grundlage religiöser Neutralität darauf ab, Kooperationsbeziehungen zwischen dem Staat und (allen) Religionsgemeinschaften zu etablieren. Politisch und juristisch notwendig ist in Bezug auf den Islam deshalb nicht die „Anerkennung“. Stattdessen geht es darum, innerhalb des bestehenden religionsverfassungsrechtlichen Rahmenwerkes ein einheitlich geregeltes Kooperationsverhältnis zwischen den islamischen Glaubensgemeinschaften und dem Staat zu definieren.

Mit der Einrichtung der Deutschen Islam Konferenz im Jahre 2006 sollte dies erreicht werden – bislang ohne durchschlagenden Erfolg. Widerstreitende Vertretungsansprüche, unterschiedliche Erwartungen und fehlender Wille haben die Etablierung eines bundesweit einheitlichen Modells zur Organisation von Kooperationsbeziehungen zwischen Staat und Muslimen verhindert. Die Schuld an dieser unbefriedigenden Situation schieben sich staatliche Stellen und muslimische Verbände gegenseitig zu. Das deutsche Religionsrecht privilegiere die Kirchen und passe nicht zum Islam, ist vonseiten der muslimischen Verbände zu hören. Das mag im Hinblick auf die Verbände in ihrer derzeitigen Form und Ausrichtung stimmen. Ob es auch im Hinblick auf den Islam stimmt, ist zu bezweifeln. Tatsächlich kann das deutsche Religionsrecht dem Islam in Deutschland vielfältige Möglichkeiten der religiösen Entfaltung bieten, die ihm in den allermeisten islamischen Ländern vorenthalten bleiben.

Auch Muslime in Deutschland sehen dies zunehmend so. Erste Stimmen fordern eine Debatte über eine positive deutsch-muslimische Identität und eine Abkehr von den bisherigen ethnisch-politisch geprägten Verbandsstrukturen. Selbst innerhalb der Verbände werden eine Distanzierung von ausländischen Akteuren und Interessen sowie eine stärkere Inlandsorientierung gefordert. Bislang ist offen, ob diese Entwicklungen zu inhaltlichen

Neuausrichtungen der islamischen Organisationen und einer Verbesserung ihrer Artikulations- und Partizipationsfähigkeit in der deutschen Zivilgesellschaft führen. Falls ja, könnten tatsächlich jene Religionsgemeinschaften im Entstehen begriffen sein, die das deutsche Recht fordert. Gerade weil sich diese Wandlungsprozesse aber erst andeuten und ihr Ausgang offen ist, sind auf Dauer angelegte Kooperationen zwischen Staat und muslimischen Verbänden zurzeit nicht sinnvoll. Chancen und Notwendigkeiten einer Regelung des Verhältnisses bieten sich anderswo.

Die Praxis in Deutschland hat gezeigt, dass Problemlösungen im Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Muslimen am besten funktionieren, wenn sie auf flexiblen Modellen, klaren Verantwortlichkeiten und eindeutigen Regeln beruhen. Die erfolgreiche Einführung des islamischen Religionsunterrichts hat deutlich gemacht, dass es in manchen Fällen zielführend ist, rechtlich tragfähige Übergangslösungen zu finden. Ähnlich war es bei der Einrichtung von Instituten für islamische Theologie an deutschen Universitäten. Trotz aller Anfangsschwierigkeiten und ungeachtet der berechtigten Kritik an der Besetzung des Beirats für das neue Berliner Institut für Islamische Theologie ist dies eine Erfolgsgeschichte.

AUFBAU MUSLIMISCHER INSTITUTIONEN

In anderen Fällen müssen Problemlösungen noch gefunden werden. In den vergangenen Jahren wurde zwar mit großem Aufwand in Strukturen zur Ausbildung islamischer Theologen an deutschen Universitäten investiert, die Erschließung von Berufsperspektiven für die Ausgebildeten jedoch vernachlässigt. Viele der auf den Arbeitsmarkt drängenden Absolventen machen ernüchternde Erfahrungen. Nicht immer erfüllen sie die Anforderungen möglicher Arbeitgeber. Es mangelt an Finanzierungsstrukturen und teilweise an rechtlichen Rahmenbedingungen. Schließlich fehlt es an Akzeptanz und Unterstützung seitens der etablierten Moscheeverbände.

Auch in der Seelsorge und Wohlfahrtspflege existiert in mehrfacher Hinsicht Diskussions- und Handlungsbedarf. Muslimische Sozialarbeit ist gegenwärtig nahezu ausschließlich ehrenamtlich oder privatwirtschaftlich organisiert. Es existiert bislang keine professionell-konfessionelle Wohlfahrtsarbeit für Muslime mit entsprechenden Trägerstrukturen. Der Aufbau solcher Trägerstrukturen braucht Zeit und ist kurz- bis mittelfristig nicht absehbar. Auch in diesem Fall erweisen sich die unzureichenden Organisationsstrukturen und die Auslandsorientierung der muslimischen Organisationen in Deutschland als hinderlich.

Institutionalisierungsfrage und Finanzierungsfrage sind eng miteinander verbunden. Solange kein nachhaltiges Instrument der Finanzierung

muslimischer Institutionen in Sicht ist, wird sich an der Einflussnahme anderer Länder wenig ändern. Gerade die Beschäftigung von deutschen Imamen an hiesigen Moscheen setzt etablierte und transparente Finanzierungsstrukturen voraus. Grundsätzlich ist es nicht die Aufgabe des Staates, finanzielle Ressourcen zur Unterhaltung religiöser Infrastruktur bereitzustellen. Kurz- und mittelfristig sollten Muslime, Moscheegemeinden und staatliche Stellen aber an einem Strang ziehen und an flexiblen Übergangsmodellen arbeiten. Als temporäre Lösung wäre beispielsweise eine gemeinsame Finanzierung durch Beiträge aus den Gemeinden und staatlichen Zuschüssen denkbar.

ANERKENNUNG VON REGELN

Muslimische Normalität in Deutschland braucht also nicht nur den Kampf gegen Stereotype und Vorurteile. Genauso wichtig sind die Förderung einer positiv gedachten deutsch-muslimischen Identität und die Etablierung von tragfähigen Institutionen und Regelwerken. Wenn es gelingt, muslimisches Leben in Deutschland in Form von hier verwurzelten Religionsgemeinschaften zu organisieren, kann ein Verhältnis definiert werden, in dem Freiräume und Grenzen ebenso wie Leistungen und Verpflichtungen festgelegt werden. Dies wirkt Fehlwahrnehmungen und Pauschalisierungen entgegen und schafft Transparenz und Akzeptanz. Bis zur Etablierung solcher Gemeinschaften ist es noch ein weiter Weg. Kurz- und mittelfristig sind daher sachfragenspezifische Modelle auf klarer rechtlicher Grundlage, der Verzicht auf eine exklusive Inanspruchnahme von Verbänden und Einzelstimmen und Flexibilität, Pragmatismus und Kreativität der beste Weg. Ein deutscher Islam wäre damit nicht der Versuch der „Verdeutschung des Islam“ oder der „Islamisierung Deutschlands“ (was immer mit beiden Schlagwörtern gemeint sein könnte), sondern ein institutionelles, juristisches, politisches und gesellschaftliches Projekt der Anerkennung und Organisation muslimischer Präsenz in Deutschland.

Gechillte Royals, zermürbte Brexiteers

Die zwei Gesichter Großbritanniens im Sommer 2018

ANTHONY GLEES

Geboren 1948 in Oxford, Historiker und Politikwissenschaftler, seit 2008 Professor an der University of Buckingham, dort leitet er das Centre for Security and Intelligence Studies (BUCSIS).

Der 19. Mai 2018 war der erste Tag des schönsten Sommerwetters, das Großbritannien in mehr als vierzig Jahren erlebt hat. Es war der Tag, an dem Harry, Prince of Wales, Rachel Meghan Markle heiratete, den Star der weltweit beliebten US-Anwaltsserie *Suits*, eine geschiedene Schauspieler, eine engagierte politische Aktivistin, eine ausgeprägte Feministin – und eine Farbige. An diesem Morgen verlieh ihnen die Queen den Titel „Herzog und Herzogin von Sussex“.

Die Hochzeit fand im eintausend Jahre alten Windsor Castle statt, Wohnsitz von 39 britischen Monarchen seit der Eroberung der britischen Inseln durch den normannischen Herzog Wilhelm. Rund achtzehn Millionen Briten verfolgten die glanzvolle Zeremonie im Fernsehen, und mehr als 100.000 Menschen machten sich auf den Weg nach Windsor, um bei dem prächtigen Spektakel live dabei zu sein – ein bewegender Akt nationaler Erneuerung.

Kaum zwei Monate später gab es einen weiteren denkwürdigen Tag in der Geschichte Großbritanniens: Auf ihrem Landsitz Chequers verkündete Premierministerin Theresa May am 6. Juli, dass ihr Kabinett nun endlich, nach zweijähriger politischer Fehde innerhalb der Regierung und der konservativen Partei, einstimmig einem Plan für den Brexit zugestimmt habe. In der Hoffnung, damit ein Zeichen der Geschlossenheit ihrer Regierung gesetzt zu haben, erklärte May, dieser Plan honoriere den „Auftrag“ des britischen Volkes vom 23. Juni 2016, die Europäische Union (EU) zu verlassen, und biete gleichzeitig der Landwirtschafts-, Lebensmittel- und Fertigungsindustrie – nicht aber dem weit größeren Dienstleistungssektor, der von nun an aus dem europäischen Binnenmarkt ausgeschlossen sein würde – Kontinuität.

Bei dem Referendum hatten knapp 52 Prozent der britischen Wähler für den EU-Austritt gestimmt. Am 29. März 2017 teilte Großbritannien dem Europäischen Rat formell mit, es werde den Austrittsprozess gemäß Artikel 50 des Lissabonner Vertrags einleiten. Doch mehr als ein Jahr später fehlte nicht nur ein Konzept, sondern es gab auch noch keine klare Vorstellung davon, was der Brexit bedeutete.

DAS „CHEQUERS-EVENT“

Nach den Plänen von Downing Street Nr. 10 sollte das „Chequers-Event“ genauso sorgfältig gehandhabt werden wie die königliche Hochzeit (zu der Theresa May nicht eingeladen war). Um keine Informationen an die Medien weitergeben zu können, hatten die Minister ihre Handys an der Eingangspforte abgeben müssen, und jedem, der die endgültige Beschlussfassung abzulehnen gedachte, wurde mit sofortiger Entlassung gedroht (einschließlich Verlust des Dienstfahrzeugs; mit Sicht auf die Rückkehr nach London wurden für diesen Fall die Kontaktdaten von örtlichen Taxiunternehmen zur Verfügung gestellt). Auch dieser Tag war als historisches Ereignis gedacht und sollte Einigung über den „Entwurf einer Strategie“ zur Erlangung der Unabhängigkeit von der EU bringen – einer Organisation, in der sich die Briten, laut May, nie wirklich heimisch gefühlt hätten, weil diese auf „die notwendige Kontrolle“ (mehr als auf Zuwanderung) und auf die unmittelbare Verantwortlichkeit ihrer Politiker Wert legten.

Dennoch geriet Mays Brexit-Plan (anders als die Hochzeit) innerhalb kürzester Zeit in Schwierigkeiten. Zuerst trat der von May berufene „Minister für den EU-Austritt“ David Davis zurück. Am nächsten Tag nahm Außenminister Boris Johnson, zuständig für die Beziehungen Großbritanniens zu Europa und der übrigen Welt, seinen Hut, wenig später gefolgt von verschiedenen Staatssekretären und Parlamentsmitarbeitern. Durch diese demütigende Inszenierung sollte Theresa May nicht nur geschwächt, sondern auch zur Planänderung oder aber zum Rücktritt gezwungen werden.

Die Rücktrittsschreiben waren nicht nur Zeugnis des in den höchsten britischen Staatsämtern herrschenden Durcheinanders, sondern auch der extremen Boshaftigkeit und eines ideologischen Fundamentalismus, der sich, seit dem Brexit-Versprechen David Camerons 2013, in das politische Leben des Landes eingeschlichen hatte.

„TRAUM VOM BREXIT LIEGT IM STERBEN“

Im Gegensatz zu Davis' relativ mildem Rücktrittsschreiben bezweckte Johnson eine weit tiefere Kränkung Mays, indem er ihr vorwarf, der Brexit-Plan sei ein „Dolchstoß in den Rücken des britischen Volkes“, wobei er den Rededuktus Winston Churchills bewusst nachahmte: Nachdem May den Briten versprochen habe, sie würden durch den EU-Ausstieg die Kontrolle über ihre Demokratie zurückgewinnen, ihre eigene Zuwanderungspolitik umsetzen, ihr Geld wieder „nach Hause holen“ und Gesetze unabhängig und im Interesse Großbritanniens erlassen, habe sie in Wirklichkeit wichtige Entscheidungen aufgeschoben und sei auf dem Weg zu einem „Semi-Brexit“, bei dem große Teile der Wirtschaft weiterhin fest, aber ohne britische Kontrolle mit der EU verbunden seien. Seine lautstarke nationalistische Argumentation gipfelte in den schrillen Behauptungen, Großbritannien entwickle sich „zu einer echten Kolonie“ und der „Traum vom Brexit liegt im Sterben“. Er fügte – zweifelsohne hoffend, dass dieser Satz in die Zeitgeschichte eingehen werde – hinzu: „Ich habe die Worte [der Chequers-Vereinbarung] am Wochenende geübt und dabei festgestellt, dass sie mir im Hals stecken bleiben.“

In diesen beiden „Bildern“ des Sommers 2018 offenbart sich eine monumentale Ironie: Das erste reflektiert die bemerkenswerte Fähigkeit der britischen Monarchie, sich selbst neu zu erfinden und zu modernisieren und so für eine tiefe, starke und scheinbar dauerhafte Kontinuität zu sorgen; das zweite zeigt die wachsende Lähmung des Staates, des Parlaments und der Fähigkeit des Landes, genau die Souveränität auszuüben, die die Brexit-Befürworter eigentlich unterstützen wollten. Hinzu kommt eine para-revolutionäre Abart des politischen Fanatismus – der Brexit-Fundamentalismus. Großbritannien wurde von dem Hauch einer drohenden, Weimar-ähnlichen Implosion durchweht.

ROYALS IM WANDEL

Dass es einer politischen (wenn auch scheinbar unparteiischen) Institution gelungen ist, sich selbst zu erneuern, ist zum großen Teil der Queen und Prinz Philip zuzuschreiben, die es auf bemerkenswerte Weise verstanden haben, die Monarchie zu modernisieren. Die beiden waren es, die entgegen

Churchills Wunsch bereits 1953 darauf bestanden haben, dass die Krönung im Fernsehen übertragen wurde. Seitdem haben die Royals immer wieder den unvermeidlichen Wandel („wind of change“) zugelassen und gestaltet, statt sich ihm entgegenzustellen und dabei Schiffbruch zu riskieren.

Die Art, wie der Palast mit der Hochzeit von Harry und Meghan umging, zeigt beispielhaft die bemerkenswerte Fähigkeit der Royals, sich radikal zu verändern, ohne den Kern der Monarchie anzutasten. Ehescheidung war für das Haus Windsor früher ein „Anathema“, hauptsächlich deswegen, weil der Monarch gleichzeitig das Oberhaupt der „Church of England“ ist, die die Ehe als heilig betrachtet, aber auch wegen der Skandale, die sie den freien Medien bietet. 1936 löste die geschiedene Mrs Simpson eine schwere Verfassungskrise aus, in deren Folge der König abdankte. 1955 wurde Prinzessin Margaret, der Schwester der Königin, von der Regierung praktisch befohlen, keinen Geschiedenen zu heiraten; andererseits hatte sich Prinzessin Anne 1992 scheiden lassen, und 1996 trennten sich sowohl Prinz Charles, der Thronerbe, als auch Prinz Andrew. 2005 heiratete Charles die ebenfalls geschiedene Camilla Parker-Bowles, bezeichnenderweise jedoch standesamtlich, nicht in der St George's Chapel.

Die Tatsache aber, dass Meghan zuvor mit einem Mr Trevor Engelson verheiratet war, der der jüdischen Religion angehörte, wurde nicht ein einziges Mal hinterfragt. Das war aber nicht alles: Zum einen war Meghan nicht nur politisch geradeheraus, sie übte an Donald Trump, Großbritanniens engstem Verbündeten nach dem Brexit-Votum, heftige Kritik. Ihre offizielle Website im Palast betont „ihren politischen Aktivismus, ihre humanitäre Tätigkeit und ihr lebenslanges Engagement für soziale Gerechtigkeit und die Rechte der Frauen“. Sie weist die Leser auf ihre Unterstützung der Vereinten Nationen und ihre Erklärung hin, sie sei „stolz darauf, eine Feministin zu sein“. Als Herzogin von Sussex wird sie mit dem, was sie sagt, vorsichtiger sein müssen, aber es steht außer Zweifel, dass sie nicht nur ein „political animal“, sondern im Einklang mit dem Geist unseres Jahrhunderts ist.

FEURIGE PREDIGT

Darüber hinaus ist sie auch eine Farbige mit einer schwarzen Mutter – Doria Ragland, die die Nation bei der Trauung in Windsor mit Schönheit und Würde in ihren Bann schlug – zusammen mit dem schwarzen Prediger Bischof Michael Curry, der für seine feurigen, aber aufrichtigen Worte weithin gelobt wurde, selbst wenn eine solche Predigt nie zuvor in der St George's Chapel gehört worden war. Eine „schwarze“ Ansprache für eine „Farbige“ in einem Schloss, das zehn Jahrhunderte lang „rein weiß“ gewesen ist, war – auf ihre eigene Art – vielleicht ebenso bemerkenswert wie die Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der USA.

Großbritannien ist bekanntermaßen in der Brexit-Frage nach Alter, Klassenzugehörigkeit und Bildung geteilt. Die Altersgruppe 65 plus stimmte fast doppelt so häufig für den Brexit wie die Gruppe unter 25 Jahren. Je jünger und gebildeter die Wähler waren, desto wahrscheinlicher stimmten sie für den Verbleib in der EU. Anders ausgedrückt: „Bleiben“ galt anscheinend als modern, „Austreten“ als traditionell. Eine besorgniserregendere Polarisierung lässt sich kaum vorstellen. Nur 43 Prozent, weniger als die Hälfte, der Briten glauben, dass der „Chequers-Plan“ funktionieren kann. Wenn es aber um die Monarchie und die Königin geht, gaben 70 Prozent der Briten im Mai 2018 an, diese zu unterstützen.

Das deutet darauf hin, dass der nicht gewählte Königspalast und die Royals, angeführt von der Königin und Prinz Philip, immer noch wissen, wie man das Land einigt. Sie tun dies im Rahmen der Tradition, der Monarchie, die in einem zunehmend vielfältigen Land dennoch zur Modernisierung fähig ist, während die britische Regierung, gestützt von einem Unterhaus, dessen Mitglieder es verlernt haben, auf die Herausforderungen der Moderne einzugehen, nur dazu in der Lage ist, Zwietracht und wachsende Unzufriedenheit zu verbreiten. Natürlich sind das Parlament und seine Mitglieder nicht die einzige Ursache des Problems, selbst wenn sie mit dazu beigetragen haben, dass das Regieren schwieriger geworden ist. Der ausschlaggebende Faktor beim Brexit-Vorstoß und der Spaltung des Landes liegt für viele Beobachter jedoch in der Sparpolitik der letzten zehn Jahre und im Versagen David Camerons, die EU von einer umfassenderen Reform ihrer Migrationspolitik überzeugen zu können.

Wenn es ein elitärer Königspalast versteht, den Menschen die Kontinuität zu vermitteln, nach der sie sich sehnen, und dies gepaart mit einem Hauch von Glamour, dann hat das politische Westminster (bis dato) offensichtlich keine Ahnung, wie man Unterstützung für einen Brexit mobilisiert, für den nur wenige Minister gestimmt haben. Im nächsten halben Jahr muss das Parlament beweisen, dass es den „Willen des britischen Volkes“ gemäß dem Referendum vom 23. Juni 2016 mit der altherwürdigen Pflicht einer gewählten Regierung, das Wohlergehen und die Sicherheit des Volkes zu mehren, zu verbinden versteht. Es ist Ironie, dass in Großbritannien die alte Institution der Monarchie flexibler ist als die jüngere Institution der parlamentarischen Demokratie. Doppelt ironisch ist es, dass Theresa May ohne die massive Unterstützung ihrer früheren Partner in der EU stürzen und das Vereinigte Königreich noch tiefer ins Chaos abgleiten würde. Eine solche Situation kann sich kein vernünftiger Regierungschef in Europa wünschen: ein in Auflösung befindliches Großbritannien an den Grenzen Europas.

Übersetzung aus dem Englischen: Wilfried Becker, Gernersheim



Photo Note	May 10, 2012
São Paulo	Rua Direita
12.00 - 15.00	



Photo Note	July 27, 2012
Kassel	Konigs Strasse
17.15- 18.15	

Ende der Lohnarbeit?

—
Warum normale Arbeit doch kein Auslaufmodell ist

HOLGER BONIN

Geboren 1968 in Wermelskirchen, seit 2016 Forschungsdirektor am Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn, Professor für Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an der Universität Kassel.

Wann ist Arbeit „normal“? Zumindest die Statistiker des Statistischen Bundesamtes haben davon offenbar eine klare Vorstellung: Für sie ist es Arbeit, die Sicherheit vermittelt. Sie zählen als Normalarbeitsverhältnis jede Beschäftigung, die für einen weisungsbefugten Arbeitgeber in unbefristeter Vollzeit ausgeübt wird und eine volle soziale Absicherung bietet, sofern es sich nicht um Zeitarbeit handelt. Dabei fokussiert die amtliche Statistik diejenigen,

für die Erwerbsarbeit normalerweise in starkem Maß Schwerpunkt der Lebensgestaltung ist.

Die Konzentration auf die Gruppe der sogenannten Kernerwerbstätigen, bei der junge Menschen, die in Bildung oder Ausbildung sind, und Ältere, die das Rentenalter erreicht haben, nicht mitzählen, ist wichtig. Sonst könnte man die Entwicklung der atypischen abhängigen Beschäftigung – des Gegenstücks zum Normalarbeitsverhältnis – falsch einschätzen. Die demografische Entwicklung führt momentan zu einer rasant steigenden Zahl der Menschen im Ruhestand, von denen zudem ein wachsender Anteil weiterhin aktiv am Erwerbsleben teilnimmt; der Run auf die Hochschulen hebt die Zahl der

Studierenden nach oben, die sich häufig etwas hinzuverdienen. Wer in diesen Gruppen erwerbstätig ist, möchte oder könnte aber meist gar kein Normalarbeitsverhältnis ausfüllen. Hieraus ergibt sich eine erhöhte Dynamik bei der atypischen Beschäftigung, etwa in Form von Teilzeitarbeit, die aber nicht als Indiz für die so oft behauptete schwindende Kraft normaler Arbeit genommen werden darf.

Blickt man auf die Kernerwerbstätigen, gewinnt das Normalarbeitsverhältnis seit gut einem Jahrzehnt wieder an Stärke. Die Kehrtwende liegt im Jahr 2006 – also in dem Jahr, in dem das bis heute anhaltende deutsche „Arbeitsmarktwunder“ begann. Bis 2016 stieg die Zahl der normal arbeitenden Kernerwerbstätigen in jedem Jahr – insgesamt um rund 3,5 Millionen auf 25,6 Millionen Personen.

TRENDUMKEHR BEI NORMALARBEITSVERHÄLTNISSEN

Entsprechend ist auch der Anteil der Kernerwerbstätigen mit einem Normalarbeitsverhältnis von etwa 65 Prozent im Jahr 2006 auf heute etwa 70 Prozent gestiegen. Die rapide Erosion der Normalarbeitsverhältnisse, die von der Wiedervereinigung bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts stattfand, scheint heute also gestoppt. Und die jüngste Trendentwicklung gibt wenig Anlass, zu vermuten, dass der Wiederaufstieg der Normalarbeit nicht noch weitergehen könnte.

Die zeitliche Koinzidenz mit dem Inkrafttreten der Hartz-Gesetze legt die Hypothese nahe, dass diese die Trendumkehr bewirkt haben, und das, obwohl mit den Arbeitsmarktreformen atypische Be-

schäftigungsformen wie Zeitarbeit oder Minijobs gestärkt wurden. Jedoch deuten volkswirtschaftliche Analysen darauf hin, dass auch andere Faktoren wichtige Beiträge zum Umschwung am deutschen Arbeitsmarkt geleistet haben. So haben eine beschäftigungsorientierte Tarifpolitik und die Einführung des Euro die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt, ein höheres Rentenzugangsalter und die stärkere Öffnung für Migration in den Arbeitsmarkt die Fachkräftebasis verbreitert.

Das statistische Normalarbeitsverhältnis ist auch der heute von einer großen Mehrheit der Kernerwerbstätigen auf dem Arbeitsmarkt erlebte Normalfall. Das gilt für Männer mehr als für Frauen. Bei männlichen Kernerwerbstätigen kamen 2016 auf 100 Normalerwerbstätige nur 16 atypisch Beschäftigte, also Fälle von befristeter, geringfügiger, in Teilzeit oder in Zeitarbeit ausgeübter Erwerbstätigkeit. Bei Frauen war diese Relation mit 100 zu 50 deutlich ungünstiger. Dabei speist sich dieser Geschlechterunterschied hauptsächlich aus der Teilzeitarbeit. In der Gruppe der Kernerwerbstätigen kamen fünf Teilzeitarbeiter auf 100 Normalarbeiter, aber 38 Teilzeitarbeiterinnen auf 100 Normalarbeiterinnen.

Da Teilzeitbeschäftigung für Frauen, die Sorgearbeit in der Familie leisten, in Deutschland weiterhin eine „alltägliche“ Option darstellt, sollte man ihre Einstufung als „atypisch“ hinterfragen, zumal Frauen in Teilzeit oft über einen Hauptverdiener abgesichert sind. Wenn sich Mütter zunehmend am Erwerbsleben beteiligen, dabei aber mit ihrem Partner eine gängigen Rollenmustern folgende Arbeitsteilung pflegen, kann das die amtliche Statistik in die Irre führen.

Andere Formen atypischer Beschäftigung als die Teilzeitarbeit sind für Kern-erwerbstätige bei Weitem nicht der Normalfall. So gab es 2016 weniger als drei Zeitarbeitsverhältnisse je 100 Normalarbeitsverhältnisse. Die Relation von Zeitarbeit zu Normalarbeit schwankt erkennbar über den Konjunkturverlauf, sie ist jedoch über die Jahre nicht systematisch gestiegen. Minijobs verlieren sogar im Trend. Zuletzt gab es acht geringfügige Beschäftigungsverhältnisse je 100 Normalarbeitsverhältnisse – immerhin ein Drittel weniger als im Spitzenjahr 2006.

Bei Kernerwerbstätigen lag die Relation von befristeten Stellen zu Normalarbeitsverhältnissen 2016 bei etwa eins zu zehn. Sie war damit gut 16 Prozent günstiger als der 2010 erreichte Spitzenwert. Angesichts dieser konjunkturell und demografisch getriebenen Verbesserung ist der steigende Anteil von befristet beschäftigten Berufsanfängern, dem die Akademisierung Vorschub leistet, leicht zu übersehen. Es ist inzwischen normal, dass Hochschulabsolventen erst befristete Arbeitsverträge eingehen, bevor sie nach einer Orientierungsphase in ein Normalarbeitsverhältnis einmünden, häufig sogar ohne Arbeitgeberwechsel.

Dass die erste Phase des Erwerbslebens instabiler geworden ist, schlägt bisher aber kaum auf das Gesamtbild der Dauer der Betriebszugehörigkeiten in der Erwerbsbevölkerung durch. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren 2016 fast 46 Prozent der Erwerbstätigen mindestens zehn Jahre bei ihrem Arbeitgeber beschäftigt, gut 19 Prozent fünf bis zehn Jahre – und diese Anteile haben sich seit 2006 kaum verändert. Die Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland werden also entgegen manchen Befürchtungen

nicht allgemein instabiler. Auf Dauer angelegte Bindungen an einen Arbeitgeber sind der Arbeitsproduktivität förderlich – und daher in den Erwerbsbiographien von heute immer noch der Regelfall.

DIGITALISIERUNG IST KEIN JOBKILLER

Blickt man voraus, ist normale Arbeit wohl viel weniger gefährdet, als es diejenigen prognostizieren, die angesichts neuartiger Möglichkeiten im digitalen Zeitalter eine grundlegende Krise der Arbeit erwarten oder sogar ein baldiges Ende der Lohnarbeit herbei philosophieren. Erstens spricht die Evidenz eher dagegen, dass der digitale Wandel per saldo massiv Jobs kostet. Zwar lässt er manche Arbeitsplätze verschwinden, schafft aber zugleich an anderer Stelle neue, meist anspruchsvollere. Zudem ist es normal, dass Stellen nach digital basierten Innovationen erhalten bleiben, jedoch die Tätigkeitsprofile am Arbeitsplatz komplexer werden. Arbeitgeber brauchen demnach, um von der Digitalisierung umfassend zu profitieren, besser qualifiziertes Personal – das sich mit atypischer Beschäftigung aber schwer gewinnen lässt.

Zweitens werden die Potenziale überschätzt, die Arbeit mit den neuen digitalen Mitteln vom betrieblichen Kontext zu lösen. So bilden die medial stark beachteten Netzarbeiter beziehungsweise Gig-Worker, die eine sozial- und arbeitsrechtlich schlecht abgesicherte neue Mischform von Arbeitnehmer-Selbstständigen darstellen, in Deutschland bislang eine verschwindend kleine Minderheit. Das hat Gründe, die absehbar weiter bestehen, wie

das hohe Gewicht der kaum als Gig-Work organisierbaren Industrieproduktion, die geringe Neigung der Deutschen zur Selbstständigkeit und ein stabiles soziales Netz, durch das keiner aus Not prekäre Netzarbeit verrichten muss. Auf längere Sicht dürfte Gig-Work deshalb ein Randphänomen in globalen Nischenarbeitsmärkten für Spezialisten bleiben.

Drittens wollen die Menschen weiterhin für sich normale Arbeit. Die Angehörigen der jungen Generation streben offenbar sogar verstärkt Normalarbeitsverhältnisse an, die ihnen aber zeitliche Flexibilität und Autonomie lassen sollen. Zugleich haben sie auch bessere Chancen, ihre Vorstellungen von normaler Arbeit durchzusetzen. Eine hohe Qualifikation, bisweilen finanzielle Sicherheit durch ererbtes Vermögen und eine demografisch bedingte Verknappung von Arbeitskräften tragen dazu bei, dass ein Arbeitnehmerarbeitsmarkt entsteht, in dem Arbeitgeber mit attraktiven Bedingungen um Beschäftigte werben müssen.

ZU WENIG AUFMERKSAMKEIT FÜR NORMAL ARBEITENDE

Angesichts des Gewichts derer, die normal arbeiten, würde man erwarten, dass die Politik dieser Zielgruppe besondere Aufmerksamkeit schenkt. Die deutsche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik der letzten Jahre hatte normal Arbeitende aber wenig im Fokus. Es gab viele Nischenlösungen, etwa zur Entgeltgleichheit, von denen nur ganz wenige profitieren. Oft drehte sich die Politik um die Eindämmung atypischer Beschäftigung, etwa durch stärkere Regulierung von Zeitarbeit und Befristun-

gen, statt um direkte Stärkung der Normalarbeit. Teils wurden Konzepte diskutiert wie die Familienarbeitszeit, die das geltende Bild von normaler Arbeit verändern sollen und damit schon vom Ansatz her an den Interessen der meisten heute normal Arbeitenden vorbeigehen.

Für eine an den Problemen von normal Arbeitenden orientierte Politik gäbe es mindestens drei wichtige Handlungsfelder. Erstens: Um dem von Globalisierung und Digitalisierung erzeugten Druck zur Mäßigung der Bruttolöhne entgegenzuwirken, käme es darauf an, die Steuer- und Beitragslast auf Erwerbseinkommen, vor allem im mittleren Einkommensbereich, zu senken.

Zweitens: Um die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit auch für Paare, die das normale Hauptverdiener-Zuverdiener-Modell leben möchten, besser zu lösen, müsste es mehr hochwertige und bedarfsgerechte Betreuungsangebote geben, aber auch mehr soziale Absicherung von notwendiger und gesellschaftlich gewünschter Sorgearbeit.

Drittens: Der digitale Wandel konfrontiert viele Beschäftigte mit neuartigen beruflichen Anforderungen, die zudem einen Teil überfordern. Darum bräuchte es Arbeitnehmerschutzrechte auf der Höhe der Zeit, vor allem aber aktive arbeitsmarktpolitische Instrumente für Erwerbstätige, die sich zur Sicherung ihres Arbeitsplatzes weiterqualifizieren müssen.

Vielleicht kann es die Politik mit einer konzentrierten Hinwendung zu den normal Arbeitenden schaffen, Zufriedenheit und Vertrauen bei Menschen zu stärken, die momentan durch die anhaltenden Diskussionen um ein Ende der Erwerbsarbeit, wie wir sie bisher kennen, oft tief verunsichert sind.

Vitalpolitik

Vorschläge für eine starke Mittelschicht

THOMAS KÖSTER

Geboren 1982 in Paderborn,
Koordinator Arbeitsmarkt- und
Sozialpolitik in der Hauptabteilung
Politik und Beratung der
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem guten Zustand. Das Wachstum ist stabil, die Beschäftigung liegt auf einem Allzeithoch, und wachsende Staatseinnahmen sorgen für ausgeglichene öffentliche Haushalte. Gleichzeitig herrscht Uneinigkeit darüber, wer von

diesen Entwicklungen profitiert: Wachsende Ungleichheit wird genauso problematisiert wie eine vermeintliche Prekarisierung. Es werden Vermögens- und Erbschaftssteuern diskutiert, die Abschaffung der Abgeltungssteuer gefordert, der Ausbau von Sozialleistungen verlangt. Es geht also um die oberen und die unteren zehn Prozent der Einkommensverteilung. Der Normalbürger und mit ihm die staatstragende Bevölkerungsgruppe, die Mittelschicht, gerät aus dem Blickfeld.

Einen grundsätzlich anderen Ansatz verfolgt die Vitalpolitik, wie sie von Alexander Rüstow, einem Gründervater der Sozialen Marktwirtschaft, erdacht wurde. Ihr Kerngedanke besteht darin, Befähigungsgerechtigkeit innerhalb einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung umzusetzen – eine

Politik also, die Inklusion in die Mittelschicht zum Ziel hat und nicht die Alimentierung oder Bestrafung der gesellschaftlichen Ränder. Eine starke Mittelschicht ist das wirtschaftliche und soziale Fundament unserer Wirtschaftsordnung, auch und insbesondere in der Sozialen Marktwirtschaft. Wie steht es um diese Mittelschicht in Deutschland?

Die aktuelle Mittelschichtsstudie der Konrad-Adenauer-Stiftung stützt die Ergebnisse der bereits 2012 und 2015 veröffentlichten Untersuchungen: Die Mittelschicht bleibt in ihrer Bedeutung stabil und erwirtschaftet etwa 74 Prozent des Gesamteinkommens. Die Ungleichheit, gemessen durch den Gini-Koeffizienten, hat sich seit 2005 nicht weiter erhöht. Die Mittelschicht profitiert aber laut aktueller Datenlage nicht von den positiven wirtschaftlichen Entwicklungen durch Einkommenszuwächse. Das reale mittlere Einkommen in der Mittelschicht hat sich in den letzten zehn Jahren nur leicht erhöht, und das trotz oder gerade wegen steigender Erwerbstätigkeit.

Dies hat seine Gründe jenseits der eigentlichen Einkommensentwicklung. Zudem prägen zunehmend soziodemografische Merkmale wie Bildung und Migrationshintergrund die „Schichtzugehörigkeit“. Dabei ist die Mitte hier über das Einkommen definiert. Personen mit einem Einkommen zwischen 60 und 200 Prozent des mittleren Einkommens von rund 1.700 Euro in Deutschland (Median) zählen zur Mittelschicht. Nach dieser Definition gehören derzeit rund 77 Prozent der Gesamtbevölkerung der Mittelschicht an.

ARBEITSMARKT

Es bedarf einer Rückbesinnung auf eine Mittelschichtspolitik, die nicht bevormundet, sondern auf Befähigungsgerechtigkeit ausgerichtet ist. Während die Sozialdemokratie eher zu einer paternalistischen Arbeitsmarktregulierung tendiert, ist der positive Blick auf Arbeit ein Markenkern der Christdemokratie. Es geht weniger darum, das Arbeitsleid zu betonen, sondern darum, die persönliche Sinnstiftung von Arbeit für den Einzelnen zu würdigen. Karrierewege im Erwerbsleben tragen wesentlich zu einer gerechten, durchlässigen Gesellschaft bei. Teilhabe am Erwerbsleben entspricht dem Wunsch vieler Menschen, Verantwortung zu übernehmen und sich aktiv einzubringen.

Arbeit zu ermöglichen, ist das Leitbild einer Vitalpolitik. Moderner könnte man den Auftrag einer Vitalpolitik in den Bereichen Arbeit und Soziales mit „Inklusion in und durch Arbeit“ übersetzen. Ziel ist es, den Satz Ludwig Erhards – „Die Arbeit ist und bleibt die Grundlage unseres Wohlstands“ (1963) – entgegen allen Unkenrufen, die das Ende der Arbeit verkünden, umso entschiedener zu vertreten.

Statt bei der Digitalisierung der Arbeit die Gefahren von technologischer Arbeitslosigkeit zu betonen, gilt es, stärker den Errungenschaften des

technologischen Fortschritts Rechnung zu tragen. Hierzu gehören beispielsweise die neuen Freiheitsgrade bei der Arbeitsorganisation, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die stetig sinkende körperliche Belastung. Wir sollten in das marktwirtschaftliche System und damit in die individuellen Erwerbsentscheidungen mündiger Arbeitnehmer und Arbeitgeber Vertrauen haben. Innovationsfreundliche Arbeitsmarktregulierung ermöglicht neue Beschäftigungsformen und -organisationen. Eine Vitalpolitik bevormundet nicht, sie versucht, Handlung und Verantwortung subsidiär in den kleinen Einheiten zusammenzuhalten. Die Rolle des Staates beschränkt sich darauf, dort zu unterstützen, wo Menschen Benachteiligung oder Überforderung erfahren. Das bedeutet aber gerade nicht, paternalistisch in die Entscheidungsfreiheit der Akteure einzugreifen.

SOZIALPOLITIK

Es ist zu begrüßen, dass derzeit eine Debatte über einen sozialen Arbeitsmarkt geführt wird, um Langzeitarbeitslosen durch staatlich unterstützte Arbeitsplätze eine Perspektive zu geben. Aber die Abkehr von den drei Prinzipien Wettbewerbsneutralität, Zusätzlichkeit und öffentliches Interesse in der Sozialen Marktwirtschaft muss eine gut begründete Ausnahme bleiben. Deshalb ist ein solcher Ansatz nur für eine eng zu definierende Gruppe wettbewerbsrechtlich vertretbar. Hier steht nicht der arbeitsmarktpolitische Ansatz, sondern ein sozialpolitischer Gedanke im Mittelpunkt. Die zu entwickelnden Instrumente sollten sich deshalb auf einen verfestigten Langzeitleistungsbezug als Auswahlkriterium beschränken. In diesen Fällen sind eine Lebenslaufstabilisierung und der Abbau von Vermittlungshemmnissen vertretbare (Zwischen-)Ziele. Für eine Vitalpolitik ist es nicht hinnehmbar, dass bestimmte Gruppen dauerhaft vom Erwerbs- und damit Gesellschaftsleben exkludiert sind. Die soziale Inklusion folgt der ökonomischen und ist ein politischer Auftrag.

Leider findet eine freiheitliche Orientierung der Sozialpolitik wenig Gehör. Paternalismus dringt eher durch. Die Konstruktion eines Kindergeldzuschlages ist ein plakatives Beispiel für einen paternalistischen Ansatz. Mir ist kein Land bekannt, das eine Sozialleistung bereithält, deren Ziel es ist, den Bezug einer anderen Sozialleistung (Hartz IV) zu verhindern. Der Kindergeldzuschlag mit seinen komplizierten Zuschlagssätzen, Transferentzugsraten und Verdienstgrenzen wird vielleicht von Mathematikern geschätzt, von Mittelschichtfamilien aber sicher nicht. Eine Vitalpolitik würde weniger auf Sozialtransfers setzen und stattdessen kostenlose Betreuungsinfrastruktur bereitstellen. In den meisten Bundesländern sind Familien mit kleinen Kindern von Kitagebühren betroffen. Solche nach Einkommen gestaffelten Gebühren und weitere Sozialabgaben verschärfen die Steuerprogression. In

Deutschland ist die absurde Situation eingetreten, dass für die meisten Berufsgruppen die Schreibtischausstattung voll steuerlich absetzbar ist, die Kitagebühren jedoch nur zu zwei Dritteln.

STEUERN

In den vergangenen Jahren sind die Steuereinnahmen stärker gewachsen als die Wirtschaft insgesamt. Die Steuer- und Abgabenquote nimmt dennoch seit Jahren kontinuierlich zu. Lag sie 2010 unter 38 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ist sie in den letzten Jahren auf über 40 Prozent gestiegen. Eine wesentliche Einnahmequelle ist dabei die Lohnsteuer, deren Anteil an den Steuereinnahmen im gleichen Zeitraum von 34 auf 36 Prozent gestiegen ist. Auch die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) attestiert Deutschland regelmäßig eine zu hohe Abgabenlast. Derart hohe Belastungen senken Arbeitsanreize für Arbeitnehmer, insbesondere im Niedriglohnbereich, und verhindern die Vermögensbildung und private Altersvorsorge. Es ist schwer vorstellbar, dass untere und mittlere Einkommen angesichts solcher Belastungen Vermögen bilden oder Altersvorsorge betreiben können, obwohl der demografische Wandel genau dies notwendig macht.

Die wichtigsten steuerlichen Entlastungsschritte der letzten zehn bis fünfzehn Jahre waren weniger politisch initiiert, sondern sind auf Urteile des Bundesverfassungsgerichtes zurückzuführen – etwa die Wiedereinführung der Pendlerpauschale, die verbesserte Absetzbarkeit von Vorsorgeaufwendungen für die Altersvorsorge und Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung. Im deutschen Steuersystem gab es lange keine grundlegenden Reformen. Während die Grundfreibeträge regelmäßig an preisliche Veränderungen angepasst wurden, hat sich in der Besteuerung der niedrigen und mittleren Progressionsstufen wenig getan. In der Folge wurde die Progression steiler und die Belastung des zusätzlich verdienten Euros (Grenzsteuersatz) stärker. Wenn die Mittelschicht gestärkt werden soll, dann muss der Aufstieg erleichtert werden und anreizkompatibel sein. Gerade im unteren Einkommensbereich führt zusätzliche Arbeit nur zu geringen Einkommenszuwächsen, die den Ausstieg aus der staatlichen Unterstützung wenig attraktiv machen.

VERMÖGENSPOLITIK

Die Einkommensentwicklung spiegelt die Vermögensentwicklung in einer Gesellschaft wider. In Zeiten des demografischen Wandels ist privates Vermögen besonders für die Alterssicherung relevant. Dabei muss das heute geschaffene Einkommen von allen Bevölkerungsschichten gut angelegt werden. Momentan ist dies jedoch nur bedingt der Fall. Im internationalen Vergleich

steht Deutschland nicht gut da. Bei der Wohneigentumsquote ist Deutschland weiterhin Schlusslicht in Europa. Die mittleren Privatvermögen sind vergleichsweise niedrig, der Median liegt bei rund 60.000 Euro. Zudem sind Vermögen ungleicher verteilt als die Nettoeinkommen. Rund zwanzig Prozent aller Haushalte verfügen über kein Vermögen, während die wohlhabendsten zehn Prozent die Hälfte aller Vermögen besitzen.

Durch staatliche Umverteilung gelingt es zwar auch hier, Ungleichheiten zu reduzieren. Die Rentenanwartschaften senken die Vermögensungleichheit und die Vermögen steigen an. Doch können staatliche Sicherungssysteme die private Vermögensbildung nicht ersetzen. Nur so behält der Einzelne die Verantwortung, selbst produktiv mit dem erarbeiteten Vermögen zu sein.

Eine Wiedereinführung alter Instrumente oder die Entwicklung neuer komplexer Förderungsformen ist nicht die Lösung. Stattdessen würden grundlegende Überarbeitungen bestehender Steuern und Abgaben nicht nur die Belastung senken, sondern Transparenz und Einfachheit schaffen. Ein gutes Beispiel ist die Grunderwerbssteuer: Schon im Bundestagswahlkampf 2017 wurden die in fast allen Bundesländern gestiegenen Grunderwerbssteuersätze problematisiert. Zudem sind die Baukosten durch rechtliche Auflagen in den letzten Jahren sprunghaft gewachsen. Eine grundlegende Reform, um steuerliche und bürokratische Belastungen bei der Schaffung von Wohneigentum zurückzudrängen, wäre notwendig.

BAUKINDERGELD

Mit dem im Koalitionsvertrag beschlossenen und in Eckpunkten bereits abgestimmten Baukindergeld hält die Politik wiederum eine nur punktuelle Mittelschichtspolitik bereit. Häuslebauer sollten aber möglichst rasch ihre Eigenheimpläne realisieren, denn die Förderung soll nur in den Jahren 2018 bis 2020 beantragt werden können. Geplant ist, dass Familien über zehn Jahre einen Zuschuss von 1.200 Euro pro Kind für eine selbst genutzte Immobilie erhalten. Allerdings nur, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt ist: Das Familieneinkommen darf 75.000 Euro nicht übersteigen. Für jedes Kind erhöht sich diese Verdienstgrenze um 15.000 Euro Jahreseinkommen. Die Kinder dürfen nicht älter als achtzehn Jahre alt sein.

Von Vermögenspolitik sollten alle profitieren. Wer in Deutschland Vermieter ist, darf die Abschreibungen steuerlich berücksichtigen. Wer den engen Kriterien des Baukindergeldes gerecht wird, erhält über zehn Jahre eine Förderung. Die steuerliche Berücksichtigung des Werteverzehrs der selbst genutzten Immobilie bleibt allen anderen Bürgern, die eine Immobilie selbst nutzen möchten, verwehrt. Hier anzusetzen und diesen Werteverzehr für alle Immobilienbesitzer steuerlich zu berücksichtigen (analog zum weggefallenen

Paragrafen 7b Einkommensteuergesetz), wäre eine unbürokratische Alternative, die der gesamten Mittelschicht zugutekäme.

Im Zentrum der Sozialen Marktwirtschaft steht ein mündiger, eigenverantwortlicher Bürger. Die Mitte ist das wirtschaftliche und soziale Rückgrat der bürgerlichen Gesellschaft. Die Politik sollte darauf wieder mehr vertrauen. Die Mitte ist robust. Eine Politik für die Mittelschicht ist die richtige Antwort auf aktuelle Gerechtigkeitsdiskurse. Wir benötigen eine Rückbesinnung auf eine Vitalpolitik, die das Versprechen einer Befähigungsgerechtigkeit für die ganze Gesellschaft bereithält. Es ist die Mittelschicht, die bürgerliche Mitte, die den Kitt bildet, der unsere Gesellschaft zusammenhält. Mittelschichtspolitik ist eine Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft.

Literatur

Die Daten und Argumentationen werden im „Mittelschichtsbericht 2018“ der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. von den Autoren Astrid Pape und Thomas Köster ausführlich dargestellt, www.kas.de/wf/de/33.53468.

Bundesministerium der Finanzen (2018): Finanzbericht 2018, www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Oeffentliche_Finzen/Wirtschafts_und_Finanzdaten/Finanzberichte/Finanzbericht-2018.html.

Thomas Köster / Tobias Hentze (2016): Einkommensbesteuerung der Mittelschicht. Strukturelle Veränderungen oder gezielte Entlastungen?, Analysen & Argumente 229/2016, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin / Berlin, www.kas.de/wf/doc/kas_47331-544-1-30.pdf.

OECD (2018): Taxing Wages 2018, OECD Publishing, Paris, www.oecd-ilibrary.org/docserver/tax_wages-2018-en.pdf.

Reform und Beharrlichkeit

Normalitätsmaßstäbe in der Geschichte der Sozialversicherung

CHRISTINE BACH

Geboren 1970 in Sankt Ingbert, Wissenschaftliche Referentin in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Staatliche Sozialpolitik beruhte im 20. Jahrhundert auf der Vorstellung von standardisierten, insofern „normalen“ Lebensläufen. Zum Zeitpunkt der Einführung der Dynamischen Rente durch die Regierung Konrad Adenauer 1957 galt das Leitbild des männlichen Normalarbeitsverhältnisses, genauer eines abhängigen und unbefristeten Lohnarbeitsverhältnisses auf Vollzeitbasis. „Normal“ war Mitte der 1950er-Jahre eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 48,6 Stunden – weit mehr als die heutigen 38,1 Stunden (2016).

Als „normal“ galt in der Adenauer-Zeit das Modell der Hausfrauenehe: Während der männliche Normalverdiener das Einkommen der Familie in

Lohnarbeit erwarb, kümmerte sich die Gattin zu Hause um Haushalt und Kinder. Doch schon damals stimmte dieses Bild nur in Teilen mit der Realität überein. Tatsächlich betrug 1950 die Erwerbsquote aller Frauen im erwerbsfähigen Alter in der Bundesrepublik bereits 44,4 Prozent und stieg bis 1961 weiter auf 48,2 Prozent an. Signifikant war der Anstieg der Erwerbsquote bei der Gruppe der verheirateten Frauen: Diese erhöhte sich im selben Zeitraum von 26,4 auf 36,5 Prozent.

Gleichwohl war das bürgerliche Familienideal grundlegend für die Rentenreform, die am 21. Januar 1957 im Deutschen Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD verabschiedet wurde. Die Rentenreform gilt als einer der größten sozialpolitischen Erfolge der Unionsparteien in der Regierungszeit Adenauers. Im Ergebnis brachte sie eine Erhöhung der laufenden Renten um durchschnittlich sechzig bis siebzig Prozent.

SOLIDARITÄT DER GENERATIONEN

Mit der Rentenreform 1957 entstand eine neue Normalität in der letzten Lebensphase: Der zuvor kaum aufzulösende Zusammenhang von Armut und Alter wurde – zumindest für große Teile der Bevölkerung – durchbrochen. Mehr noch: Dank der Dynamisierung der Renten war es nun auch für diejenigen möglich, am steigenden Wohlstand und an den zunehmenden Konsummöglichkeiten zu partizipieren, die aufgrund ihres Alters bereits aus dem Erwerbsleben ausgeschieden waren.

Nahezu revolutionär war der Gedanke der „Dynamisierung“ – der Koppelung der Renten an die jeweils aktuelle Entwicklung der Löhne und Gehälter. Ermöglicht wurde dies durch die Abkehr vom Kapitaldeckungsprinzip hin zum sogenannten Umlageverfahren. Dies bedeutete, dass die Rentenzahlungen fortan nicht mehr durch die Entnahme durch einen angesparten Kapitalstock bestritten wurden, sondern mithilfe der Gelder, die nahezu zeitgleich von den aktuell im Erwerbsleben stehenden Lohnempfängern erwirtschaftet wurden. Damit trat an die Stelle der finanziellen Deckung der Rentenzahlungen die Solidarität der Generationen. Mit der Rentenreform wurde der Gedanke des „Generationenvertrags“ erstmals als grundlegende Kategorie in das deutsche Sozialversicherungsrecht eingeführt.

Trotz des unbestreitbaren Erfolgs der Reform und obwohl sie einen wesentlichen gesellschaftspolitischen Beitrag zur Stabilisierung der Bundesrepublik leistete, beinhaltete das Rentenkonzept von Anfang an jedoch auch ein grundlegendes Strukturproblem. Dieses hängt eng mit den Normalitätsvorstellungen jener Zeit zusammen.

Zum einen ging mit der Koppelung der Rente an die Entwicklung der Löhne und Gehälter eine Ausrichtung der sozialen Sicherung im Alter an das Leitbild des männlichen Familienernährers einher. Die lohnunabhängige

Arbeit im Haushalt und die Erziehung von Kindern fanden im Rentenrecht dagegen vorerst keine Berücksichtigung. Im Kern bedeutete dies die Inkaufnahme einer strukturellen Benachteiligung der – zumeist von Frauen geleisteten – Familienarbeit.

KINDERERZIEHUNGSZEITEN IM RENTENRECHT

Nach dem Amtsantritt von Helmut Kohl als Bundeskanzler wurden immerhin mit dem Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz ab dem 1. Januar 1986 Kindererziehungszeiten im Rentenrecht berücksichtigt. Damit rückte die Arbeit in der Familie „erstmalig in den Rang einer rentenrechtlich erheblichen Qualifikation auf“ (Günter Hockerts). Dies stellte einen Schritt hin zu einer stärkeren Würdigung der Arbeit von Frauen und Familien im Rentenrecht dar, allerdings blieb die Anerkennung dieser Arbeit aus fiskalischen Gründen eng begrenzt.

Mit dem Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz wurde zunächst eine Kindererziehungszeit von einem Jahr anerkannt, es galt für alle Versicherten ab dem Geburtsjahrgang 1921. 1992 erfolgte mit einem Rentenreformgesetz eine Ausdehnung der Regelung: Für Geburten ab dem Jahr 1992 führte der Gesetzgeber nun eine Verlängerung der angerechneten Kindererziehungszeiten von einem auf drei Jahre ein. 2014 kam es, mit dem Ziel des Ausgleichs von Ungleichbehandlungen, zu einer weiteren Modifikation: Für die vor dem 1. Januar 1992 geborenen Kinder wurde die Erziehungszeit um ein weiteres Jahr ausgedehnt, sodass je Kind nun zwei Jahre Kindererziehungszeit anerkannt werden.

Durch die Neuregelung waren zunächst diejenigen Mütter benachteiligt, die neben der Kindererziehung zeitgleich einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Erziehungsleistungen wurden in diesem Fall in einem geringeren Maß berücksichtigt. Erst durch das Rentenreformgesetz 1999 wurde dies ausgeglichen. Seitdem werden Zeiten der Erziehungsleistung und der Erwerbstätigkeit bis zur Beitragsbemessungsgrenze addiert.

„Kinder kriegen die Leute immer“ – angeblich reagierte Konrad Adenauer mit diesem Ausspruch auf bereits zeitgenössisch auftretende Bedenken, ob die Geburtenrate langfristig stabil bleiben und damit die wichtigste Grundlage des Generationenvertrags Bestand haben werde. Dass diese Äußerung bis heute nicht belegt ist, kann hier vernachlässigt werden. Schwerwiegend ist dagegen die Tatsache, dass die verbreitete Einschätzung des „normalen“ Reproduktionsverhaltens falsch war. Nachdem die Bundesrepublik im Hinblick auf die Geburtenrate zwischen 1952 und 1965 einen „Boom“ erlebt hatte, setzte danach ein deutlicher Wandel ein. Seit 1965 reduzierte sich innerhalb von nur zehn Jahren die Zahl ihrer Kinder von 2,5 auf 1,4 pro Frau.

Langfristig kamen damit seit 1975 nur noch etwa zwei Drittel der Kinder zur Welt, die nötig gewesen wären, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten.

In der DDR unterschied sich die Geburtenentwicklung bis zur Mitte der 1970er-Jahre kaum von der in der Bundesrepublik. Auch hier gab es einen „Baby-Boom“ und einen „Pillenknick“. Danach entwickelte die Regierung der DDR Instrumente zur Familienbildung, zum Beispiel durch direkte Maßnahmen wie Geldzuwendungen und bezahlte Freistellungen der Mütter von der Erwerbsarbeit. Infolgedessen stieg die Geburtenrate auf immerhin 1,8 Kinder pro Frau zu Anfang der 1980er-Jahre. Danach schwächte sich diese Entwicklung ab, und zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war die Geburtenrate in Ostdeutschland fast so niedrig wie in Westdeutschland.

REAKTIONEN AUF DEN DEMOGRAFISCHEN WANDEL

Die Unionsparteien reagierten auf den seit den 1970er-Jahren ersichtlichen demografischen Wandel zunächst mit einer Aufwertung familienpolitischer Maßnahmen, wozu die Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht zählte. Hinzu kam eine Reihe von Anpassungen des Rentenrechts, etwa durch die Rentenreform 1992, die darauf ausgerichtet war, durch Detailanpassungen Spareffekte zu erzielen. Zentrale Elemente der Reform waren die Bindung der Rentenanpassung an die Nettolohnentwicklung und die Anhebung der Altersgrenze auf generell 65 Jahre (außer für Schwerbehinderte). Ein vorzeitiger Renteneintritt zog von da an Abschlüge nach sich, allerdings galten hierfür Übergangsfristen.

Mehrere weitere Einzelgesetze, die in den 1990er-Jahren beschlossen wurden, zielten auf eine Absenkung des Leistungsniveaus und eine Entlastung der Arbeitgeber bei den Lohnnebenkosten. Durch das noch von der Regierung Kohl beschlossene Rentenreformgesetz 1999 wurde erstmals ein „demografischer Faktor“ in die Rentenformel eingeführt. Damit nahm die Regierung eine Anpassung an die gewandelte Normalität seit den 1960er-Jahren vor. So betrug die durchschnittliche Rentenbezugszeit 1998 aufgrund der längeren Lebensdauer der Menschen sechzehn Jahre, während sie 1960 nur 10,1 Jahre betragen hatte.

Den seit 1957 gravierendsten Einschnitt im bisherigen „Pfad“ des Rentenversicherungsrechts brachte dann die Reform unter der rot-grünen Bundesregierung. Das Rentenreformgesetz 2001 schuf die Grundlagen für eine staatlich geförderte kapitalgedeckte, private Zusatzrente, die die gesetzliche Rentenversicherung ergänzen sollte. Bis 2020, so die Festlegung, sollte der Beitragssatz nicht über zwanzig Prozent und bis 2030 nicht über 22 Prozent steigen. Für diejenigen Arbeitnehmer, die die staatliche Förderung privater Altersvorsorgeprodukte in Anspruch nehmen („Riester-Rente“) und hierfür

monatlich vier Prozent ihres Einkommens aufbringen, summiert sich der Gesamtbetrag allerdings auf 24 beziehungsweise 26 Prozent. Insofern bedeutete die Reform 2001 weniger eine Kostensenkung als vielmehr eine Verlagerung der Kosten auf die Arbeitnehmer und, da die private Vorsorge steuerlich begünstigt wird, auf den Bundeshaushalt.

Zugleich wurde der erst 1999 eingeführte demografische Faktor wieder gestrichen. Eine Veränderung der Rentenanpassungsformel hat bewirkt, dass seither die Entwicklung der Renten hinter der Lohnentwicklung zurückbleibt und das Rentenniveau insgesamt langsam sinkt. Damit wurde 2001 der seit 1957 geltende Normalitätsstandard – die Sicherung des vor dem Renteneintritt erarbeiteten Lebensstandards – aufgegeben. Ersetzt wurde diese Vorstellung durch ein neues Leitbild: die aus mehreren Säulen bestehende „Lebensstandardsicherung“. Die volle Aufrechterhaltung des Lebensstandards im Alter ist seither nur noch zu erreichen, wenn Rentner und Rentnerinnen neben der gesetzlichen Rente Leistungen aus einer Betriebsrente oder aus der privaten Altersvorsorge erhalten.

Einen weiteren Schritt zur Sicherung der Rente angesichts des demografischen Wandels stellte 2012 die schrittweise Anhebung der Regelaltersgrenze für den Bezug von Leistungen von 65 auf 67 Jahre dar.

Nach den Zahlen des 2017 veröffentlichten Versichertenberichts der Deutschen Rentenversicherung waren im Jahr 2015 in Deutschland 17.912.116 Frauen und 19.114.598 Männer aktiv rentenversichert. Dies entspricht einer Versichertenquote der Menschen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren von 68,3 Prozent. Seit der Adenauer-Zeit hat sich dabei der Anteil der Männer und Frauen stark angenähert, er lag 2015 bei den Frauen bei 67,2 Prozent, bei den Männern bei 69,5 Prozent. Deutliche Unterschiede bestehen jedoch nach wie vor in der Höhe der Renten. Laut einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung bezogen Männer ab 65 Jahren in Deutschland 2015 durchschnittlich 1.154 Euro aus der gesetzlichen Rente, bei den Frauen waren es dagegen nur 634 Euro pro Monat.

Die Zahlen zeigen, dass die gesetzliche Rentenversicherung nach wie vor die tragende Säule des deutschen Systems der Alterssicherung ist und insgesamt, trotz struktureller Defizite, bislang eine Erfolgsgeschichte.

In der laufenden Legislaturperiode des Deutschen Bundestags soll die neu berufene zehnköpfige Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ dafür sorgen, dass dies so bleibt. Die Kommission soll bis 2020 einen Bericht vorlegen, der dazu beiträgt, die Rentenhöhen und damit die soziale Lage der Rentner langfristig zu sichern. Es ist zu wünschen, dass die Kommission dabei die „Normalität“ der nach wie vor unterschiedlichen Lebensläufe von Frauen und Männern stärker in der Gesamtkonzeption berücksichtigt, als dies bei vergangenen Reformen der Fall war.

Die neuen Aussteiger

Warum die Mitte der Gesellschaft ihr Engagement im Beruf zurückfährt

Dieser Beitrag ist aus verwertungsrechtlichen Gründen ausschließlich in der Druckfassung unserer Zeitschrift verfügbar!

Auf dem Olymp des statistischen Mittels

Der Bürgermeister von Deutschlands „durchschnittlichster Gemeinde“ zu den Unterschieden zwischen Kauf- und Wahlverhalten

LOTHAR LORCH

Geboren 1957 in Haßloch, seit 2013 Bürgermeister der Gemeinde Haßloch (Pfalz).

Ihre Gemeinde mit 21.000 Einwohnern hält den deutschen Rekord in Durchschnittlichkeit. Haßloch sei „Mini-Deutschland“, wo Otto-Normal-Verbraucher samt Familie zu Hause sei. Wie lebt es sich auf dem Olymp des statistischen Mittels?

Lothar Lorch: Es lebt sich gut in Haßloch, der Alltag gestaltet sich wohl nicht wesentlich anders als in vergleichbaren Kommunen der Region. Die Zuschreibung von „Durchschnittlichkeit“ verdanken wir der Konsumforschung, die seit 1986 bei uns Produkte testet. In den Anfangsjahren gab es den einen oder anderen ironischen Kommentar, heute wertet es uns auf, indem man eher den Begriff der Repräsentativität in den Vordergrund rückt. Internationale Medien interessieren sich für



Foto: © Dominik Butzmann, Berlin

Haßloch – aus den USA, den Niederlanden, der Schweiz, Großbritannien und Australien hatte ich bereits Anfragen.

Seit 32 Jahren werden „schnell drehende Konsumgüter“, also Waschmittel, Schokoriegel, Eissorten und so weiter, getestet – mit erstaunlich exakten Vorhersagen für ihren künftigen Marktanteil. Was haben die Haßlocher davon, der „Traum jedes Marktforschers“ zu sein?

Lothar Lorch: Ich denke, sie gehen relativ gelassen damit um und nehmen das nicht als eine Besonderheit wahr. Über 3.000 Haushalte beteiligen sich, ohne sonderlich viel davon zu haben: eine kostenlose Fernsehzeitschrift, Verlosungen und

Einkaufsgutscheine gibt es nach meinen Informationen. Als Kommune können wir ab und zu auf anonymisierte Daten zurückgreifen, die uns die Planung erleichtern. Aber finanziell verdient die Gemeinde durch die Marktforschung leider nichts.

Haßloch steht für das Ganze, jedenfalls wenn es um Konsumgüter geht. Doch wie weit reicht diese Repräsentativität? Lässt sich in Haßloch erfahren, wie Deutschland tickt – beispielsweise in der Politik?

Lothar Lorch: Diese Frage hat die TV-Teams und Printmedien auch umgetrieben und nach Haßloch geführt. Die Ergebnisse der Konsumgüterforschung sind berechenbar; für das Wahlverhalten gilt

das aus meiner Sicht weit weniger. Manche glaubten sogar, aus Konsumententscheidungen Wahlentscheidungen ableiten zu können.

Um es auf die Spitze zu treiben: Ich glaube nicht, dass sich aus dem Kauf des Schokoriegels A, B oder C sicher darauf schließen lässt, wer CDU, SPD, Grüne oder was auch immer wählt. Es sind sehr unterschiedliche Dinge, um die es hier geht. Hinzu kommt, dass man nicht einfach von Wahlen sprechen kann – denn diese finden bei der Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahl unter verschiedenen Voraussetzungen und mit unterschiedlichen Themen statt.

In Haßloch leben berechenbare Konsumenten, aber offenbar unberechenbare Wähler. Das Wahlergebnis der Landtagswahlen 2016 erbrachte einen weit über dem Landesdurchschnitt liegenden Stimmenanteil für die AfD (18,8 Prozent). Wie haben Sie darauf reagiert?

Lothar Lorch: Zunächst haben wir analysiert, wie es zu diesem Wahlergebnis gekommen ist, und uns die Entwicklungen in den sechzehn hiesigen Stimmbezirken angesehen. Es gab eindeutig starke Verluste bei den Volksparteien CDU und SPD zugunsten der AfD. In Vierteln, in denen das besonders zutraf, haben wir die Bürgerinnen und Bürger angesprochen, aber kaum einer hat sich damals offen als AfD-Wähler zu erkennen gegeben und erklärt, warum er sich so entschieden hat. Dennoch war der Eindruck, dass es in gewissen Bereichen – vor allem bei der Flüchtlingspolitik, aber auch bei den europäischen Hilfspaketen – eine Unzufriedenheit mit der Regierung Merkel gab.

Bei der Bundestagswahl 2017 hat die AfD zwei Prozent weniger bekommen, aber inzwischen gibt es in Haßloch auch offiziell einen AfD-Ortsverein, und ich gehe davon aus, dass er im nächsten Jahr bei der Kommunalwahl im Mai 2019 in Rheinland-Pfalz antreten wird. Dann wird es hoffentlich konkreter, und es dürfte nicht mehr ausreichen, allein die großen Themen Flüchtlinge und Schuldenkrise emotional zu bedienen. In der Kommunalpolitik muss man bei eng umrissenen Fragen Farbe bekennen. Da lässt sich die AfD stellen.

Ansonsten rate ich dazu, sich ernsthaft, selbstkritisch und offen mit den Gegebenheiten auseinanderzusetzen, ohne politisch gleich in eine gewisse Ecke gerückt zu werden. Man muss den Bürgerinnen und Bürgern zuhören, aber auch von ihnen erwarten, dass sie sich sachkundig machen. Umgekehrt heißt das für die Parteien, auf dieses Interesse zu antworten – also zu informieren, vor allem aber auch ihre spezifischen politischen Angebote zu verdeutlichen. Dann geht es darum, die politischen Mitbewerber dazu zu bringen, echte und konkrete Alternativen aufzuzeigen und nicht auf populistische Art und Weise wohlfeile Grundsatzkritik zu verkünden.

Sie haben Ihren Schreibtisch auf den Marktplatz von Haßloch gestellt und den Bürgerdialog sehr wörtlich genommen. Ist das eine Antwort auf die Wahlergebnisse?

Lothar Lorch: Das war sozusagen eine „Open-Air-Sprechstunde“, die originär nichts mit den Wahlergebnissen 2016 zu tun hatte. Der Gedanke war, dass man sehr viel Zeit im Rathaus mit Sitzungsterminen verbringt, aber eigentlich mal

die Chance haben sollte, noch mehr rauszugehen und vor Ort präsent zu sein – zumal manche Bürgerinnen und Bürger eine gewisse Hemmschwelle haben, ins Rathaus zu gehen. Seit zwei Jahren mache ich diese Aktionstage, und die Erfahrung ist, dass mich die Leute durchaus ansprechen. Dabei geht es bisher ausschließlich um kommunale Fragen, oft mit eigener Betroffenheit: Verkehrsführung, Zustand öffentlicher Straßen und Spielplätze und so weiter.

Insgesamt stelle ich fest, dass zumindest bei Landtags- und Bundestagswahlen Emotionen eine wachsende Rolle spielen – nach Fukushima, nach der Flüchtlingswelle. Diese lassen sich vor Ort kaum einfangen. Bei Kommunalwahlen, wenn es um praktische Dinge geht, ist das anders. Da lässt sich auch der politische Gegner stellen, der auf diesen emotionalen Wellen reitet.

Das ist aber nur eine Antwort für die lokale Ebene. Protesthaltungen sind in den meisten Fällen nicht so verfestigt, dass man sie nicht auflösen könnte. Vor allem glaube ich, dass es zur Flüchtlingsfrage klarer Aussagen auch über Begrenzungen bedarf. Das Thema nimmt viel zu viel Raum ein – davon profitiert nur eine Partei.

Würden Sie sagen, dass die Politik bei diesen, aber auch anderen Fragen den Normalbürger, wie er – statistisch betrachtet – in Haßloch besonders zu Hause ist, ein Stück aus den Augen verloren hat?

Lothar Lorch: Jedenfalls ist das eine Beobachtung, die ich selbst in meinem Alltag mache. Ob man Zeitung liest oder den Fernseher einschaltet – allzu oft geht es

um das gleiche Thema – nämlich um das der Flüchtlinge und aller damit verbundenen Schwierigkeiten. Man kann fast dankbar sein, dass momentan wieder verstärkt auch über andere Fragen wie Renten oder Steuerentlastungen gesprochen wird, die den Normalbürger unmittelbar betreffen und wieder deutlicher in den Mittelpunkt rücken. Mein Eindruck ist, dass bestimmte Themen, die einige Minderheiten auch zu Recht interessieren, aber die große Masse weit weniger, sehr viel Aufmerksamkeit erhalten.

Wozu raten Sie Ihrer Partei, der CDU, wenn sie nun ein neues Grundsatzzprogramm in Angriff nimmt?

Lothar Lorch: Klare Aussagen und Profilierung, damit es nicht weiter heißt, wenn ich mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch komme: Es ist egal, ob ich Partei A, B oder C wähle, und am Ende kommt dann irgendwie eine Koalition zustande, die ich so nicht wollte. Die Wähler wünschen sich, dass getan wird, was gesagt wurde, dass nicht jede Zusage infrage steht – noch nicht einmal für eine Regierungsbildung. Wenn die Gesellschaft sich immer weiter differenziert und es immer schwieriger wird, klare Mehrheiten zusammenzubekommen, dann sollte man statt widersprüchlicher Kompromisse vielleicht lieber ein Wahlrecht anstreben, das – wie in Frankreich beispielsweise – der stärksten Partei einen Bonus für den Regierungsauftrag mitgibt.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 23. August 2018.

Ein Blick zurück nach vorn

—
40 Jahre Ludwigshafener Programm

JENS SPAHN

Geboren 1980 in Ahaus, Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied des Bundesvorstandes und Präsidiums der CDU Deutschlands, seit 2018 Bundesminister für Gesundheit.

Grundsatzprogramme müssen nicht lang sein, um ihren Zweck zu erfüllen. Wer das angenehm knappe Ludwigshafener Programm der CDU von 1978 heute liest – das erste eigentliche Grundsatzprogramm

der Partei, erarbeitet unter dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl und dem Vorsitzenden der Programmkommission Richard von Weizsäcker, geprägt von den intellektuellen Reformern Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf –, der spürt, dass wertkonservative und zukunftsbewusste Demokraten am Werk waren. Sie hatten die Freiheit des Einzelnen genauso im Blick wie seine soziale Verantwortung, beides vor christlichem Hintergrund, und stellten sich engagiert den großen

Aufgaben der Zeit. Das Programm schlägt die Brücke zwischen Tradition und Innovation, zwischen Bewahren und Gestalten und behält bei all dem seine christdemokratische Unverwechselbarkeit – ein Ansatz, von dem alle in der CDU heute lernen können, ein gelungenes Beispiel dafür, wie unterschiedliche Richtungen und Temperamente der Volkspartei CDU vereint und in Einheit gestärkt werden können.

Das Ludwigshafener Programm formulierte die christlich-demokratischen Grundsätze – in dieser Reihenfolge – der Familien-, Erziehungs-, Bildungs-, Kultur-, Arbeits-, Wohnungs- und Umweltpolitik, die Leitideen der Sozialen Marktwirtschaft als umfassender Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der Staats- und Rechtsordnung und der Europa- und Außenpolitik. Das Programm war damit so subsidiär aufgebaut – also beim Bürger und seiner Verantwortung im unmittelbaren Lebensumfeld beginnend –, wie es die CDU-Programme zu Recht heute noch sind.

MUT ZUR DEBATTE

Was damals eingefangen wurde, ist noch immer die eigentliche Seele der CDU, brauchbar bis heute, nötig bis heute und, wenn nicht alles täuscht, sogar wieder zunehmend attraktiv: ein ideales Fundament, auf dem sich kraft- und lustvoll die Zukunft bauen lässt. Was bewegt uns heute, welche Fragen müssen wir beantworten, welche Debatten mit mehr Offenheit und Mut führen? Ich will einige dieser Fragen und Debatten aufwerfen – zu Familie und Lebensschutz, Migration

und Integration, Nation und Europa, Wirtschaft und Zusammenhalt – und zeitgemäße christdemokratische Antworten und Haltungen skizzieren, so, wie ich sie verstehe.

Am Anfang guter Politik steht die Debatte. Erst hier, im demokratischen Wettstreit um Ideen und Argumente, entstehen tragfähige Lösungen. Viele Bürger nehmen die politische Diskussion heute als distanziert und vom Alltag entkoppelt wahr. Haben sie damit nicht recht? Die letzte Bundestagswahl kann als ein deutliches Zeichen gelesen werden, dass Politik und Partei in den letzten Jahren Vertrauen verloren haben. Neu gewinnen können wir dieses Vertrauen gerade auch dadurch, dass wir bessere und ehrlichere politische Debatten führen, dass wir alltagsnäher miteinander über Politik sprechen und streiten. Politischer Streit kann nie falsch sein, im Gegenteil, er ist das Lebenselixier der Demokratie. Unsere Debatten müssen mutiger und wirklichkeitsgesättigter werden, gern auch robuster. So reif sind wir heute, das tun zu können, ohne dass man immer gleich die Demokratie in Gefahr sehen muss.

Wir müssen uns frei und offen miteinander verständigen und dabei auch etwas riskieren: damit Unterschiede deutlicher, die Fragen, um die es geht, klarer und die Lösungen immer noch besser werden. Es geht um mehr politische Erkennbarkeit. Je mehr diskutiert wird, desto weniger können manche behaupten, in diesem Land würden Meinungen unterdrückt, es gebe Denk- und Sprechverbote, bestimmte Dinge dürfe man nicht sagen. Nach meinem Eindruck hat das oft mit einer Sehnsucht nach besserer Kommunikation zu tun. Und so stellt sich die Frage: Was macht einen Christdemokraten aus?

Um – wie das Ludwigshafener Programm – bei der Familie zu beginnen: Christdemokraten halten die Förderung von Familien und Alleinerziehenden mit Kindern, die unsere Gesellschaft tragen, für den Anfang jeder erfolgreichen und tragfähigen Sozial- und Gesellschaftspolitik. Christdemokraten respektieren das Leben. Sie schätzen die mühsam austarierte Gesetzesregelung, die Abtreibung unter lebensfördernden Auflagen duldet, ohne moralisch zu verurteilen. Und sie erinnern, gerade angesichts der Versuche, Abtreibungen weiter zu liberalisieren und zu banalisieren, auch an die Legitimität der Argumente von strikten Abtreibungsgegnern: Die religiös begründete Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens, auch und gerade in seiner Entstehung, sollte uns als denkbare Idee präsent sein und bleiben.

NÄCHSTENLIEBE UND SOZIALE ORDNUNG

Christdemokraten schätzen und achten die Institutionen dieses Landes, unseres Staates. Sie finden auch, wir können stolz sein auf unseren Sozialstaat. Die täglich millionenfach praktizierte Solidarität zwischen denen, denen es besser geht, und denen, die es im Moment schwerer haben, ist eine Stärke unseres Gemeinwesens, die wir uns bewahren sollten. Vielmehr noch: Es gilt, unseren Sozialstaat klug weiterzuentwickeln und im Angesicht der demografischen Entwicklung und digitaler Revolution bereit für die Zukunft zu machen.

Christdemokraten sollten sich neben christlicher Nächstenliebe einen Sinn dafür erhalten, dass es in diesen Zeiten eines

hohen Migrationsdrucks auch um das weitere Funktionieren unserer sozialen Ordnung geht. Unser politisch-demokratischer Grundkonsens, die grundgesetzlich verankerten Vorstellungen, wie wir zusammenleben wollen, oder auch ein guter Zustand unserer Bildungsinstitutionen sind Werte, die wir bewahren müssen.

KONSEQUENZ, KLARHEIT UND DIALOG

Auch ein liberaler Rechtsstaat kann die Rechte seiner Bürger nur dann schützen und das, was ihnen zusteht, nur dann garantieren, wenn er mit den Ressourcen haushaltet. Altbundespräsident Joachim Gauck hat es im Oktober 2015 auf den Punkt gebracht: „Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich.“ In der Politik geht es nicht um die Sauberkeit der eigenen Gesinnungsweste, sondern um das Bedenken der Verantwortung für die konkreten Folgen des politischen Handelns und Entscheidens in der Welt und vor Ort.

Eine der größten Herausforderungen wird auf absehbare Zeit die Integration zu uns Kommender in die deutsche Gesellschaft bleiben. Hier wünsche ich mir mehr Konsequenz, Klarheit und Dialog, und zwar auf allen Seiten.

Wir müssen deutlich machen, dass bestimmte kulturell, religiös, sozial-geohnheitsmäßig begründete Verhaltensweisen und Mentalitäten in unserem gesellschaftlichen Wertegerüst keinen Platz haben. So ist Gleichberechtigung der Geschlechter nicht verhandelbar, Antisemitismus nicht tolerierbar, Respekt vor Rechtsstaat und Grundgesetz elementar.

All das ist unverrückbar, um der Bewahrung der liberalen Ordnung und des sozialen Friedens willen. Und die Debatte über das Selbstverständnis des Islam in unserer Gesellschaft darf und wird nicht aufhören, bis der Islam sich als positiv-konstruktiver Teil dieser Gesellschaft und ihrer liberalen Ordnung versteht.

Man muss überhaupt in der Integration wie in anderen Bereichen mehr über die Holschuld des Einzelnen als über die Bringschuld der Gesellschaft reden. Angebote gibt es reichlich – Kinderbildungspakete, Bibliotheken, Sprachkurse oder Weiterbildungen. Sie müssen auch genutzt werden.

Christdemokraten sehen es so: Wer bei uns heimisch werden will, ist herzlich eingeladen, das zu tun. Heimat grenzt nicht aus. Heimat lädt ein. Aber Heimat muss man wollen. Heimisch muss man sich machen. Jede Hilfe dafür ist gut – aber um das Fordern wird man nicht herumkommen.

Es scheint mir, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger das auch so sehen. Noch einmal: Es bleibt eine Einladung. Aber die Einladung gleichgültig oder gar feindselig auszuschlagen, das finden immer weniger Bürger legitim und tolerabel – von Straftaten und Gewalt gegen Bürger und Staat, die sie aufgenommen haben, gar nicht zu reden. Wir müssen als Gesellschaft klarmachen, dass wir das nicht wollen, und wir müssen unseren Staat in die Lage versetzen, da einzuschreiten – gerade um denen helfen zu können, die wirklich Hilfe brauchen.

Christdemokraten haben nach dem Zweiten Weltkrieg dieses Land aus guten Gründen in den europäischen und transatlantischen Westen eingeordnet. Das bleibt deutsche Staatsräson. Aber damals

wie heute kommt es darauf an, wie man Europa ausgestaltet. Eine starke Europäische Union der heutigen Prägung sollte auf den Schultern starker Nationalstaaten ruhen. Der primäre Raum der Demokratie ist weiterhin der Nationalstaat, auch weil er gerade noch die richtige Größe für Zusammengehörigkeit, Zugehörigkeit und staatsbürgerliches Engagement hat – auch übrigens für die Solidarität in unseren sozialen Sicherungssystemen. Und für Europäische Union und Währungsunion gilt das, was für die Rechtsordnung im nationalen Rahmen gilt: Risiko und Haftung, Entscheidung und Verantwortung müssen beieinanderbleiben – dann gibt es die Chance, dass Entscheidungen möglichst vernünftig und nachhaltig getroffen werden. Wer weiß, dass er am Ende dafür einstehen muss, der überlegt sich die Dinge gut.

ANREIZE ZUR EIGENVERANTWORTUNG

Deshalb ist es so wichtig, dass Europa auf dem Weg bleibt, den der Christdemokrat Wolfgang Schäuble gewiesen hat: Solidarität nur gegen Solidität, Hilfe nur zur Selbsthilfe, Reformen statt mehr Haftungsübernahme. Die Anreize zur Eigenverantwortung müssen gestärkt werden. Ein Land muss die Beurteilung der eigenen Politikleistung durch die Kreditgeber auch spüren – und sich anstrengen. Es darf nicht sein, sich darauf verlassen zu können, dass andere für die Folgen eigener Versäumnisse schon aufkommen werden.

Wenn die Europäer so als starke nationale Demokratien, vereint in der Europäischen Union, in der Welt unsere Lebensweise, unsere Gesellschaftsordnung

kraftvoll und attraktiv vorleben und für sie werben und sie vertreten – mit gesicherten Außengrenzen, mit einer Stimme und gemeinsamen Kräften auch in der Außen- und Sicherheitspolitik –, dann ist dies das Europa, das jedenfalls ich mir wünsche und das auch künftig Zustimmung bei den Bürgerinnen und Bürgern finden wird. Diese lehnen die europäische Idee meist nicht ab, haben aber den Eindruck, dass vieles zuletzt nicht geklappt hat und oft falsche Schwerpunkte gesetzt werden.

INNOVATION UND TRADITION

In Deutschland kommt es darauf an, dass wir als alternde Gesellschaft innovativ bleiben. Die wirtschaftliche Lage heute ist sehr gut – aber sie wird nicht immer so bleiben. Wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht ausruhen, dass wir nicht nur Früchte ernten, sondern auch neu säen, dass wir neugierig bleiben und zukunfts-zugewandt. Vor allem müssen wir dafür wirtschaftliche Betätigung erleichtern und nicht durch neue Auflagen und Bedenken behindern. Politik soll nicht vorgeben, zu wissen, was im Einzelnen anliegt und wie es gemacht wird. Politik, wie Christdemokraten sie verstehen, soll ermöglichen, Wege freiräumen, Infrastrukturen bereitstellen – die Inhalte und Ideen entwickeln die Menschen schon selbst. Mit dieser Haltung können wir den digitalen und technologischen Wandel meistern. Viel mehr noch, wir werden so die vor uns liegenden Chancen ergreifen und Potenziale entfalten.

Aber Wirtschaftspolitik steht immer auch in einem weiteren Rahmen. Es geht für den Erfolg des Mittelstands, des Hand-

werks, der Selbstständigen, der Bauern, nicht nur um die Freisetzung wirtschaftlicher Dynamik und um gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Es geht auch darum, dass diese Gesellschaft zusammenhält. Dafür reicht es nicht, dass viele sich durch unsere sozialen Sicherungssysteme gut versorgt fühlen und sich gelegentlich in einer Bürgerinitiative für partikuläre Interessen engagieren.

Zusammenhalt braucht die Bereitschaft, eine gemeinsame Perspektive einzunehmen und den Standpunkt der anderen zu verstehen. Für Zusammenhalt ist es nötig, dass sich die Menschen hier weiterhin zu Hause fühlen. Dass sie ihre Dörfer und Städte noch wiedererkennen. Dass es da noch die Dinge gibt, die zur Heimat gehören, die Halt geben: vom Bäcker über die Schule, das Krankenhaus, das Volksfest bis zum Pfarrer.

BEDÜRFNIS NACH LEBENS- WELTLICHER HOMOGENITÄT

Christdemokraten sollten Politik machen für ein neues und berechtigtes Bedürfnis nach einer gewissen lebensweltlichen Homogenität und Verlässlichkeit des sozialen Verhaltens. Das Bewusstsein scheint zu wachsen, dass wir im alltäglichen Zusammenleben nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten brauchen und Tugenden wie Anstand, Leistungsbereitschaft, Zuewandtheit und Respekt gegenüber den Mitmenschen, Achtung voreinander, Aufmerksamkeit füreinander. Mein Eindruck ist, dass wir eine neue Wertschätzung stützender Zugehörigkeiten erleben, von Herkunft und Bindungen, von Verantwortungsbeziehungen in Familie,

Lebensumfeld und Nation. Auch deswegen spricht viel dafür, dass eine allgemeine Dienstpflicht, die die abgeschafften Verpflichtungen früherer Zeiten ersetzt, ein gutes und weithin akzeptiertes Zeichen für unseren Willen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt wäre.

Es regt sich auch ein neues Verständnis für die unersetzliche Schutzwirkung von Staat und Recht. Und man beginnt, neu zu verstehen, dass sich die Zukunft unseres Gemeinwesens in den Kommunen und Stadtteilen entscheidet, an den Orten des alltäglichen gemeinsamen Gestaltens der gemeinsamen Lebenswelt, wo Bildung, Integration, Arbeit, Gesund-

heit zuerst gelingen oder eben scheitern und wo der öffentliche Raum, unsere alltäglichen Lebensräume, eine Selbst-Wertschätzung, eine Selbst-Achtung der Bürgerschaft ausstrahlen müssen.

Das alles zusammen mit einem Zutrauen in die positive, leistungsbereite Haltung der allermeisten – freie Entfaltung ermöglichen; Unterschiede, zu denen diese führt, begrüßen, aber Rahmen und Spielregeln gemeinsam geben und garantieren; alles auf der gemeinsamen Grundlage der Bejahung unseres Gemeinwesens: Freiheit in Verantwortung! So stelle ich mir unser Land und unsere Zukunft vor – und ich denke, viele andere auch.

Amalgam aus liberal und konservativ

Die „Konservatismusdebatte“ in der Union der frühen Bundesrepublik

MATTHIAS OPPERMANN

Geboren 1974 in Auetal-Rehren, seit 1. Oktober 2018 Leiter der Abteilung Zeitgeschichte der Konrad-Adenauer-Stiftung, lehrt als Privatdozent Neuere Geschichte an der Universität Potsdam.

Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London, Bd. 78), De Gruyter, Berlin/Boston 2017, 64,95 Euro.

Das Lachen ihrer Kollegen dürfte Else Brökelschen lange in den Ohren geklungen haben. In einer Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte sie sich einen peinlichen sprachlichen Lapsus geleistet, den der *Spiegel* am 1. Juli 1959 vernüchlich aufspießte. Dem Bundeskanzler sei hinterbracht worden, konnte man dort lesen, dass sich die „Erhard-Anhänger“ in der CDU als „nationalliberal“ bezeichnet hätten. Das hatte auch Brökelschen getan, dabei aber schneller gesprochen, als gut für sie war: „Ich komme doch selbst aus dem

nationalsozialistischen Lager – ich meine: nationalliberal.“ Das war durchaus kein Freud'scher Versprecher, denn Brökelschen war in der Weimarer Republik Mitglied der Deutschen Volkspartei (DVP) gewesen und hatte stets Distanz zum Nationalsozialismus gewahrt. Politisch und moralisch war ihr nichts vorzuwerfen. Diese Episode macht aber zweierlei deutlich: zum einen, dass die Unionsmitglieder keine unangefochtene gemeinsame Identität hatten; zum anderen, dass das „Dritte Reich“ die Kategorien und Begriffe des Kaiserreichs und der Weimarer Republik mit in den Abgrund gerissen hatte. CDU und CSU waren deshalb gezwungen, ihren eigenen Standort zu bestimmen und nach Worten zu suchen, mit denen er sich angemessen beschreiben ließ.

SELBSTFINDUNG IN ANLEHNUNG AN BRITISCHEN KONSERVATISMUS

Das verlief nicht immer harmonisch, wie Martina Steber in der vorliegenden Studie am Beispiel des Konservatismus zeigt. Natürlich war der Konservatismus nicht der einzige Begriff, um dessen Bedeutung man sich schon in den 1950er-Jahren stritt. Aber die Frage, was konservativ bedeutete und ob man sich selbst so nennen wollte, dominierte seit der Gründung der Unionsparteien ihre, wie Martina Steber es nennt, „sprachpolitischen“ Debatten. Und nicht nur das: Die Diskussion über die „politischen Sprachen des Konservativen“ waren in einen weiteren intellektuellen Diskurs eingebettet, der allerdings aufgrund der besonderen bundesdeut-

schen Umstände auf merkwürdige Weise von der Debatte innerhalb der Union getrennt blieb. Um deutlich zu machen, worauf das zurückzuführen war, geht die Autorin verschiedene Wege; zentral ist dabei der Vergleich der Bundesrepublik Deutschland mit Großbritannien.

Man kann sich darüber streiten, ob dieser Vergleich überhaupt sinnvoll und gelungen ist. Zweifellos hinkt er, weil dem britischen Beispiel nicht einmal die Hälfte des Raumes gegeben wird, den die Verhältnisse in der Bundesrepublik einnehmen. Martina Steber begründet das damit, dass in Großbritannien aufgrund der gefestigten konservativen Parteitradition einfach weniger über den Begriff gesprochen worden sei. Das mag stimmen, aber es ändert nichts an der Asymmetrie eines Vergleichs, den manche nicht als solchen ansehen werden. Und doch ist er sinnvoll, dann jedenfalls, wenn man den Teil der Arbeit, der Großbritannien gewidmet ist, als Folie betrachtet, auf der die Autorin die deutschen „Sprachpolitiker“ zu Wort kommen lässt. Denn ohne diesen Hintergrund wäre manches, was in der Bundesrepublik erörtert wurde, deutlich schwerer zu verstehen. Vieles, was diskutiert wurde, wäre ohne das britische Beispiel nicht zur Sprache gekommen.

Tatsächlich fand die Selbstfindung der bundesdeutschen Konservativen durchgehend entweder in Anlehnung an den britischen Konservatismus statt oder, ganz im Gegenteil, in Abgrenzung von ihm. Insofern ist es wichtig, zu wissen, worum es dabei ging. Das zeigt Martina Steber ebenso kompakt wie kenntnisreich im zweiten, den Begriffen *Conservatism* und *Toryism* gewidmeten Kapitel. Wenn man daran etwas kritisieren wollte, dann höchstens, dass sich am Rande der Darstellung

einige kleinere Fehler eingeschlichen haben: So hat sich zum Beispiel Edmund Burke 1796 nicht den Tories zugeordnet, sondern bis zu seinem Tod im darauffolgenden Jahr als *Old Whig* betrachtet. Und der amerikanische Historiker Russell Kirk, dessen Buch *The Conservative Mind* zumindest in den Vereinigten Staaten keinen besonders großen Einfluss hatte, war keineswegs ein Vordenker des „amerikanischen Neokonservatismus“, sondern der *New Conservatives* der 1950er-Jahre, deren traditionalistischer, oft wenig reflektierter Konservatismus in scharfem Gegensatz zum Denken der erst in den 1970er-Jahren auftretenden *Neoconservatives* stand.

Solche Quisquilien beeinträchtigen aber den Wert dieses Kapitels nicht, das, kurz gesagt, vor Augen führt, dass der Konservatismus in Großbritannien in all seinen Varianten niemals außerhalb des liberalen Systems gedacht wurde und auch nicht gedacht werden konnte. Das gilt nicht nur für den auf George Canning und Sir Robert Peel zurückgehenden und letztlich in Burkes Whiggismus wurzelnden britischen Liberalkonservatismus, sondern auch für staatsnähere Formen des Konservatismus, wie sie sich mit Namen wie Benjamin Disraeli oder Harold Macmillan verbinden.

EIN GLÜCK, EIN ENGLÄNDER ZU SEIN?

Das wichtigste Stichwort ist freilich der Liberalkonservatismus, denn die Vorstellung eines konservativ ausbuchstabierten Liberalismus prägte auch die Gedankenwelt derjenigen, die im Umfeld von CDU und CSU konservativ sein wollten und

nachzuweisen versuchten, dass der Begriff ohne Weiteres auf ihre Parteien angewandt werden könne. Angesichts des schlechten Leumunds, den der Konservatismusbegriff nach 1945 hatte – Weimar war keineswegs vergessen –, war das ein kühnes Unterfangen. Noch mehr als für den Konservatismus galt das für den Liberalismus. Denn nicht nur die Vertreter des fast ausschließlich katholisch geprägten Arbeitnehmerflügels, sondern auch die anderen entschiedenen Christen beider Konfessionen in der Union betrachteten den Liberalismus als einen der großen weltanschaulichen Gegner ihrer „Partei der Mitte“. Zwischen der Scylla des Sozialismus und der Charybdis des Liberalismus vertrat die Union das einzig haltbare, nämlich christliche Gesellschaftsverständnis.

Schon am Ende der 1950er-Jahre wurde diese Sichtweise allerdings infrage gestellt – und zwar bemerkenswerterweise von einem besonders entschiedenen Christen. Auf dem Kieler Parteitag von 1958 versuchte Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier, die CDU mit dem Liberalismus in begriffspolitischer Hinsicht zu versöhnen – faktisch war er durch den Einfluss der Ordoliberalen ohnehin schon in der Union zu Hause. Der konservative Protestant erklärte den Delegierten, dass Christentum und Liberalismus in keinem Gegensatz zueinander stünden, sondern in einem gemeinsamen Freiheitsbegriff vereint seien. Der heftige Widerspruch der Arbeitnehmervertreter, den er damit auflöste, wurde noch dadurch befeuert, dass er seine Rede mit den Worten „Vorwärts, Freunde, vorwärts in Freiheit!“ beendete. Denn damit nahm er, wie Martina Steber zeigt, den Titel der kleinen Programmschrift *Onward in Freedom* auf, die die

britische Conservative Party im selben Jahr herausgegeben und die der britische Konservative Peter Smithers als Gast in Kiel unter die Delegierten gebracht hatte.

Die Vertreter des christlich-sozialen Flügels, allen voran der Hauptgeschäftsführer der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Hans Katzer, waren empört: Gerstenmaier wolle nicht nur den Liberalismus in die CDU einführen, sondern verstehe die Partei offenkundig auch noch als konservativ. Andere, wie Bundesinnenminister Gerhard Schröder, waren dagegen von *Onward in Freedom* ebenso elektrisiert wie Gerstenmaier. Auch in dieser Hinsicht stand dem glühenden Anglophilen Schröder vor Augen, was für ein Glück es sein müsste, Engländer zu sein. Und nicht nur ihm.

In den folgenden zwei Jahrzehnten machte die liberale Grundierung des britischen Konservatismus in der Union Schule. So gut wie alle CDU-Politiker, die künftig dafür warben, den Konservatismus für die Partei in Anspruch zu nehmen, sahen sich gleichzeitig als Konservative und Liberale.

Dass Gerstenmaier und Schröder Protestanten waren und Katzer und die meisten Vertreter der Sozialausschüsse Katholiken, darf nicht zu der Annahme verleiten, man habe es mit einem konfessionellen Gegensatz zu tun. Im Gegenteil: Unter denjenigen, die nach den Ereignissen des Mai 1968 zu dem Schluss kamen, man müsse den Konservatismusbegriff für die Union besetzen und mit Leben füllen, fanden sich Vertreter beider Konfessionen. Die herausragenden „Advokat[en] des Konservativen“ in den 1970er-Jahren waren für Martina Steber der Katholik Bruno Heck und der Protestant Richard von Weizsäcker. Beide plädierten für ei-

nen Liberalkonservatismus, der Bewahrung und Fortschritt miteinander verband und in der praktischen Politik an den Tugenden der Klugheit und der Mäßigung ausgerichtet war.

ADEPTEN DER „KONSERVATIVEN REVOLUTION“

Flankiert wurde die Entwicklung dieses unionsinternen Liberalkonservatismus seit den 1950er-Jahren von Politikwissenschaftlern und Historikern wie Golo Mann, Dolf Sternberger und Christian Graf von Krockow. Anders als in Großbritannien stand dieser Professorendiskurs relativ unverbunden neben den innerparteilichen Debatten. Aber auch die liberal-konservativen Historiker und Intellektuellen kamen an Großbritannien nicht vorbei. Einen Konservatismus in der liberalen Demokratie oder besser einen Konservatismus, dessen Aufgabe die Verteidigung der liberalen Demokratie sein sollte, ließ sich nur schlecht mit deutschen Traditionen begründen. So wurde Burke in der jungen Bundesrepublik zum wichtigsten Gewährsmann eines intellektuellen Liberalkonservatismus.

Natürlich sahen das nicht alle so. Parallel zu diesen Versuchen liberal-konservativer Identitätskonstruktion machten sich nach 1945 die Adepten der „Konservativen Revolution“ ans Werk, um den Konservatismusbegriff zu besetzen, vor allem der aus der Schweiz stammende Historiker Armin Mohler, aber auch die Vertreter des sogenannten „technokratischen Konservatismus“, wie der Staatsrechtler Ernst Forsthoff oder die Soziologen Hans Freyer und Arnold Gehlen.

Mohler bezog sich auf das britische Modell, aber nur, um sich von einem angeblich für Deutschland untauglichen „Gärtner-Konservatismus“ in der Tradition Burkes abzugrenzen. Weder genügte es ihm, Konservatismus im Sinne Michael Oakeshotts als eine Disposition zu definieren, als eine den unvermeidlichen Wandel aller Gesellschaften begleitende und verlangsamende Haltung, noch wollte er akzeptieren, dass ein Konservativer auch ein Liberaler sein konnte oder sogar musste. Konservatismus war für ihn „ein Leben aus dem, was immer gilt“. Was er darunter verstand, blieb sein Geheimnis. Zusammen mit anderen Rechtsintellektuellen bereitete Mohler die Entstehung einer neuen Rechten in der Bundesrepublik vor. Ihr geistiger Bezugspunkt blieb die Weimarer Republik. Den Konservatismusbegriff eigneten sie sich an, um ihren Radikalismus respektabel erscheinen zu lassen.

VERLUST DER BEGRIFFE, VERLUST DER SPRACHE

Es ist ein besonderes Verdienst der Autorin, die Parallelität dieser beiden Debatten vor Augen zu führen, denn beide Konservatismusdiskurse – der liberale und der „neurechte“ – lassen sich bis in die Gegenwart verlängern. Martina Steber schreibt nicht von einem konservativen Standpunkt aus, und sie schreibt nicht, um die Unionsparteien zu beraten. Aber es ist unübersehbar, dass ihr Buch eine Lehre für die Union enthält.

In der Einleitung zitiert die Autorin Franz Josef Strauß mit den Worten, dass

„der Verlust der Begriffe den Verlust der Sprache“ und damit die Niederlage „im politischen Ringen um die Mehrheit“ nach sich ziehe. Angesichts der Konkurrenz, die der Union mit der Alternative für Deutschland (AfD) von rechts entstanden ist, gilt diese Einsicht heute mehr denn je. In Martina Stebers Buch steckt jedenfalls der implizite Rat an die CDU/CSU, den Konservatismusbegriff nicht den Falschen zu überlassen. Dafür muss die Union jedoch bereit sein, ihn offensiv in ihrem Sinne zu definieren.

Ideen, Prinzipien, Tugenden und Werte werden durch Begriffe transportiert, und der Streit darüber, ob CDU und CSU konservativ sind oder nicht, ließe sich schon durch den Hinweis entschärfen, dass sie immer nur einen Konservatismus zur Verteidigung des Liberalismus vertreten können, kurz gesagt: einen Liberalkonservatismus. Das glaubten nicht nur Gerstenmaier, Heck und Weizsäcker, sondern auch Karl Carstens, der für die CDU auf der „Amalgamierung der Begriffe *liberal* und *konservativ*“ bestand.

Heutige Politiker haben den Vorteil, auf solche „sprachpolitischen“ Vorarbeiten zurückgreifen zu können. Wäre das schon im Jahr 1959 der Fall gewesen, dann hätten die „Erhard-Anhänger“ nicht auf das Adjektiv „nationalliberal“ verfallen müssen, das ihnen nicht entsprach. Denn in Wirklichkeit war die Nation nicht ihr wichtigster Bezugspunkt, sondern der Westen, die atlantische Allianz, die Gemeinschaft der liberalen Demokratien. Und Else Brökelschen? Sie hätte sich wohl nicht versprochen und wäre dem Spott ihrer Kollegen entgangen.

Mehr Macht für Erdoğan

Die neue Türkei nach den Wahlen

YAŞAR AYDIN

Geboren 1971 in Artvin (Türkei), Sozialwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie in Hamburg.

Am 24. Juni 2018 hat die Türkei gewählt. Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen kam es zu einem „Doppelsieg“ des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und seines Wahlbündnisses *Volksallianz* – bestehend aus Erdoğan's Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (*Adalet*

ve Kalkınma Partisi, AKP) und der recht-nationalistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP). Die säkular-linke Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) musste Stimmeneinbußen hinnehmen, das von ihr angeführte Wahlbündnis *Allianz der Nation* blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Experten hatten ein Kopf-an-Kopf-Rennen beider Wahlbündnisse vorausgesagt und es sogar für möglich gehalten, dass es zur Stichwahl um die Präsidentschaft kommen

würde. Vor allem die Krisenerscheinungen in der Wirtschaft und eine bisher un-gesehene Mobilisierung der Opposition nährten diese Erwartungen. Dabei haben die Medien intensiv die AKP unterstützt; der Kandidat der prokurdischen links-gerichteten Demokratischen Partei der Völker (*Halkların Demokratik Partisi*, HDP) hatte nur zwei Spots aus dem Gefängnis im Staatsfernsehen ausstrahlen können.

Am Ende konnte sich Erdoğan mit 52,6 Prozent der gültigen Stimmen bereits im ersten Wahlgang behaupten. Sein Herausforderer Muharrem İnce von der CHP blieb zwar mit 30,6 Prozent weit dahinter zurück, schaffte es aber immerhin, deutlich mehr Stimmen auf sich zu vereinen als seine Partei bei den Parlamentswahlen (22,6 Prozent). Meral Akşener von der – als Abspaltung von der MHP – neu gegründeten national-konservativen Gute Partei (*İyi Parti*, İP), die im April 2018 noch als die aussichtsreichste Erdoğan-Rivalin galt, blieb mit 7,3 Prozent weit abgeschlagen zurück. Selbst Selahattin Demirtaş (8,4 Prozent), der inhaftierte Kandidat der HDP, schnitt besser ab. Noch erstaunlicher waren die Ergebnisse bei den Parlamentswahlen: Die *Volksallianz* konnte 53,7 Prozent der Stimmen (AKP: 42,6 Prozent, MHP: 11,1 Prozent) gewinnen und errang damit die Parlamentsmehrheit (AKP: 295 Sitze, MHP: 49 Sitze; insgesamt 344 von 600 Sitzen). Die *Allianz der Nation* blieb dagegen bei 33,9 Prozent (CHP: 22,6; İP: 10,0; SP: 1,3) und ist mit 189 Sitzen vertreten.

Für Irritationen sorgten die hohen Zustimmungswerte von in Deutschland lebenden Türken für Erdoğan und die *Volksallianz*: 64,8 Prozent stimmten für ihn; 21,9 Prozent für Muharrem İnce. Die *Volksallianz* kam auf 64,1 Prozent, wäh-

rend die *Allianz der Nation* nur 19,6 Prozent erhielt. Auf die HDP entfielen 14,8 Prozent der Stimmen. Nicht allein in Deutschland, sondern auch in der Türkei – hauptsächlich von Gegnern Erdoğan – wurde gefragt, ob es gerechtfertigt sei, im Ausland lebende Türken über das Schicksal der Türkei mitentscheiden zu lassen, ohne dass sie für die Folgen ihrer Wahlentscheidungen einstehen müssen. Wenn gleich die Ergebnisse für die *Volksallianz* und Erdoğan wesentlich höher ausfielen als in der Türkei selbst – ausschlaggebend für den Wahlsieg waren die Türken in Deutschland angesichts ihres geringen Anteils an der türkischen Wahlbevölkerung nicht.

POLITIK DER HARTEN GANGART

Die außen- und innenpolitischen Entwicklungen im Vorfeld der Wahl hatten in der türkischen Bevölkerung den Eindruck verfestigt, dass sich ihr Land in einer existenziellen Krise befinde. So setzten die Menschen auf Kontinuität und starke Führung. Durch eine Politik der harten Gangart gelang es Erdoğan, sich als „bewährten Staatsmann“ zu profilieren, der „keine Gefahren scheut“, wenn es um die nationalen Interessen geht.

Doch gab es auch „selbst verschuldete“ Ursachen für das schlechte Abschneiden der Opposition. So zögerte die CHP-Führung zu lange bis zur Nominierung des Spitzenkandidaten, sodass dieser seine Bekanntheit erst im Laufe der Wahlkampagne steigern konnte.

Hinzu kamen widersprüchliche Signale bei der Allianzbildung: Einerseits

kooperierte die CHP mit der islamisch-konservativen Splittergruppierung Partei der Glückseligkeit (*Saadet Partisi*, SP) und der nationalkonservativen *İyi Parti*. Gleichzeitig suchte sie die Annäherung an die prokurdische, linke HDP, die in Teilen der Bevölkerung als politischer Arm der Arbeiterpartei Kurdistans (*Partiya Karkerên Kurdistanê*, PKK) gilt. Wenig überzeugend waren vor allem auch die wirtschaftspolitischen Vorstöße, mit denen die AKP-Regierung zwar kritisiert wurde – jedoch ohne einen wirklichen Gegenentwurf vorzulegen. Mehr noch: Die Wahlversprechungen der CHP deuteten eher auf denselben „Wachstumsfetischismus“ hin, wie er für die aktuelle Überhitzung der türkischen Wirtschaft verantwortlich ist.

Drei Gebiete innerhalb der Türkei lassen sich mit Blick auf das Wahlergebnis unterscheiden. Dabei korrespondieren die kulturellen Identitäten jeweils mit bestimmten sozioökonomischen Entwicklungsständen: Erstens die Ägäis, die Mittelmeerregion und Thrakien als Zonen mit dem höchsten Entwicklungsstand und einem säkular-westlichen Lebensstil. Hier erzielte die CHP Wahlergebnisse über ihrem Landesdurchschnitt und wurde die stärkste Kraft. Zentralanatolien, die Nordwesttürkei sowie die Schwarzmeerregion sind Gebiete mit einem mittleren sozioökonomischen Entwicklungsstand und religiös-wertekonservativen Orientierungen. Die AKP stellt hier die stärkste Kraft dar und erzielt Wahlergebnisse über dem Landesdurchschnitt. Die Südosttürkei mit mehrheitlich kurdischer Bevölkerung befindet sich hinsichtlich des Entwicklungsstands deutlich unterhalb des Landesdurchschnitts. Dort ist die prokurdische HDP die stärkste Kraft, gefolgt von der AKP.

Die Wählerschichten, auf die sich die CHP stützt, sind gemessen an der Gesamtbevölkerung in der Minderheit (potenziell 20 bis 30 Prozent), während die Parteien rechts der Mitte eine strukturelle Bevölkerungsmehrheit hinter sich versammeln (potenziell 55 bis 60 Prozent). Um Wahlen zu gewinnen, ist die AKP demnach nicht auf die säkular-liberalen, städtischen Schichten angewiesen. Die CHP braucht dagegen die Zustimmung konservativ-religiös-nationalistischer Bevölkerungsteile, was ihr aufgrund ihrer Vergangenheit als autoritär-säkularer Staatspartei und der ideologischen Abgrenzung der AKP bislang nicht gelingt. Eine weitere strukturelle Bedingung der Wahlsiege Erdoğan und seiner AKP besteht darin, die Aufstiegs-wünsche der unteren und der Mittelschichten zu bedienen. Menschen, die einen sozialen Aufstieg anstreben, wählen überwiegend die AKP und Erdoğan, während diejenigen, die eher an einem Status-erhalt orientiert sind, zur CHP tendieren. Man könnte hier von der urbanen, säkular orientierten Mittelschicht und den alten Eliten sprechen.

AUSNAHMEZUSTAND UND WAHLKAMPF

Für demokratische Debatten und einen fairen Wahlkampf hatte der seit Juli 2016 bis kurz nach den Wahlen anhaltende Ausnahmezustand in der Türkei mit seinen Restriktionen für Medien und die Versammlungsfreiheit kaum Raum gelassen. Ohnehin steht die Medienlandschaft weitgehend unter der Kontrolle regierungsnaher Unternehmen. In der Wahlnacht selbst wurde über Unregelmäßigkeiten

berichtet: So veröffentlichte die staatliche Nachrichtenagentur die Ergebnisse der Wahllokale zuerst, in denen Erdoğan eine starke Unterstützung fand; in den ersten Hochrechnungen lag er bei 70 Prozent. Experten bemängelten, Wahlbeobachter seien dadurch bei der genauen Prüfung der Auszählungsergebnisse entmutigt worden und womöglich frühzeitig nach Hause gegangen.

DAS „SYSTEM ERDOĞAN“

Mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurde die politische Ordnung der Türkei in ein Präsidialsystem umgebaut. Zu den zentralen Änderungen gehört die Abschaffung des Amtes des Ministerpräsidenten. Nunmehr führt der Staatspräsident die Exekutive selbst an, ernennt seinen Stellvertreter und die Minister ohne die Zustimmung des Parlaments. Er kann Neuwahlen anordnen und den Haushalt des Vorjahres inflationsangepasst fortsetzen, falls das Parlament dem Haushalt nicht zustimmt. Das Parlament kann ebenfalls Neuwahlen beschließen und mit einer Zweidrittelmehrheit eine Untersuchung gegen den Staatspräsidenten wegen Amtsvergehen einleiten.

Die auch künftig vorgesehene Zusammenlegung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen schließt eine ausgleichende Wirkung – wie beispielsweise in den USA mit den Zwischenwahlen in der Mitte der Amtszeit des Präsidenten – nahezu aus. In dieser Synchronisation liegt nicht zuletzt die Gefahr, dass die eher an Personen orientierten türkischen Wähler den Staatspräsidenten und mehrheitlich auch seine Partei wählen.

Der Staatspräsident ist nun mit weitreichenden Ernennungsvollmachten und Befugnissen ausgestattet. Die Regierung ist nicht mehr auf das Vertrauen des Parlaments angewiesen, über das Mittel des Misstrauensvotums und der Interpellation verfügt es nicht. So ist die Legislative geschwächt, die Judikative ist unter die Dominanz der Exekutive geraten. Der Staatspräsident ernennt zwölf von fünfzehn Mitgliedern des Verfassungsgerichts und der Justizminister steht dem Hohen Rat der Richter vor. Insgesamt bewirkt der Systemwechsel eine umfassende Machtkonzentration beim Staatspräsidenten. Befürworter weisen auf Effektivitätsgewinne beim Regieren und die Beschleunigung der Entscheidungsprozesse hin, während Kritiker darin die Etablierung eines autokratischen Systems sehen.

QUO VADIS, TÜRKEI?

Mit dem Übergang zum Präsidialsystem hat Erdoğan sein Projekt einer „neuen Türkei“ weitgehend realisiert: Er hat den Staat in seinem Sinne umgebaut, die alte Macht der Militärs ist gebrochen, der Laizismus zurückgedrängt, der Islam auch in der Öffentlichkeit rehabilitiert. Bereits heute kann von einer konservativ-religiösen Hegemonie gesprochen werden; inzwischen dominiert dieses Lager Staat, Wirtschaft und Medien.

Erdoğan's Macht hat enorm zugenommen, aber mindestens im gleichen Ausmaß sind die Herausforderungen gewachsen. Die türkische Wirtschaft ist Anfang August in eine veritable Währungs- und Wirtschaftskrise geraten. Erdoğan und seinem Finanz- und Schatzminister Berat

Albayrak ist es nicht gelungen, auf die Währungs- und Schuldenkrise flexibel und verantwortungsbewusst zu reagieren und das Vertrauen internationaler Finanzkreise und ausländischer Anleger zu gewinnen. So hat das neue System seinen ersten „Stresstest“ im Hinblick auf die Problembearbeitung und -lösung nicht gut überstanden.

Viel muss geschehen, um die türkische Ökonomie vor dem Absturz zu bewahren. Bislang hat die Türkei von außen Technologien importiert, jetzt muss sie den Übergang in eine wissensbasierte Wirtschaft bewerkstelligen. Auch in den Bereichen Bildung und Justiz besteht dringender Reformbedarf: für die Ausbildung der benötigten Fachkräfte und um das Vertrauen in die türkische Justiz wiederherzustellen. Denn nur so wird die Türkei wieder attraktiv für ausländische Investoren.

Auch in der Außenpolitik muss das neue System die ihm von seinen Befürwortern zugesprochene Effektivität erweisen. Außenpolitisch befinden sich die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) und Deutschland auf einem Tiefpunkt. Nach den Wahlen haben die EU-Staaten beschlossen, mit der Türkei vorerst keine

Verhandlungen über eine Ausweitung der Zollunion zu führen. Die Türkei habe sich von der EU wegbewegt, so die Begründung. Der Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur EU war und ist aber unverändert ein türkisches Kernanliegen.

Hinzu kommt der Konflikt mit den USA: Als Ankara Anfang August der amerikanischen Forderung nach Freilassung des in der Türkei festgehaltenen US-Pastors Andrew Brunson und weiterer amerikanischer Staatsbürger nicht entsprach, erhöhte US-Präsident Donald Trump den Druck und ließ die Zölle auf Stahl und Aluminium verdoppeln. Mit dieser Erklärung und türkischen Gegenmaßnahmen verschärfte sich die Währungskrise, der US-Dollar erreichte gegenüber der Landeswährung Rekordwerte.

Doch die türkische Staatsführung hat die Krise auch zu einem Bekenntnis zu einem freien Markt und Freihandel genutzt. Finanzminister Olaf Scholz und die Vorsitzende der SPD Andrea Nahles stellten Finanzhilfen für die Türkei in Aussicht. Es wird sich zeigen, ob Erdoğan die Chance zu einer Wiederannäherung an die EU und Deutschland nutzen und die Kraft zu einer Normalisierung aufbringen wird.

Erfolgsgeschichte mit Hindernissen

—
100 Jahre Frauenwahlrecht

KATHRIN ZEHENDER

Geboren 1983 in Heidelberg, Wissenschaftliche Referentin in der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die Revolution in Sachen Frauenwahlrecht geschah nicht ohne „Vorzeichen“. In den Wochen vor dem 19. Januar 1919 traten erstmals Frauen an die Rednerpulte und warben um die Stimmen der Wählerinnen und Wähler. Es galt, eine Nationalversammlung zu wählen, die für Deutsch-

land nach Krieg und Revolution eine neue, demokratische Verfassung ausarbeiten sollte. An dieser Aufgabe würden endlich auch Frauen als gewählte Mitglieder eines Parlaments mitwirken.

Am 12. November 1918 hatte der Rat der Volksbeauftragten in Berlin verkündet: „Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“ Mit dem Reichswahlgesetz trat

am 30. November 1919 das aktive und passive Wahlrecht für Frauen in Kraft. Doch die Geschichte des Frauenwahlrechts und insbesondere dessen Verwirklichung in der praktischen Politik hatte mit dem 12. November 1918 nur eine erste – gleichwohl überaus bedeutende – Hürde genommen. Von den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen im Herbst 1918 – dem militärischen Zusammenbruch, den revolutionären Ereignissen, der Flucht des Kaisers und der Ausrufung der Republik am 9. November – wurden die bürgerlichen Parteien und deren Anhängerschaft unvorbereitet getroffen. Dem Frauenwahlrecht hatten sie bis zuletzt ablehnend gegenübergestanden, sahen sie doch die Frauen im Allgemeinen als nicht „reif“ genug an, um zu wählen.

Ob und – wenn ja – welches Wahlrecht den Frauen zugesprochen werden sollte, war auch innerhalb der Frauenverbände stark umstritten. International war die Unterstützung für das Frauenwahlrecht dagegen groß: So stellten seit Mitte des 19. Jahrhunderts insbesondere in England die Frauenrechtlerinnen, die Suffragetten, weitgehende Forderungen.

AUSRUFUNG DES FRAUENWAHLRECHTS

In Deutschland verstanden sich die Frauenverbände in erster Linie als Bildungs- und Wohltätigkeitsvereine. Der 1865 gegründete Allgemeine Deutsche Frauenverein mit Louise Otto-Peters an der Spitze stellte zum Beispiel die Bildungsfrage in den Mittelpunkt; offene Wahlrechtsforderungen sah man als „schädlich für die Frauenfrage“ an. Bildung und bessere

Berufsmöglichkeiten sollten dagegen als erster Schritt zu mehr Selbstbestimmung führen.

Ohnehin bewegten sich die Vereine auf sensiblem Terrain: Politisches Engagement war den Frauenvereinen bis Anfang des 20. Jahrhunderts verboten, sodass ihnen – wollten sie nicht zwangsweise aufgelöst werden – ohnehin nur ein karitatives Betätigungsfeld und die Bildungsarbeit blieben. Die Frage nach dem Frauenwahlrecht gewann erst Ende des 19. Jahrhunderts an Bedeutung. Die einzige Partei, die die Forderung nach einem Frauenwahlrecht in ihr Programm schrieb, war die SPD. August Bebel hatte sich damit 1891 in Erfurt durchgesetzt, gleichwohl gelang ihm dies nur gegen erheblichen Widerstand aus den eigenen Reihen.

Um die Jahrhundertwende gründeten sich zwar die ersten Frauenstimmrechtsvereine, doch war man von einem einheitlichen Vorgehen noch weit entfernt. So forderten nur die „Radikalen“, wie sie sich selbst nannten, das gleiche und allgemeine Wahlrecht, während die große Mehrheit der gemäßigten Vereine deutlich behutsamer vorging. Noch 1912 beschloss der Bund Deutscher Frauenvereine, in der Frauenstimmrechtsfrage Neutralität zu wahren.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs trat die Stimmrechtsfrage abrupt in den Hintergrund. Stattdessen wurden die konfessionellen und bürgerlich-liberalen Frauenbewegungen von einem gesteigerten Nationalismus erfasst. Ohne zu zögern, waren sie bereit, sich in den Dienst der Nation zu stellen. Sie verbanden damit die Hoffnung, dass ihr Patriotismus und Engagement mit erweiterten gesellschaftlichen und politischen Rechten belohnt werden würde.

Die Hoffnung aber, dass sie es sich durch ihren Einsatz während der Kriegsjahre „verdient“ hatten, politisch angemessen berücksichtigt zu werden, wurde nach der Ausrufung des Frauenwahlrechts am 12. November 1918 enttäuscht. So wollten zwar alle Parteien vom passiven Frauenwahlrecht profitieren und umwarben die Frauen intensiv. Doch als in den Wochen vor der Wahl zur Nationalversammlung die Parteien ihre Kandidaten aufstellten, wurde schnell klar, dass Frauen nur selten auf einen sicheren Listenplatz gesetzt wurden und sich in aller Regel mit aussichtslosen Plätzen zufriedengeben mussten.

FRAUEN IN DER NATIONALVERSAMMLUNG

Befürchtungen insbesondere aufseiten der konservativen und christlich geprägten Parteien, dass sich Frauen an der Wahl nur wenig beteiligen würden, bewahrheiteten sich indessen nicht. So lag die Wahlbeteiligung der Frauen bei dieser ersten Wahl höher als die der Männer. Die überproportional hohe Beteiligung hielt jedoch nicht an: Bei allen folgenden Wahlen rutschte die Wahlbeteiligung unter die der Männer. Dass aber gerade die Partei, die sich als erste überhaupt für das Frauenwahlrecht ausgesprochen hatte, von dessen Einführung am wenigsten profitierte, mag überraschen: Frauen präferierten klar konservative und christlich orientierte Parteien und seltener Parteien des linken Spektrums. Aber auch rechtsextreme Parteien wurden von Frauen seltener gewählt.

Von den insgesamt rund 300 weiblichen Kandidaten für die Nationalversammlung schafften 37 den Sprung ins

Parlament. Die Weimarer Nationalversammlung hatte damit einen Frauenanteil von 8,7 Prozent. Mit insgesamt 22 weiblichen Abgeordneten (12,6 Prozent) rangierten die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD) und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) gemeinsam weit über dem Schnitt der Nationalversammlung. Das Zentrum einschließlich der Bayerischen Volkspartei (BVP) erhielt 89 Mandate, sechs gingen an Frauen. Der prozentuale Frauenanteil des Zentrums lag damit bei 6,7 Prozent. Die niedrigste Frauenquote mit nur einer Abgeordneten, beziehungsweise 4,5 Prozent, hatte die Deutsche Volkspartei (DVP). Bei der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) schafften es sechs (8,1 Prozent), bei der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) drei Frauen (7,1 Prozent) in die Nationalversammlung.

Die Biographien der Parlamentarierinnen im bürgerlichen Lager wiesen große Ähnlichkeiten und Überschneidungen auf: Die meisten Frauen waren unverheiratet und kinderlos. Fast alle hatten einen Beruf erlernt oder sogar studiert und waren zuvor schon viele Jahre in der Frauenbewegung engagiert. In ihren Fraktionen wurden die Frauen zunächst mit Skepsis und Zurückhaltung aufgenommen. Von informellen Führungszirkeln waren sie oft ausgeschlossen. Auch hatten sie nur selten Gelegenheit, im Plenum zu sprechen, und wenn doch, redeten sie oft vor leeren Bänken. Doch die „Neulinge“ lernten schnell die parlamentarischen Regeln und konnten so mit der Zeit ihren eigenen Einfluss stärken.

Insbesondere in den Ausschüssen des Reichstags konnten sie kompetent und engagiert mitarbeiten. Besonders stark war

ihr Einfluss im sozialpolitischen Ausschuss, wo sie unter anderem an der Arbeitslosenversicherung mitarbeiteten oder dazu beitrugen, die Versorgung der Kriegsverletzten und Hinterbliebenen zu verbessern. Auch der Schutz von Schwangeren und Wöchnerinnen wurde unter Mitwirkung der Parlamentarierinnen neu gefasst und setzte im internationalen Vergleich hohe Standards.

Zu einer fraktionsübergreifenden Zusammenarbeit kam es dabei selten. Bei vielen Themen, mit denen sich die Frauen beschäftigten, traten schnell weltanschauliche Differenzen auf, die ein gemeinsames Vorgehen unmöglich machten. Dies zeigte sich bereits bei der Beratung der Grundrechte in der Weimarer Nationalversammlung, als die Abgeordneten von MSPD und USPD die uneingeschränkte Gleichberechtigung von Frauen und Männern forderten, die Parlamentarierinnen der übrigen Parteien sich aber gegen eine „naturwidrige Gleichartigkeit“ stellten und stattdessen für „grundsätzliche“ Gleichberechtigung und „Gleichwertigkeit“ plädierten.

Während sich die Frauen in ihren Fraktionen zunehmend Respekt verschafften und als kompetente Partner anerkannt wurden, herrschten dagegen in der Bevölkerung weiterhin starke Vorbehalte gegenüber Frauen in der Politik. Dass es Frauen grundsätzlich an Erfahrung und Kenntnissen für diese Aufgabe fehle, sie Männern Parlamentssitze wegnähmen und sie auf der Rednerbühne völlig fehl am Platz seien, waren gängige Klischees.

Spiegelbildlich dazu nahm der Frauenanteil im Reichstag immer weiter ab. Der bei der Wahl zur Nationalversammlung erreichte Frauenanteil – 8,7 Prozent – wurde in der Weimarer Republik nicht

mehr erreicht und sank kontinuierlich. Besonders in den Jahren der politischen und wirtschaftlichen Krise ab 1930 nahmen Tendenzen zu, Frauen aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben zurückzudrängen. Bei der Reichstagswahl im Juli 1932 waren noch 5,6 Prozent, bei der letzten Reichstagswahl im März 1933 nur noch 3,8 Prozent der Abgeordneten weiblich.

Mit der bedingungslosen Kapitulation begann im Sommer 1945 unter alliierter Kontrolle nach zwölf Jahren Diktatur der politische Wiederaufbau. An diesem Neuanfang wirkten Frauen maßgeblich mit, unter ihnen Christine Teusch, Elisabeth Zillken, Luise Rehling und Aenne Franken. Sie alle waren bereits in Weimar politisch aktiv gewesen und konnten nun in den Gremien der neu gegründeten CDU, in Frauenausschüssen, den Länderparlamenten und im Parlamentarischen Rat am demokratischen Neubeginn mitwirken.

DAS FRAUENBILD IN DER ÄRA ADENAUER

Konrad Adenauer maß der Mitarbeit der Frauen am politischen wie auch gesellschaftlichen Wiederaufbau große Bedeutung bei, knüpfte dabei aber an ein Frauenbild an, das noch bis weit in die 1950er-Jahre hinein auch unter Frauen im bürgerlichen Milieu Konsens war: Die Frau war das Herz der Familie, und eine berufliche oder politische Tätigkeit sollte stets mit der besonderen Wesensart der Frau und Mutter harmonieren.

In Abgrenzung zum Nationalsozialismus, vor allem aber auch zum Kommunismus, wandte man sich gegen eine

„naturwidrige Gleichmacherei“. Wie schon in der Weimar Republik galt die Devise, dass Frauen „andersartig, aber gleichwertig“ seien. Frauen sollten nicht „wie in den Uranbergwerken des Ostens als Arbeitsklavin an solcher Gleichberechtigung zu Grunde gehen“, erklärte Adenauer 1951.

Die erste Generation CDU-Politikerinnen – die meisten von ihnen unverheiratet und kinderlos und damit frei für eine politische Tätigkeit – sah sich ebenfalls in der Tradition dieses Frauenbildes. Dies bedeutete jedoch keineswegs, dass die Frauen in der Union nicht für eine angemessene Berücksichtigung von Frauen in der Politik kämpften. Vielmehr sahen sie sich wie schon in den 1920er-Jahren mit der Problematik konfrontiert, dass Frauen zwar deutlich die Bevölkerungsmehrheit stellten und zudem mehrheitlich konservativ wählten, ihnen aber meist politische und parlamentarische Führungspositionen verschlossen blieben.

Als 1950 in Goslar die Bundespartei gegründet wurde, gingen sämtliche Vorstandsämter an Männer. Erst 1967 wurde mit Aenne Brauksiepe eine Frau zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sechs Jahre zuvor hatte Adenauer Elisabeth Schwarzhaupt zur ersten Bundesministerin berufen – zähneknirschend, nachdem er bereits 1957 sein Versprechen, ein Ministeramt mit einer Frau zu besetzen, nicht eingelöst hatte.

Die Muster der Weimarer Republik setzten sich auch mit Blick auf das Wahlverhalten der Frauen nach 1945 zunächst fort: Zum einen blieb die Wahlbeteiligung unterhalb der der Männer; zum anderen neigten Frauen nach wie vor stärker

zu konservativen und christlichen Parteien. Bis 1969 hielt dieser „Frauenüberschuss“ bei der Union an, bevor bei der Bundestagswahl 1972 erstmals mehr Frauen der SPD ihre Stimme gaben als der Union.

AKTIV IN DER PARTEI

Von diesen Entwicklungen alarmiert, setzte in der CDU ein nachhaltiges Umdenken ein, das insbesondere auf den neuen Vorsitzenden Helmut Kohl und seinen späteren Generalsekretär Heiner Geißler zurückging: Frauen sollten nicht nur als Wählerinnen zurückgewonnen, sondern auch zur aktiven Mitarbeit in der Partei mobilisiert werden.

Dass die Geschichte des Frauenwahlrechts und die Mitwirkung der Frauen in der Politik generell keine kontinuierliche Erfolgsgeschichte, sondern gerade auch in der Parteigeschichte der CDU ein langwieriger und bisweilen ambivalenter und widersprüchlicher Prozess ist, zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die Frauenmandate der Union im Bundestag.

Erst in den 1990er-Jahren gelang es, den Frauenanteil signifikant zu steigern. 1969 war mit gerade einmal 5,6 Prozent der Tiefpunkt erreicht. Die Zehnprozentmarke konnte erstmals bei der Bundestagswahl 1990 geknackt werden. Nur zehn Jahre später ist die CDU die erste Volkspartei, die von einer weiblichen Vorsitzenden geführt wird und seit nunmehr dreizehn Jahren die erste Bundeskanzlerin in der deutschen Geschichte stellt.

„Ich packe das und kandidiere!“

Ein Impuls aus Anlass von 100 Jahren Frauenwahlrecht

ANNETTE WIDMANN-MAUZ

Geboren 1966 in Tübingen, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages, Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin – Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Hundert Jahre Frauenwahlrecht ist für alle Frauen in Deutschland ein Grund zum Feiern. Was für uns heute selbstverständlich ist, wurde 1918 hart erkämpft. Die erste Vorsitzende der Frauen Union, Helene Weber, brachte es Jahrzehnte später

am 2. Dezember 1949 im Deutschen Bundestag auf den Punkt: „Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker.“ Aus ihrem Zitat spricht Lebenserfahrung und die gewachsene Erkenntnis, dass Demokratie nur gelingen kann, wenn Frauen und Männer gleichermaßen teilhaben. Weitsichtig und unnachgiebig erreichte sie zusammen mit anderen Frauen im Parlamentarischen Rat, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Artikel 3 unseres Grundgesetzes verankert wurde.

Damit war ein weiterer Grundstein für die politische Teilhabe von Frauen gelegt. Das aktive und passive Wahlrecht von

Frauen und damit ihr gleichberechtigter Zugang zu politischer Teilhabe wurden verfassungsrechtlich gesichert. Gleichstellung in allen Lebensbereichen war ihr Ziel. Dieser Grundgedanke leitet die Arbeit der Frauen Union der CDU Deutschlands seit sieben Jahrzehnten. Gleichstellung ist unsere DNA.

TEILHABE IST KEIN SELBSTLÄUFER

Frauen nehmen heute ganz selbstverständlich Führungspositionen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Ihre angemessene Teilhabe ist jedoch kein Selbstläufer. In Schlüsselpositionen von Wirtschaft und Gesellschaft und besonders in politischen Ämtern und Mandaten sind Frauen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Der Anteil weiblicher Abgeordneter im Deutschen Bundestag stagniert seit etwa zwanzig Jahren um die 30 Prozent. Einen positiven Ausschlag nach oben gab es in der 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (2013–2017) mit einem Frauenanteil von 36,5 Prozent. Hintergrund war der verfehlte Wiedereinzug der FDP in den Bundestag, da Frauen in ihrer Bundestagsfraktion regelmäßig unterrepräsentiert sind. Auch in den meisten Landtagen kommt der Frauenanteil kaum über 30 Prozent hinaus. In den kommunalen Räten ist das Bild oft noch erschreckender.

Die Frauen Union der CDU Deutschlands setzt 2018, im Jahr ihres 70. Bestehens, einen Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die nachhaltige Erhöhung des Anteils von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten. Die aktuelle Diskussion über ein

paritätisches Wahlrecht hat nach der Bundestagswahl 2017 an Dynamik gewonnen, nachdem der Frauenanteil im Deutschen Bundestag wieder auf nur 30,9 Prozent gesunken ist.

An fehlenden Rollenvorbildern kann es nicht liegen. Seit 2005 wird die Bundesrepublik Deutschland von Bundeskanzlerin Angela Merkel regiert. Ihre Wahl ist für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Ursula von der Leyen als erste Verteidigungsministerin oder auch CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer zeigen, was Frauen können und dass es kein Amt gibt, das sie nicht ausfüllen könnten.

Es ist mittlerweile keine Besonderheit mehr, dass Politikerinnen in ihrer Mandats- und Amtszeit Kinder bekommen. Als Claudia Nolte Anfang der 1990er-Jahre als Bundestagsabgeordnete Mutter wurde und sich der Vater um den Sohn kümmerte, erregte dies noch Aufsehen. Katharina Reiche wurde 2002 als schwangere ledige Mutter in das Kompetenzteam von Kanzlerkandidat Edmund Stoiber berufen und Kristina Schröder bekam in ihrer Amtszeit als Bundesfamilienministerin ein Kind. Kinder stehen also einer politischen Karriere nicht mehr entgegen. Solche Rollenvorbilder können bei Frauen das Selbstbewusstsein stärken und dazu motivieren, zu sagen: „Ich packe das und kandidiere!“

WIDERSTÄNDE GEGEN DIE UMSETZUNG DES QUORUMS

In den Diskussionen um den Frauenanteil in Ämtern und Mandaten wird oft das Argument ins Feld geführt: „Wir würden ja

gern Frauen nominieren, aber sie wollen doch gar nicht kandidieren. Wir haben keine Frau gefunden beziehungsweise nur Absagen erhalten.“ Diese Aussage trifft nicht den Kern des Problems. Männern fallen bei ihren personellen Überlegungen zuerst eher Männer ein als Frauen, denn ihre Anforderungsprofile orientieren sich an gleich gerichteten Kriterien, häufig am eigenen Werdegang und den eigenen Erfahrungen. Oft kennen sich diese Männer seit Jahren aus ihren Netzwerken und haben den Kontakt über Jahre gepflegt.

Bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten gibt es häufig kein freies Spiel der Kräfte. Da kann es für eine Frau schon sehr hilfreich sein, wenn der Anstoß eines männlichen Parteimitglieds oder Politikers kommt, um schließlich den Schritt in die Partei und in die Kandidatur für ein Amt zu wagen.

Im Parteialltag zeigt sich, dass die Umsetzung des Quorums in der CDU häufig auf Widerstände stößt – womit das Kernproblem angesprochen ist: das Nominierungsverfahren in der CDU.

FRAUEN IN PARLAMENTEN – INTERNATIONALE BEISPIELE

Die politischen Mitbewerber haben zum Teil paritätische Satzungsregelungen, nach denen die Kandidatenlisten aufgestellt werden. Diese Regelungen beziehen sich aber nicht auf die Nominierungen in den Wahlkreisen, in denen überproportional häufig männliche Kandidaten nominiert werden. Eine Partei wie die CDU, deren Abgeordnete weit überwiegend über Direktmandate in den Wahlkreisen in die Parlamente einziehen, hat damit

im Ergebnis einen strukturellen Nachteil bei Frauen.

Wer auf internationaler Ebene den Frauenanteil in den Parlamenten betrachtet, wird Überraschendes feststellen. Nicht etwa ein skandinavisches Land wie Schweden liegt an der Spitze, sondern das ostafrikanische Ruanda. Die Statistik der Interparlamentarischen Union (IPU) beziffert den Frauenanteil im nationalen Parlament auf 61,3 Prozent. Nach dem Völkermord in Ruanda 1994 gab es dort eine umfassende Umstrukturierung der Politik. Die starke Frauenbewegung führte zu einer Frauenquote von 30 Prozent in der Verfassung. Tatsächlich liegt der Frauenanteil seit Jahren bei über 60 Prozent. Als Grund dafür nennt der Generalsekretär der IPU eine Veränderung der Mentalität: Es sei längst nichts Besonderes mehr, dass Frauen wichtige politische Ämter einnehmen.

Im Juli 2018 erreichte Mexiko die Parität von Frauen und Männern im Abgeordnetenhaus und im Senat. 1991 waren nur 21 Frauen im Abgeordnetenhaus und zwei Frauen im Senat. Nach der Wahl im Juli sind nun 246 Frauen und 254 Männer im Abgeordnetenhaus und 65 Frauen sowie 63 Männer im Senat. Dies ist der Einführung des Gesetzes zur Parität 2014 zu verdanken.

Ein drittes Land, das Aufmerksamkeit hervorruft, ist Frankreich. Seit der Verabschiedung eines Gesetzes zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der Politik im Jahr 2000 und einer Verfassungsänderung 2008 hat Frankreich größere Fortschritte für den gleichberechtigten Zugang von Männern und Frauen zu Mandaten und Wahlämtern gemacht. Zugrunde liegt ein ausgeklügeltes Wahlrechtssystem. Bei Listenwahlen wie den

Senats-, Kommunal- und Europawahlen müssen auf jeder Liste abwechselnd ein Kandidat und eine Kandidatin stehen. Die Nationalversammlung wird nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. Dort müssen die Parteien die gleiche Anzahl von Frauen und Männern in der Gesamtheit der Wahlkreise aufstellen, ansonsten sieht das Gesetz Abschlüsse bei der Erstattung der Wahlkampfkosten vor. Nach der Wahl 2017 liegt der Frauenanteil bei 39 Prozent, wobei die Parteien Frauen immer noch oft in den weniger aussichtsreichen Wahlkreisen aufstellen.

ANTWORTEN FÜR DIE PARTEI UND IM WAHLRECHT

Wenn politische Strukturen in den Parteien und im Wahlrecht also dazu führten, dass Frauen faktisch an eine gläserne Decke stoßen oder ausgeschlossen sind, dann sind neue Regeln nötig. Es kann nicht sein, dass der Deutsche Bundestag über seine Größe und die künftige Zahl von Sitzen verhandelt, aber über die Frage, wie dabei die paritätische Teilhabe von Frauen erreicht werden kann, schweigt. Im Zuge der für diese Wahlperiode vorgesehenen Wahlrechtsreform muss der Bundestag auch über geeignete Maßnahmen beraten, wie die vollständige Gleichberechtigung von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten erreicht werden kann. Lösungen anderer Länder, wie etwa das Paritätsgesetz in Frankreich und die Durchsetzung mittels der Wahlkampfkostenerstattung, müssen nach Auffassung der Frauen Union in die Überlegungen einbezogen werden.

Auch in einem neuen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands muss das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Männern und Frauen in der Gesellschaft verankert werden. Der Frauenanteil der CDU liegt in den meisten Parlamenten unter dem Durchschnitt. Nur 25 Prozent der CDU-Mitglieder sind Frauen; damit genügen wir nicht mehr den Ansprüchen einer Volkspartei, die alle Bevölkerungsgruppen angemessen repräsentieren will. Wenn wir künftig wieder Wahlergebnisse der Union von mehr als 40 Prozent der Wählerstimmen erreichen wollen, muss sich eine größere Repräsentanz von Frauen in der Mitgliedschaft widerspiegeln. Dabei geht es nicht um irgendeine Frage von Frauen, die gerne Karriere machen wollen, sondern hierin besteht eine Existenzfrage der Volkspartei.

Das im CDU-Statut niedergelegte Frauenquorum braucht mehr Verbindlichkeit und muss künftig Vorrang vor anderen Quoten haben: Listen der CDU sollten verbindlich zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Politische Teilhabe von Frauen und Männern ist Aufgabe der gesamten Partei, deshalb muss die CDU insgesamt Frauen gewinnen, zur Kandidatur motivieren, aufstellen und so eine offensive Personalentwicklung betreiben. Dies gilt gleichermaßen im Hinblick auf (Direkt-)Parlamentsmandate und Parteiämter.

Rita Süßmuth hat es einmal so formuliert: „Wer keine Frauenquote will, muss die Frauen wollen.“ Wir haben lange genug auf diesen Mentalitätswechsel gewartet. Für die Wettbewerbsfähigkeit der CDU in der deutschen Parteienlandschaft müssen jetzt Taten folgen.

Konservatismus in Deutschland nach 1945

Ein Überblick über neuere Interpretationen

NILS LANGE

Geboren 1987 in Berlin, Doktorand und Lehrbeauftragter an der Professur für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts der Universität Potsdam.

„Was ist heute eigentlich konservativ?“, hieß es in der Kulturzeitschrift *Der Monat* im Frühjahr und Sommer 1962. Erstmals wurde öffentlichkeitswirksam und umfassend nach der Verortung konservativen

Denkens in der deutschen Nachkriegsdemokratie gefragt – eine Debatte, die die Bundesrepublik mit wechselnder Intensität seitdem begleitet, begann. Erst im März dieses Jahres titelte die Wochenzeitung *Die Zeit*: „Was ist heute konservativ?“, und warnte in einer Begriffserklärung in erstaunlicher Klarheit davor, in dieser Frage in ein Links-Rechts-Schema zu verfallen. Im Fokus des *Zeit*-Titelthemas stand die Diskussion um die „Erklärung

2018“ von Uwe Tellkamp, Matthias Matussek, Vera Lengsfeld und anderen. Die offensichtlich immanente Herausforderung der Definition einer konservativen Haltung in einer liberalen Demokratie zeigt allerdings, dass es sinnvoll sein kann, wissenschaftliche Darstellungen zur Entwicklung konservativen Denkens insbesondere in Deutschland nach 1945 heranzuziehen.

KONSERVATISMUS UND WESTLICHE DEMOKRATIE

Das Verhältnis des Konservativen zur liberalen westlichen Demokratie wird entscheidend durch die Frage nach „Staat und Ordnung“ in seinem politischen Denken geprägt. Diese Frage steht im Fokus eines 2013 von Michael Großheim und Hans Jörg Hennecke herausgegebenen Sammelbandes. Der darin enthaltene Aufsatz des Historikers Axel Schildt gibt einen pointierten historischen Überblick über „Wiederaufstieg und Erneuerung des deutschen Konservatismus nach 1945“. Schildt zeichnet ausführlich nach, wie sich konservatives Denken und konservative Politik an einen für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts in westlichen Staaten vorherrschenden liberalen Grundkonsens anpassten.

Jens Hacke spricht in seiner 2006 erschienen Dissertation *Philosophie der Bürgerlichkeit* sogar von einer „liberal-konservativen Begründung der Bundesrepublik“ und ordnet diese in den Kontext des Kalten Krieges ein, indem er einen deutschen Liberal-konservatismus als Teil eines westlichen *Cold War Liberalism* beschreibt (Rezension in *Die Poli-*

tische Meinung Nr. 455). Michael Hochgeschwender hingegen sieht in dieser Entwicklung den „Verlust konservativen Denkens“, wie er seinen 2016 erschienen Essay in einem Sammelband zu intellektuellen Einflüssen in der Bundesrepublik nennt. Diesen Prozess beschreibt er als eine „Facette der bundesdeutschen Westernisierung“ und spielt damit auf ein Ende der 1990er-Jahre von Anselm Doering-Manteuffel entworfenes Konzept an. Der intellektuelle Gehalt des deutschen Konservatismus, der die intrinsische Einheit von Marktkapitalismus, Westen, Liberalismus, Demokratie und Aufklärung infrage stellen müsste, so resümiert Hochgeschwender, sei durch diesen Einfluss eher fraglich geworden. In ähnlicher Art und Weise bedauert Frank Lothar Kroll die Entwicklung des deutschen Konservatismus nach 1945 in der Einleitung zu seinem Sammelband *Die kuptierte Alternative* von 2005. Ob es sich bei der Bundesrepublik Deutschland nicht vielleicht doch um eine *Neugründung auf alten Werten* handelte, versucht ein 2017 erschienener Konferenzband von Frank Schale und Sebastian Liebold zu beantworten (Rezension in *Die Politische Meinung* Nr. 549).

Einen transnationalen Anspruch hingegen erfüllt die 2014 vorgelegte Studie von Johannes Großmann *Die Internationale der Konservativen*, die die bis dahin von der Geschichtsschreibung kaum beachteten europäischen konservativen Elitezirkel wie das „Centre Européen de Documentation et d'Information“ (CEDI) beleuchtet. Diese verstanden sich meist – vor allem das CEDI – als „konservative Antwort auf das durch den Schuman-Plan angestoßene supranationale [europäische] Einigungsprojekt“. In der Regel ist der schwer zu bewertende Einfluss dieser Zirkel

jedoch als wenig erfolgreich einzustufen. Ihre historische Bedeutung lag laut Großmann vor allem in der Sozialisierungsfunktion für ihre Mitglieder. So trugen die regelmäßigen informellen Treffen entgegen ihrem eigentlichen Gründungszweck vor allem dazu bei, „konservatives Denken mit liberalen Wert- und Ordnungsvorstellungen zu versöhnen“. Eng verbunden mit der Betrachtung konservativen Denkens in der liberalen Demokratie ist mithin eine politische Sprache des Konservativen. Dieses Phänomen, das zuweilen zu einem Begriffskampf werden konnte, untersuchte unlängst Martina Steber in einem Vergleich zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien für den Zeitraum 1945–1980, der 2017 unter dem Titel *Die Hüter der Begriffe* erschien (Rezension in diesem Heft, S. 100 ff.).

BIOGRAPHIK UND KONSERVATIVER JOURNALISMUS

Ist ein solcher Deutungskonflikt erst einmal entstanden, können vor allem empirische Arbeiten zur Klärung beitragen. Je mehr man sich in den Bereich der *Intellectual History* der Konservatismusforschung hineinbewegt, desto relevanter werden biographische Ansätze. In den letzten Jahren sorgten vor allem die biographischen Arbeiten zu den ehemaligen Vorsitzenden von CDU und CSU für Aufsehen. 2012 legte Hans-Peter Schwarz seine Biographie über Helmut Kohl vor (Rezension in *Die Politische Meinung* Nr. 516), 2015 folgten die Arbeiten von Horst Möller (Rezension in *Die Politische Meinung* Nr. 535)

und Peter Siebenmorgen über Franz Josef Strauß. Ideengeschichtliche Ansätze sind hier in die ausführliche Darstellung des politischen Lebens der Protagonisten eingebettet.

Etwas anders verhält es sich in dem Fall biographischer Arbeiten zu einflussreichen Journalisten, die sich häufig mit politischen Ideen befassten und somit als Abstraktionsobjekte ihrer politischen Haltung äußerst reizvoll wirken. Wiederrum sticht eine von Hans-Peter Schwarz vorgelegte Biographie über Axel Springer von 2009 heraus. Um die Person des großen Verlegers geht es darüber hinaus in einem ideengeschichtlichen Aufsatz von Peter Hoeres aus dem Jahr 2012, in dem er den ideellen Fundamenten des Springer-Verlages nachgeht. Spätestens Ende der 1960er-Jahre habe sich dieser einem transatlantischen „(Liberal-)Konservatismus“ verschrieben. Eine sinnvolle Ergänzung ist der Beitrag Hans Becker von Sothens in Krolls Sammelband *Die kuptierte Alternative* über den nationalkonservativen Springer-Mentor der 1950er- und frühen 1960er-Jahre, Hans Zehrer.

Ein substanzieller Beitrag zur Geschichte des konservativen politischen Journalismus in Deutschland nach 1945 ist zudem Susanne Peters' 2013 veröffentlichte Dissertation über den Publizisten William S. Schlam, einen „ideologische[n] Grenzgänger“, wie sie schreibt, da Schlam sich vom Kommunisten im amerikanischen Exil zu einem radikal antikommunistischen Konservativen wandelte. Er ist ein Beispiel dafür, dass der amerikanische Konservatismus aus dem Umfeld der Zeitschrift *National Review* und ihres Gründers William F. Buckley Jr. in der Bundesrepublik kaum anschlussfähig war. William S. Schlam war in

PUBLIKATIONEN IN DER REIHENFOLGE IHRER ERWÄHNUNG

Michael Großheim / Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staat und Ordnung im konservativen Denken, Baden-Baden 2013.

Axel Schildt: Anpassung und Lernprozesse. Wiederaufstieg und Erneuerung des deutschen Konservatismus nach 1945, in: Michael Großheim / Hans Jörg Hennecke (Hrsg.): Staat und Ordnung im konservativen Denken, Baden-Baden 2013, S. 189–209.

Jens Hacke: Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik, Göttingen 2006.

Michael Hochgeschwender: Der Verlust des konservativen Denkens. Eine Facette der bundesdeutschen Westernisierung 1950–1980, in: Axel Schildt (Hrsg.): Von draußen. Ausländische intellektuelle Einflüsse in der Bundesrepublik bis 1990, Göttingen 2016, S. 149–190.

Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005.

Sebastian Liebold / Frank Schale (Hrsg.): Neugründung auf alten Werten? Konservative Intellektuelle und Politik in der Bundesrepublik, Baden-Baden 2017.

Johannes Großmann: Die Internationale der Konservativen: transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945, München 2014.

Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Berlin/Boston 2017.

Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2014.

Horst Möller: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, München/Berlin 2015.

Peter Siebenmorgen: Franz Josef Strauß. Ein Leben im Übermaß, München 2015.

Hans-Peter Schwarz: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2009.

Peter Hoeres: Reise nach Amerika. Axel Springer und die Transformation des deutschen Konservatismus in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: Zeit-historische Forschungen / Studies in Contemporary History 9 (2012), S. 54–75.

Hans Becker von Sothen: Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, Berlin 2005, S. 125–178.

Susanne Peters: William S. Schlamms. Ideologischer Grenzgänger im 20. Jahrhundert, Berlin 2013.

Alexander Gallus: Heimat „Weltbühne“. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012.

Marcus M. Payk: Der Geist der Demokratie. Intellektuelle Orientierungsversuche im Feuilleton der frühen Bundesrepublik: Karl Korn und Peter de Mendelssohn, München 2008.

Axel Schildt: „Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten“. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebzigerjahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 44 (2004), S. 449–478.

Karlheinz Weißmann: Armin Mohler. Eine politische Biographie, Schnellroda 2011.

Nikolai Wehrs: Protest der Professoren. Der „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er Jahren, Göttingen 2014.

Anna von der Goltz / Britta Waldschmidt-Nelson (Hrsg.): Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s, Washington, D. C. 2017.

Anna von der Goltz: A Vocal Minority: Student Activism of the Center-Right and West Germany's 1968, in: Anna von der Goltz / Britta Waldschmidt-Nelson (Hrsg.): Inventing the Silent Majority in Western Europe and the United States. Conservatism in the 1960s and 1970s, Washington, D. C. 2017, S. 82–104.

jedem Fall ein „wagemutiger“ Konservativer, wie er sich einmal selbst beschrieb, und setzte sich gegen einen von ihm empfundenen linken Zeitgeist zur Wehr. Eingängig kann Alexander Gallus dementsprechend in seiner Habilitationsschrift *Heimat „Weltbühne“*. Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert von 2012 zeigen, dass als Grundmuster von Schlamms Denken ein Nonkonformismus gelten muss, ohne den sein Konservatismus nicht zu verstehen sei.

Stringenter ist dies hingegen bei den von Marcus M. Payk untersuchten Karl Korn und Peter de Mendelssohn, die als Feuilletonchefs der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Welt* die „intellektuellen Orientierungsversuche“ nach 1945 im konservativen Geistesleben prägten. Konservative Kulturkritik, die zuweilen an antiamerikanische Traditionen des traditionellen deutschen Konservatismus angeknüpft habe, habe sich letztlich mit einem *Geist der Demokratie* verbunden, so Payk in seiner 2008 erschienenen Dissertation.

„KONSERVATIVE TENDENZWENDE“

In den 1970er-Jahren entfesselte sich dann ein Begriffskampf im konservativen Denken. 2004 schrieb Axel Schildt in einem Beitrag für die Zeitschrift *Archiv für Sozialgeschichte*, dass in der intellektuellen Entwicklung der Bundesrepublik mit dem Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu dem „Pragmatiker“ Helmut Schmidt gemeinhin von einer sogenannten „konservativen Tendenzwende“ gesprochen werde; dies gelte auch für zeitgenössische Debatten. „Konservativ“ wurde dabei all das ge-

nannt, was sich gegen den Aufbruchversuch von 1968 richtete. Der rechtskonservative Publizist Armin Mohler beispielsweise grenzte sich in den 1970er-Jahren von der Bewegung einer „konservativen Tendenzwende“ ab, die er als zu liberal und atlantisch gesinnt empfand. Er wies damit auf die Spannungen der „Tendenzwende“ in ihrer Zeit hin und wehrte sich gegen eine von ihm empfundene „Liberalisierung“ konservativen Denkens, einen „Verlust“ seiner Prinzipien. Diese wollte er nun lieber als „rechts“ bezeichnen, der Begriff „konservativ“ war ihm zu „verwaschen“. Der Autor der 2011 vorgelegten „politischen Biographie“ über Mohler, Karlheinz Weißmann, ist zwar der neuen Rechten zuzuordnen, die Arbeit kann aber dem mit Vorwissen ausgestatteten Leser als Quelle zum Verständnis des Konservatismus in Deutschland nach 1945 dienen.

Das Narrativ eines „roten Jahrzehnts“ (Gerd Koenen) hinterfragt Nikolai Wehrs mit seiner 2014 erschienenen Dissertation über den „Bund Freiheit der Wissenschaft“ in den 1970er-Jahren. Wie Wehrs vor allem in einem abschließenden Kapitel zur „Tendenzwende“ aufzeigt, rief der „Protest der Professoren“ eine Feindseligkeit zwischen liberalkonservativen und linksliberalen Intellektuellen hervor. Diese habe sich laut Wehrs ursprünglich von liberalkonservativer Seite gegen eine neo-marxistische Linke gerichtet, die sich aus dem antiautoritären Protest der späten 1960er-Jahre herausgebildet habe.

Einen konkreten Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Protest und einer „Wiederentdeckung des Konservativen“ stellt ebenfalls Anna von der Goltz in ihrem Aufsatz über das Engagement der RCDS-Studenten in der Bundesrepublik um 1968 her. Der Beitrag erschien 2017

in einem Konferenzband des Deutschen Historischen Instituts (DHI) Washington. Die transatlantische Perspektive, so heißt es allerdings in der Einleitung, stößt vor allem aufgrund der ideellen Unterschiede der nationalen konservativen Bewegungen teilweise an ihre Grenze – beispielsweise habe die Religion in den USA eine erheblich stärkere Rolle gespielt als in Westeuropa. Der historische Vergleich kann an vielen Stellen dennoch fruchten. So beurteilt von der Goltz das politische Mitte-Rechts-Engagement der westdeutschen Studenten im Vergleich mit den „Young Americans for Freedom“ als weit mehr als nur einen „backlash“ gegen den linken Protest. Er war vielmehr ein Entwurf für die Verteidigung demokratischer Institutionen der Bundesrepublik, so die Autorin weiter.

LIBERALISIERUNG UND TRADITIONSPFLEGE

Was heißt das für den aufgezeigten Deutungskonflikt zwischen Liberalisierung und Traditionspflege des deutschen Konservatismus nach 1945? Wie beispielsweise die Reaktion Armin Mohlers auf eine „konservative Tendenzwende“ in den 1970er-Jahren zeigte, beherrschte dieses Spannungsfeld bereits die zeitgenössische Debatte. Schon im *Monat* 1962 hatten sich zwei Fraktionen gebildet. Die einen wollten einen Liberalkonservatismus etablieren, die anderen an das antidemokratische und antiliberalen Denken der Weimarer Rechten anknüpfen.¹ Es spiegelt sich seither in der Historiografie wider. Die gesellschaftliche Dynamik der 1960er-Jahre schien darüber hinaus eine neue Genera-

tion liberaldemokratischer Konservativer auf den Plan zu rufen. So schrieb der 1927 geborene Publizist Matthias Walden beispielsweise 1970 in der Zeitschrift *Konservativ heute* auf der Suche nach einer „konservativen Haltung“, diese liege in der „Wiederbelebung“ moralischer Ideale auf dem Boden der liberalen Demokratie als Antwort auf den „modernistischen Reformismus“ seiner Zeit.

Gab es überhaupt eine Alternative für den Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland? Anders gefragt: Konnte eine Orientierung an den antiliberalen Traditionen konservativen Denkens ernsthaft die Anpassung des Konservatismus an einen westlich orientierten liberalen Konsens herausfordern? Ist es nicht eher so, dass Konservative gerade deswegen vor einem rigorosen Dogmatismus geschützt sind, weil sie dazu in der Lage sind, das zu verteidigen, was sie gestern bekämpft haben, wie es der Historiker Andreas Rödter am 4. Mai 2018 in einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gesagt hat? Die historische Konservatismusforschung wird sich diesen Fragen weiterhin stellen müssen – auch mit Blick auf gegenwärtige Debatten. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Zeitgeschichtsforschung dazu durchaus in der Lage ist, doch klare Antworten werden meist vom eigenen Standpunkt abhängen. Der Blick in die transnationale Empirie kann dabei auch für den nationalen Fall aufschlussreich sein. Vor allem biographische Arbeiten können die Sicht schärfen und die Forschungsdiskussion verfeinern.

¹ Siehe zur Diskussion im *Monat* genauer Martina Steber: *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Berlin/Boston 2017, S. 157–162.

NEUERSCHEINUNGEN

Schäfer, Holger/Köster, Thomas: *Neue Beschäftigungsverhältnisse. Daten, Fakten, Argumente.* Sankt Augustin/Berlin, August 2018, Ringbuch, 44 Seiten.

„Neue“ Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und Teilzeit werden kontrovers diskutiert. Mit der vorliegenden Zahlen- und Faktensammlung wird ein Beitrag zur Versachlichung der Debatte geleistet.

Hesse, Nils/Bauer, Matthias/Karstens, Felix: *Ordoliberalen Antworten auf Trump, Brexit und Wirtschaftspopulismus. Können sie bürgerliche Wähler überzeugen?* Sankt Augustin/Berlin, Juli 2018, broschiert, 38 Seiten.

Die Prinzipien des Ordoliberalismus wiesen vor siebzig Jahren in Deutschland den Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Doch sind sie tragfähig für Veränderungen, die sich hinter Schlagwörtern wie Brexit, Wirtschaftspopulismus oder internationaler Freihandel verstecken?

Kronenberg, Volker: *Neue Wege gehen: Schwarz-Grün in Hessen. Erwartungen – Erfahrungen – Ergebnisse.* Sankt Augustin/Berlin, Juli 2018, broschiert, 111 Seiten.

Im Herbst dieses Jahres wird die schwarz-grüne Regierung in Hessen, die erste

Koalition dieser Art auf Landesebene, eine volle Legislaturperiode im Amt gewesen sein. Den Leser erwartet nicht nur eine inhaltliche Bilanz der letzten vier Jahre, sondern die Autoren liefern auch eine Analyse der Rahmenbedingungen und einen Ausblick anhand einiger Leitfragen.

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Wer sind sie und was tun sie? Altstipendiatinnen und Altstipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung.* Sankt Augustin/Berlin, Juli 2018, broschiert, 58 Seiten.

Was ist aus den Menschen geworden, die Stipendiatinnen und Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung gewesen sind? In welchen beruflichen Feldern arbeiten sie? Wie und wo engagieren sie sich ehrenamtlich?

Kronenberg, Volker: *Heimat bilden. Herausforderungen, Erfahrungen, Perspektiven. Handreichungen zur Politischen Bildung, Band 25.* Sankt Augustin/Berlin 2018, broschiert, 100 Seiten.

Die Zeiten, in denen der Heimatbegriff meist für Provinzialität, Enge oder gar Rückständigkeit stand, sind vorbei. Der Bedeutungswandel bietet gerade für Kommunen neue Chancen und Potenziale für das Engagement ihrer Bürger.

PERSONALIA

Arnold, Norbert/Schubert, Charlotte/
Blechinger-Talcott, Verena: Hochschul-
zugang neu regeln. Mehr fachliche Quali-
tät und Eigenverantwortung.
Sankt Augustin/Berlin, Juli 2018, online,
15 Seiten.

*Auf Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung
beschäftigt sich das „Wissenschaftsnetzwerk“
seit geraumer Zeit mit der Frage der Zu-
lassungsverfahren zum Hochschulstudium
und hat nun in sieben Thesen konkrete
Empfehlungen vorgelegt.*

*Zusammengestellt von Marianne Graumann, Team-
leiterin Publikationen, Print und Qualitätssicherung.*

PUBLIKATIONEN
EHEMALIGER MITARBEITER

Johannes Gerster hat unter dem Titel
„Typen und Mythen. Von Franz-Josef
Strauß und Herbert Wehner bis heute“
2017 im Leinpfad Verlag Geschichten
aus vierzig Jahren Zeitgeschichte zwi-
schen 1972 und 2012 aus Deutschland
und Israel veröffentlicht.

Günther Rüter setzt sich in seiner
jüngsten Veröffentlichung „Wir Negati-
ven. Kurt Tucholsky und die Weimarer
Republik“ (Marix Verlag, 2018)
mit einem der schärfsten intellektuellen
Kritiker der Weimarer Republik, dem
Berliner Journalisten und Schriftsteller
Kurt Tucholsky, auseinander.

Stefan Friedrich ist seit dem 1. August
2018 neuer Leiter des Regionalteams
Afrika in der Hauptabteilung Euro-
päische und Internationale Zusammen-
arbeit.

Matthias Oppermann leitet seit dem
1. Oktober 2018 die Abteilung Zeit-
geschichte in der Hauptabteilung
Wissenschaftliche Dienste/Archiv für
Christlich-Demokratische Politik.

Daniel Feldhaus wird *Stefan Gehrold* von
Mitte September 2018 bis zum Juni
2019 als Leiter des Hermann-Ehlers-
Bildungswerks vertreten.

Seit dem 1. August 2018 leitet *Andrea
Ostheimer* das Programm Multinationaler
Entwicklungsdialog mit Sitz in New
York, *Vladimir Kreck* das Auslandsbüro
in Nigeria und *Christoph Grabitz* das
regionale Medienprogramm Asien mit
Sitz in Singapur. Zum 1. Oktober
übernimmt *Hendrik Sittig* die Leitung
des Medienprogramms Südosteuropa
mit Sitz in Bulgarien.

Die Literaturwissenschaftlerin *Silke
Brasermann*, Altstipendiatin der Promo-
tionsförderung der Konrad-Adenauer-
Stiftung, hat den Deutschen Studienpreis
2018 erhalten. Mit ihrer Dissertation
über die Rolle fiktionaler Darstellungen
von Schulamokläufen gewann sie in
der Sektion Geistes- und Kulturwissen-
schaften den ersten Preis.

AUSBLICK

Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2018
zum Thema

Syrien

Der Krieg und die Folgen

Mit Beiträgen unter anderen von M. Murat Erdoğan, Gülistan Gürbey,
Kristin Helberg, Roderich Kiesewetter und Carsten Wieland.

IMPRESSUM

Nr. 552, September/Oktober 2018, 63. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG

Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering
und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion

Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat

Alexander Brakel, Ulrike Hospes,
Paul Linnarz, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34
Faxnummer: (05 41) 31 04 11
C.Brinkmann@fromm-os.de

Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH
Agentur für Markenentwicklung, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



DIE HEILIGE KÜMMERNIS, OSNABRÜCK UM 1520

„Kümmernis, auch Liberata genannt, wurde von ihrem heidnischen Vater wegen ihrer Liebe zu Christus gekreuzigt“, gibt die Erläuterungstafel unter der lebensgroßen Eichenholzkulptur im Berliner Bode-Museum an. Von männlichen Heiligen – Andreas oder Petrus –, die wie Jesus einen Kreuzestod erlitten haben, mag mancher schon gehört haben. Aber eine gekreuzigte heilige Frau?

Am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit wuchs das Interesse an weiblichen Heiligen. Damals zog St. Liberata als Kreuzesheilige besondere Aufmerksamkeit auf sich und wurde „zu einer Volksheiligen großen Ausmaßes“.

„Denn ihr alle, die ihr auf Christus getauft seid, habt Christus (als Gewand) angelegt. Es gibt [...] nicht Mann und Frau; denn ihr alle seid ‚einer‘ in Christus Jesus“, sagt ein Bibelwort (Gal. 3,27f.), das zumindest auf den ersten Blick das Erstaunen über diese gekreuzigte Frau schmälern könnte.

Aktuell werden Debatten um Geschlechteridentitäten mit äußerster Erbitterung geführt. Selbst wenn dabei zweifellos brisante Fragen angesprochen sind, könnte das Wort der Schrift, wie auch die Darstellung der Heiligen Kümmernis, zu mehr Gelassenheit mahnen. Im Gewand Christi sind sie jedenfalls nicht das Entscheidende.

© Staatliche Museen zu Berlin, Skulpturensammlung und Museum für Byzantinische Kunst / Antje Voigt. Die Skulptur ist im Bode-Museum ausgestellt.





Photo Note	March 26, 2016
Athens	Ermou
13.00 - 15.50	